

POLITISCHE STUDIEN 460

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

66. Jahrgang | März-April 2015 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

INTEGRATION DURCH SPORT

Mit Beiträgen von

Helmut Altenberger | Joachim Herrmann | Günther Lommer



/// BIRGIT KOBER Politische-Studien-Zeitgespräch: Ich gebe nicht auf!

/// MATTHIAS JUNG Die AfD als Chance für die Union

/// BERND RILL Italiens Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2014

www.hss.de



„Weder durch Appeasement noch durch Waffenzulieferungen an Kiew wird **PUTIN** seine Ukraine-Strategie ändern.“

SIND WESTLICHE WERTE GEFÄHRLICHER ALS WAFFEN?

Die aktuelle Diskussion internationaler Sicherheitspolitik treibt mitunter seltsame Blüten, wie die unterschiedliche Interpretation der russischen Kursänderung von partnerschaftlicher Kooperation mit dem Westen (man denke etwa an den Wortlaut der NATO-Russland-Grundakte von 1997) bis zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der militärischen Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine zeigt. Auf der einen Seite monieren die sog. „Putin-Versteher“, die Ost-Erweiterung der NATO sei für ein „Einkreisungs-Syndrom“ verantwortlich, das Moskaus Verhalten erkläre. Auf der anderen Seite konstatieren Hardliner bereits einen neuen „Kalten Krieg“ und fordern Waffenzulieferungen für die Ukraine, um den Preis für Russlands Engagement in der Ukraine höher zu treiben und Moskau dadurch zur Raison zu bringen.

Weder durch Appeasement noch durch Waffenzulieferungen an Kiew wird der russische Präsident seine Ukraine-Strategie ändern. Im Gegenteil: Ersteres käme einem Freifahrtsschein für weitere Völkerrechtsverletzungen gleich. Letzteres würde er als Bestätigung seiner altbekannten Vorhaltungen gegenüber Europa und den USA werten und insofern eine Verstärkung auch russischer Machtprojektion reklamieren. Eine Aufrüstung Kiews würde letzten Endes wie zusätzliches Öl im Feuer des Ukraine-Konfliktes wirken und das Land weiter destabilisieren. Für Wladimir Putin sind westliche Werte weit gefährlicher als Waffen, zumal Russland militärischen Herausforderungen mit der nach wie vor gebliebenen Macht seiner Streitkräfte begegnen kann, während es langfristig der Attraktivität westlich-pluralistischer Systeme nichts Vergleichbares entgegensetzen hat.

Vor diesem Hintergrund ist für die euro-atlantische Staatengemeinschaft in der gegenwärtigen Situation eine Forcierung der Anstrengungen zur politischen und ökonomischen Stabilisierung der Ukraine vordringlich.

Reinhard Meier-Walser

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
ist Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für
Politik und Zeitgeschehen der Hans-Seidel-Stiftung, München.**



06

INHALT



74

IM FOKUS

18 TEILHABE DURCH SPORT

Einführung
SUSANNE SCHMID

21 DIE INTEGRATIVE KRAFT DES SPORTS

Ein tragendes Element des gesellschaftlichen Lebens
JOACHIM HERRMANN

31 DIE GESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG

Funktionen des Sports
HELMUT ALTENBERGER

40 INTERKULTURELLE INTEGRATION DURCH SPORT

Zahlen und Fakten aus Verbandssicht
GÜNTHER LOMMER



31



58

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

06 BIRGIT KOBER – KÄMPFERNATUR UND AUSNAHMEATHLETIN

Ich gebe nicht auf!
BIRGIT KOBER

ANALYSEN

47 DIE AfD ALS CHANCE FÜR DIE UNION

Die Union muss sich der politischen Mitte weiter annähern
MATTHIAS JUNG

58 DER EINSATZ DER BUNDESWEHR IM AUSLAND

Nun sag, wie hast du's mit dem Militär?
FLORENS MAYER

65 UKRAINE: SOZIALE NETZWERKE ALS MOBILISIERUNGSFAKTOR FÜR PRIVATE GEWALTAKTEURE

Kommunikation und Sicherheitspolitik
ROBERT SEIDL

74 ITALIENS RATSPRÄSIDENTSCHAFT IM ZWEITEN HALBJAHR 2014

Im Rückblick
BERND RILL

HSS-PROJEKTE

88 „EIN SPEZIELLER ORT“ – WOMEN'S BREAKFAST

51. Sicherheitskonferenz München
CLAUDIA SCHLEMBACH

AKTUELLES BUCH

92 WIE KANN INTEGRATION GELINGEN?

Integration als gesellschaftliche Daueraufgabe
STEFAN LUFT

RUBRIKEN

03 EDITORIAL

95 REZENSIONEN

120 ANKÜNDIGUNGEN

/// Ich gebe nicht auf!

BIRGIT KOBER – KÄMPFERNATUR UND AUSNAHMEATHLETIN

BIRGIT KOBER /// ist seit 2007 auf den Rollstuhl angewiesen und errang 2011 bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften der Behinderten in Christchurch die Goldmedaille in den Disziplinen Speer und Kugelstoß. 2012 holte sie Gold bei den Europameisterschaften der Menschen mit Behinderungen in Stadskanaal in Speer und Kugelstoß und erkämpfte sich im gleichen Jahr bei den Sommer-Paralympics in London in ihren beiden Disziplinen zwei Goldmedaillen. 2013 wurde sie bei der Leichtathletik-WM der Behinderten in Lyon Weltmeisterin in Speer und Kugelstoß, 2014 wurde sie zweimalige Europameisterin und hat somit insgesamt 10 Goldmedaillen in fünf internationalen Wettkämpfen gewonnen. Birgit Kober wurde zur Deutschen Behindertensportlerin des Jahres 2012 gekürt. Seither nutzt sie ihre Bekanntheit, um sich für Inklusion einzusetzen. Sie ist Botschafterin des Bayerischen Roten Kreuzes und Schirmherrin des Münchner Netzwerks für Sport und Inklusion SPINKNET. Der Bayerische Rundfunk drehte eine Folge „Stolperstein“ über sie.

Politische Studien: Frau Kober, nicht oft trifft man solch eine unaufhaltsame Kämpfernaut: Mit 16 Jahren erlitten Sie einen Hörschaden, mit 17 erkrankten Sie an Epilepsie. 2006 unterbrachen Sie Ihr Studium der Medizin und Pädagogik, um Ihre krebserkrankte Mutter zu pflegen, die im April 2007 verstarb. Zwei Monate später erlitten Sie einen „Status epilepticus“ und kamen in ein Münchner Klinikum. Aufgrund eines Behandlungsfehlers, wie Sie vor Gericht zu beweisen versuchten – die Auseinandersetzung endete mit einem Vergleich – behielten Sie schwere

Koordinationsstörungen zurück und sind seitdem auf den Rollstuhl angewiesen. Doch trotz dieser Schicksalsschläge haben Sie 2008 wieder mit dem Sport angefangen und gewannen 2012 bei den Paralympics in London zwei Goldmedaillen in Speer und Kugelstoß. Was bedeutet Sport für Ihr Leben?

Birgit Kober: Ich vergleiche den Sport ganz gerne mit „einem Motor in meinem Leben“, der mich kontinuierlich antreibt, mir auch in schweren Zeiten, die zuweilen kommen, die Kraft gibt, weiter zu machen, nicht stehen zu blei-



Quelle: Birgit Kober privat

„Liebe auf den ersten Griff“: Schon als Schülerin entdeckte Birgit Kober das Speerwerfen für sich. Später kam noch das Kugelstoßen hinzu.

ben. Der Sport strukturiert meinen Alltag, er hat mir nach dem Behandlungsfehler wieder ein Leben zurückgegeben und er kompensiert die dadurch entstandene Behinderung. Durch den Sport habe ich Fähigkeiten zurückgewonnen und fühle mich einfach sehr gut, wenn ich gesteckte Ziele erreiche oder auch meine Grenzen überwinden kann. Beim Werfen bekomme ich das Feedback über das, was ich kann und neben dem harten Training bietet der Leistungssport Highlights, die man

wohl sonst nie erleben darf. Die Teilnahme an großen internationalen Wettkämpfen gehört da für mich sicherlich dazu.

Politische Studien: Wie kam es dazu, dass Sie 2008 wieder mit dem Sport angefangen haben? Welche Trainingsbedingungen haben Sie vorgefunden? Wie sieht Ihr Trainingsalltag aus?

„ Sport ist wie ein **MOTOR** in meinem Leben.

Birgit Kober: Im Jahr 2008 wusste ich noch nicht so recht, wie es bei mir weitergehen sollte. Ich war noch auf der Suche nach einer passenden Wohnung, die einigermaßen barrierefrei sein sollte. Zudem musste ich mein Leben schon irgendwie komplett neu erfinden. Auch eine geeignete Krankengymnastik hatte ich nicht. Wer einen Unfall oder einen Schlaganfall erlitten hat, für den gibt es einfach mehr zugeschnittene Angebote. Letztlich hatte ich eine Wohnung gefunden, saß noch inmitten der Umzugskartons und schaute mir im Fernsehen eine Reportage zu den Paralympics in Peking 2008 an. Vor allem die „sitzenden Werfer“, die darin gezeigt wurden, begeisterten mich sehr. In der fünften Klasse bin ich einem Leichtathletikverein beigetreten, weil ich immer schon gut im Werfen war, und als ich damals den Speer in die Hand gedrückt bekam, war das „Liebe auf den ersten Griff“. Ich bin etwas später auch Bayerische Meisterin geworden und hatte viel Freude an dieser Sportart. Und so dachte ich mir, dass ich dem Ganzen einfach eine Chance gebe, denn Sport wäre sicher ein ganz guter Krankengymnastikersatz. Ich hab mir also eine Hallenkugel (die haben einen weichen „Mantel“) bestellt und bin in den Gang vom Keller zur Tiefgarage und hab ausprobiert, ob ich das überhaupt schaffe. Und nach den ersten Versuchen fand ich, dass es ausbaufähig wäre und bin auf die Wiese bei mir im Stadtteil.

Hier in Bayern kann man ja jetzt nicht einfach als Leichtathlet im Rollstuhl zu einem Verein gehen und sagen: „Hallo, hier bin ich, kann ich bitte mittrainieren?!“ Um für den Verein starten zu können, muss diese Abteilung beim Deutschen Behindertensport Verband sein und in München gab es keine Leichtathletikabteilung, die diese Kriterien erfüllt und gibt es bis heute noch nicht. Es gibt schon Schwerpunktsportarten, für die auch Vereine existieren, die Leichtathletik aber ist in Bayern das Stiefkind. Ich möchte daran sehr gerne etwas ändern, aber das ist eine Aufgabe für die Zeit nach der aktiven Karriere. Derzeit könnte ich das ohne Hilfe in diesem Umfang nicht leisten.

Mit der Unterstützung einzelner Menschen, denen ich immer dafür dankbar sein werde, konnte auch ich letztlich starten, musste und muss weiterhin allerdings meinen eigenen Weg gehen. Ich habe einen Trainer gefunden, der mich zu Beginn noch etwas öfter trainieren durfte, jetzt nur noch ein Mal die Woche in seiner Mittagspause, weil ich sozusagen sein Hobby bin. Er ist als Landestrainer für die nicht-behinderten Werfer Bayerns angestellt und da bin ich quasi die „fachfremde Tätigkeit“. Wir sind von so etwas wie Inklusion im Sport noch sehr weit entfernt. Wir reden viel darüber, aber wenn es dann wirklich darauf ankommt, dass „Frei-Räume“ geschaffen und auch Zugeständnisse gemacht werden, die über bloße Floskeln hinausgehen, dann herrscht Schweigen.

„Wir sind von **INKLUSION** im Sport noch sehr weit entfernt.“

„In London hab ich mein Menschsein zurück bekommen und das war für mich fast **MEHR** wert als Gold.“

Und um vielleicht einer späteren Frage gleich etwas vorzugreifen, weil das hier einfach sehr gut reinpasst: Wir haben im Bereich des Behindertensports viel zu wenig Trainer, bzw. vor allem so kompetente Trainer in den einzelnen Bundesländern, dass jeder behinderte Leistungssportler wirklich optimal versorgt wäre. Wobei es ja nicht mal optimal sein müsste, im Ansatz würde schon genügen. Die strikte Trennung zwischen der Leichtathletik und der Leichtathletik im Behindertensport, auch die unterschiedlichen Verträge, denen die hauptamtlich angestellten Trainer unterworfen sind, bringt jeden Trainer, der hier helfen möchte, in eine missliche Lage. Hier müsste eine Öffnung dahingehend stattfinden, dass einem Trainer im nicht-behinderten Sport Freiräume für das Training mit behinderten Athleten gegeben werden, bzw. es ihm überhaupt offiziell erlaubt wird.

Ich kann meine persönliche Situation mittlerweile akzeptieren. Ich muss halt meinen Weg gehen, nur ist der zuweilen etwas einsamer und auch eigenverantwortlicher als der von anderen. Ich bin diejenige, die sich immer sagen muss, wann und wie sie trainiert und das ist mit einer Menge Disziplin verbunden. Aber ich mache es gerne und wenn ein Plan dahinter steht, dann läuft es ganz gut. Einmal die Woche habe ich Techniktraining bei meinem Trainer, den Rest muss ich mir selbst einteilen. Ich feile selbst viel an meiner Technik,

d. h., ich mache mir eine Menge Gedanken, was ich anders oder besser machen könnte. Dafür lese ich viel, schaue eine Menge Videos an und analysiere auch Videos von mir. Ich mache natürlich Krafttraining, gehe ins Schwimmbad, wo ich Aquajogging mache, und werfe oder stoße für mich alleine. Zudem spiele ich zum Ausgleich Tischtennis. Weiter arbeite ich intensiv an einer besseren Stand- und Gehfähigkeit mit Hilfe meines Laufrades. Je nachdem, was ich mache, sind das an die vier Stunden täglich. Es steigert sich dann aber, wenn ein internationaler Wettkampf näher rückt.

Politische Studien: Bei den Paralympics in London gewannen Sie in der Startklasse F34 Gold im Kugelstoßen mit 10,25 m und im Speerwurf mit 27,03 m Weite, was jeweils Weltrekord war. Was war das für ein Erlebnis? Wie sind Sie mit der Kulisse und mit den Erwartungen zurechtgekommen?

Birgit Kober: London 2012 waren meine ersten Paralympics. Ich habe von anderen Athleten gehört, dass dieses Stadion ein „Hexenkessel“ ist. Deshalb bin ich an zwei Abenden vorher dorthin, um mich quasi etwas an die Atmosphäre zu gewöhnen. Ich war immer am Abend dran und mein Speerwurfwettkampf wird mir wohl lebenslang in Erinnerung bleiben. „Sitzend Wurf“ dauert zuwei-



Die Auszeichnungen und Ehrungen haben mich sehr gefreut und erinnern mich daran, dass **ICH** das war, die das geleistet hat.

len etwas länger und deshalb waren beim Endkampf nur noch wir Werfer als Athleten im Stadion. Die 80.000 Zuschauer aber sind alle weiter dageblieben. Der Führende des Wettkampfes wirft immer zum Schluss und das war in diesem Fall ich. Eigentlich hatte ich schon gewonnen, doch beim vierten Versuch fingen plötzlich alle 80.000 an, mich einzuklatschen als würde ich Anlauf nehmen. Das hatte ich mir immer schon mal gewünscht. Und es war so grandios, weil sonst nur bei einem Anlauf eingeklatscht wird, nicht aber bei jemandem, der sitzt. Beflügelt davon hab ich den Weltrekord vom zweiten Versuch noch einmal um eineinhalb Meter höher gesetzt, und das mit dem Speer, auf den ich „in memoriam Mama und Mikosch“ geschrieben hatte. Ich wollte gerne für meine verstorbene Mutter und meinen 2012 verstorbenen Kater werfen und gewinnen. Das hört sich kitschig an, aber ich bin halt so.

Im Aufbranden des Applauses im Stadion fühlt man sich einfach nur beschenkt. Wenn ich meine Augen schließe, dann kann ich das immer noch genauso hören und sehen, weil es so viel größer war als man selbst.

Und der Kugelstoßwettkampf war natürlich auch großartig, keine Frage – anders, aber auch toll. Ich meine, zwei Wett-

kämpfe mit Gold und einem neuen Weltrekord zu beenden, das ist die Maximalausbeute. Das übersteigt sowieso alles, was man in diesem Moment fassen kann. Bei der zweiten Siegerehrung sind dann auch ein bisschen die Tränen gekommen – schon auch aufgrund des Erfolgs und wegen der Zeremonie, aber mehr noch, weil ich damit so viel abschließen konnte. Zudem hab ich in London etwas sehr Wichtiges zurückbekommen, was nach dem Behandlungsfehler lange verlorengegangen war. Ich habe mein Menschsein und Birgit Kober (vielleicht eine andere als vorher) zurückbekommen und das war für mich fast mehr wert als Gold.

Bei beiden Wettkämpfen war es schon so, dass ich als Favorit hingefahren bin, und jeder von mir erwartet hat, dass ich gewinne. Trotz allem muss ich auf den Punkt meine Leistung abrufen, muss regelgerecht werfen und darf nichts falsch machen, denn sonst bin ich „raus“ und da hilft es nicht allein, dass ich es könnte – ich muss es genau an dem Tag auch umsetzen. Ich schließe immer meine Augen und stelle mir kurz vor dem Wurf einen Ort vor, an dem ich besonders gern werfe und dann öffne ich die Augen und lege los. Das hat mir mein Trainer mal geraten und es hilft mir. Es muss aber ein starker Ort sein, sonst bringt es nichts.

Politische Studien: Dank Ihrer Erfolge bei den Paralympics in London sind Sie

über Nacht einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Was ist vom Ruhm für Ihren heutigen Alltag geblieben? Reagieren Nachbarn und andere Menschen aus Ihrem Umfeld anders auf Sie, seit Sie zweifache Paralympics-Siegerin sind?

Birgit Kober: Ich hätte nicht gedacht, dass diese ganze „Öffentlichkeitsgeschichte“ nach London solche Ausmaße annimmt. Eigentlich dachte ich, da kommen ein oder zwei Zeitungsberichte und dann ist es auch wieder vorbei. Auch die Auszeichnungen und Ehrungen haben mich sehr gefreut und die Preise stehen in einer Vitrine. Nicht, um damit anzugeben, sondern für mich, für die Tage, an denen es mir mal nicht gut geht. Dann schaue ich da hin und sie erinnern mich daran, dass ich das war, die das geleistet hat.

Ich wohne in Neuperlach und viele meiner Nachbarn sind sehr stolz auf mich – bis zum heutigen Tag. Ich werde oft in der U-Bahn angesprochen, auch beim Einkaufen oder im Bus. Mit einigen trainiere ich zusammen im gleichen Fitnessstudio. Die Leute fragen dann nach den derzeitigen Wettkämpfen oder gratulieren zu Erfolgen in diesem Jahr. Sie freuen sich, dass jemand aus ihrem Stadtteil Erfolg hat und wünschen mir weiter alles Gute. Manchmal bin ich echt erstaunt, wie viele Menschen mich immer noch ansprechen. Doch es ist nie unangenehm und es sind immer total nette Gespräche, das letzte erst am Flughafen in Florida.

Politische Studien: Sie sind Botschafterin des Bayerischen Roten Kreuzes und



Quelle: Birgit Kober privat

Sport und Bewegung bestimmen Alltag und Leben von Birgit Kober.

engagieren sich als Schirmherrin für das Münchner Netzwerk für Sport und Inklusion SPINKNET. Der Bayerische Rundfunk drehte einen „Stolperstein“ über Sie und Sie erhielten zahlreiche Auszeichnungen. Worauf sind Sie besonders stolz? Und erzählen Sie uns bitte etwas mehr über Ihr ehrenamtliches Engagement.

Birgit Kober: Ja, nach den Paralympics 2012 wurde ich gefragt, ob ich nicht Botschafterin des Bayerischen Roten Kreuzes werden möchte. Zum einen hat mich das natürlich sehr stolz gemacht und macht es mich immer noch, zum anderen empfinde ich diese Aufgabe als sehr vielfältig. Ich darf zum Beispiel jedes Jahr auf dem Starttag des Bayerischen Roten Kreuzes vor rund 2.000 angehenden Auszubildenden sprechen. Das ist eine tolle Erfahrung.

Ich sitze zudem mittlerweile als zugewähltes Mitglied auch im Vorstand des BR-Kreisverbandes München. Diese Tätigkeit finde ich sehr spannend. Ich lerne viel und das Bayerische Rote Kreuz ist einfach eine Organisation, deren Grundsätze nie veralten werden und in unserer Zeit sehr wichtig sind, weil sie neben dem Helfen auch vermitteln. Ich denke, dass ich als Botschafterin ein Stück für diese Werte stehen darf, auch für Inklusion und Behindertenarbeit und das macht mich schon stolz. Im Rahmen dieser Arbeit halte ich z. B. auch Vorträge.

Der „Stolperstein“ mit dem Titel „Die Kraft liegt einfach in mir drin ...!“ vom Bayerischen Fernsehen war auch eine wirklich tolle Erfahrung und es ist eine schöne und authentische Reportage über mich herausgekommen. Diese ist 2014 acht Mal ausgestrahlt worden und ich habe von vielen Menschen ein positives Feedback darauf bekommen.

SPINKNET ist das Netzwerk für Sport und Inklusion, das maßgeblich vom USC-München, von der Rollstuhl-Basketball-Abteilung ins Leben gerufen wurde. Mehrere Leute wurden gefragt, ob sie nicht Schirmherren werden möchten. Das Ziel ist, den Sport in München besser zu vernetzen. Ich helfe, sofern es meine Zeit erlaubt, z. B. bei den Heimspielen des USC-München mit, und mache dort u. a. den Rollstuhlführerschein. Wir treffen uns aber von SPINKNET auch in regelmäßigen Abständen für einen Gedankenaustausch.

Neben diesen Dingen engagiere ich mich noch für das Kinderhilfsprojekt Harambee in Nairobi. Letzteres liegt mir sehr am Herzen, weil ich hier wirklich ganz praktisch sehen kann, was mit meinem Geld oder anderen Sachspenden geschieht. Immer wenn ich Geld für meine Vorträge bekomme, dann geht das an dieses Projekt. Ein Vortrag z. B. genügt, damit ein behindertes Kind dort ein Jahr zur Schule gehen kann. Ich denke, Zukunft schenken, ist etwas sehr Wichtiges.

Ich weiß ehrlich gesagt nicht, was mich besonders stolz macht ... vielleicht,

wenn ich in meinem Leben mit irgendetwas, das ich getan oder gesagt habe, Spuren hinterlassen kann.

Politische Studien: Wie kann der Umgang mit behinderten Menschen im Alltag verbessert werden? Welche „Knigge-Tipps“ würden Sie Ihren Mitmenschen zum respektvollen Umgang mit Menschen mit Behinderung geben?

Birgit Kober: Diese Frage kann nicht pauschal beantwortet werden und ich denke, da unterscheiden sich meine Antworten sicherlich auch von denen anderer Menschen mit Behinderung. Ich war z. B. gerade in Florida im Urlaub und erlebte die Vereinigten Staaten nun schon zum zweiten Mal als Rollstuhlfahrer. Die Menschen in Amerika sind in ihrem Verhalten Behinderten gegenüber so komplett anders als wir in Deutschland. Kein Busfahrer schaut mich in den USA ärgerlich an, wenn er wegen mir die Rampe rausfahren muss und es gibt auch überall Rampen und Aufzüge und auch in den Freizeitparks bemüht man sich, alles barrierefrei zu gestalten. Jedes Hotel, auch in den unteren Kategorien, ist so gebaut, dass ein Rollstuhlfahrer problemlos zurecht kommt und jeder ist hilfsbereit, aber nur dann, wenn man das wirklich möchte. Besonders gut gefällt mir, dass ich immer auf „Augenhöhe“ angesprochen werde.

Und damit komme ich jetzt zu den „Knigge-Tipps“:

- Was mir am meisten zugesetzt hat, als ich in den Rollstuhl kam, war, dass die Menschen mich nicht mehr als die Person wahrgenommen haben, die ich vorher gewesen bin. Sie haben mich in einer Art und Weise angesprochen, mit der man Kinder

oder Menschen anspricht, die schwer von Begriff sind. Daher: Bitte sprechen Sie Menschen im Rollstuhl oder egal welcher Behinderung immer „auf Augenhöhe“ an.

- Ein Rollstuhlfahrer braucht mehr Hilfe, der andere weniger. Es hat auch etwas mit Stolz zu tun, dass man eigentlich alles wieder selbst bewältigen möchte und kann, sich ggf. auch einen Berg alleine hochquält. Es ist immer die beste Alternative zu fragen, ob jemand Hilfe benötigt und falls ja, weiter zu fragen, wie geholfen werden kann. Wenn keine Hilfe benötigt wird, so sollte man dies auch so stehenlassen können und nicht als persönliche Ablehnung sehen. Bitte nicht einfach jemanden packen und anfangen, ihm Hilfe aufzudrängen.
- Bemerkungen wie „Wenn ich Sie sehe, dann geht es mir gleich viel besser!“, sind äußert kontraproduktiv.
- Kurz formuliert: So normal wie möglich und so wenig Hilfe wie nötig!

Politische Studien: Der gesamte Sport ist vor die Aufgabe gestellt, die UN-Behindertenrechtskonvention in seinen Strukturen umzusetzen. Alle Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf ein Sportangebot in dem Verein ihrer Wahl, um lebensbegleitend Sport treiben zu können. Das verlangt nach der (Weiter-)Entwicklung von zielgruppengerechten Spiel-, Sport- und Bewegungsangeboten. Gemeinsame Aktivitäten von Menschen mit und ohne Behinderung sollen Wirklichkeit werden. Inklusion bedeutet somit auch Veränderungen und Öffnung der Strukturen außerhalb des behinderungsspezifischen Lebensumfeldes. Frau Kober, wie weit sind die Sportverbände und -vereine tatsächlich in ihren Inklusionsbemühungen? Wie kann man die Teilhabe



Bitte sprechen Sie Menschen im Rollstuhl oder egal mit welcher Behinderung immer „**AUF AUGENHÖHE**“ an.



Es ist leichter als behinderter Mensch irgendwo ein **BREITENSORTANGEBOT** zu nutzen, als Leistungssport zu betreiben.

von Menschen mit Behinderung am Sport verbessern?

Birgit Kober: Es ist sehr schwierig, diese Frage pauschal zu beantworten, weil der Status quo in Bayern zu diesem Thema ganz anders zu bewerten ist als z. B. in Nordrhein-Westfalen oder auch Berlin-Brandenburg. Zudem hat jeder Landesverband seine Schwerpunktsportarten, in denen er Sport- und Bewegungsangebote anbietet und die sind von Bundesland zu Bundesland verschieden.

Und dann muss man wiederum die beiden großen Blöcke „Breitensport“ und „Leistungssport“ trennen. Es ist sicherlich leichter als behinderter Mensch irgendwo ein Breitensportangebot zu nutzen, als Leistungssport zu betreiben, wie ich zuvor auch schon ausgeführt habe. In Bayern gibt es zum Beispiel eine Reihe sehr gut organisierter Skikurse für jedermann (inklusive und wirklich toll aufgezo-gen). Auch eine inklusive Sportfreizeit, bei der ich im letzten Sommer für ein paar Tage als Anleiter für die Leichtathletik mit dabei war, kann ich nur empfehlen.

Mein Heimatverein in Bayern ist der ESV München. Ich kann zwar nicht für diesen starten, aber ich hab eine Weile als Übungsleiter, auch noch im Rollstuhl, dort mitgeholfen. Die Leichtathletikabteilung ist sehr offen, auch Behin-

derten gegenüber. Wir sind mit zwei Gehörlosen, aber auch mit Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse, was letztlich auch Inklusion bedeutet, ins Trainingslager gefahren. Viele Vereine wären bereit, Menschen mit einer Behinderung mit trainieren zu lassen, es krankt aber an einem chronischen Übungsleiter- und Trainermangel. Die vorhandenen können ihr eigenes Training schon kaum bewältigen und fragen dann zu Recht: „Wie soll ich den behinderten Jugendlichen oder gar Erwachsenen da noch integrieren?“

Inklusion fängt natürlich immer im Kopf an, aber dann müssen auch die Handreichungen folgen, die sie ermöglichen. Und wenn ein Verein dann keine Hilfskraft bekommt, die beim Training mithelfen kann, damit alles „normal“ weiterlaufen kann und keiner permanent das Gefühl hat, dass der Behinderte alles durcheinander bringt, dann braucht man gar nicht erst anzufangen. Denn nur durch Reden lässt sich nichts verbessern.

Ich gebe mal ein praktisches Beispiel dazu: Bei mir um die Ecke wird gerade eine Dreifachturnhalle gebaut und der Präsident dieses Sportvereins würde sich sehr freuen, wenn ich nach der Fertigstellung dann dort trainieren, aber auch eine Abteilung gründen würde. Das bedeutet, ich könnte quasi wirklich mein Konzept umsetzen. Es mangelt mir auch nicht an Interesse für diese

Sportgruppe, die sich aus Nichtbehinderten und Behinderten zusammensetzen soll. Alle sollen Spaß am Sport haben und es soll auch eine kleine Leistungssportgruppe geben, wenn sich Talente finden. Das Problem ist nur, dass ich das alleine nicht stemmen kann, schon gar nicht neben meiner aktiven sportlichen Tätigkeit. Und da kommen wir jetzt zum Punkt. Niemand hilft für ganz umsonst und ein Etat für Inklusion ist im Sport nicht vorhanden.

Politische Studien: Das Internationale Paralympische Komitee will die Leichtathletik für das Publikum transparenter machen. Die sogenannten kombinierten Klassen, in denen Athleten mit unterschiedlichen Behinderungen starten, sollen getrennt werden, damit auch das komplizierte Punktsystem wegfallen kann. Um das Programm nicht noch größer zu machen, müssten dann aber andere Klassen wegfallen. Wie ist Ihre Meinung hierzu? Gehen die Paralympics da in die falsche Richtung?

Birgit Kober: Ja, das ist korrekt, die kombinierten Klassen fallen weitgehend weg. Es ist auf jeden Fall gut, dass dann auch das teilweise ungerechte Punktesystem wegfällt, doch ob sich so Transparenz beim Publikum herstellen lässt, das wage ich zu bezweifeln. Aber die, die sich wirklich damit beschäftigen, die verstehen das System der Startklassen, die anderen haben Freude am Zuschauen.

Was mir nicht gefällt und was 2014 viel diskutiert wurde, ist, ob man einzelne paralympische Disziplinen wie z.B. Prothesen-Weitsprung in die Olympischen Spiele integrieren will. Ich will nicht falsch verstanden werden und ich will auf keinen Fall die paralympische Bewegung stoppen, aber derartige Überlegungen führen dazu, dass es irgendwann ein Zweiklassensystem im paralympischen Sport geben wird. Denn wer entscheidet letztlich, welche Disziplin es wert ist, dass sie in die Olympischen Spiele integriert wird und welche nicht? Wir hatten so großartige Paralympische Spiele in London 2012 und ich darf echt stolz sein, ein paralympischer Athlet zu sein.

Wenn ich einen Vortrag halte, dann erzähle ich immer von den Ursprüngen der paralympischen Bewegung, von Sir Ludwig Guttman, ihrem Begründer und davon, dass es gerade mal rund 20 Athleten waren, die 1948 an den Stoke Mandeville Games teilgenommen haben. Das waren quasi die ersten Paralympics. Es waren hauptsächlich kriegsversehrte Soldaten und die haben Sport gemacht, um sich körperlich weiterzuentwickeln und sie hatten natürlich auch Spaß. Sie haben aus den gleichen Gründen wie ich angefangen. Und letztlich geht es genau darum bei den Paralympics, nämlich,



Wenn wir beginnen, nach **MARKETINGGRUNDSÄTZEN** zu handeln, hat diese Bewegung irgendwann ihr Ziel verfehlt.

sich durch den Sport körperlich und persönlich weiterentwickeln.

Und wenn wir diese Grundsätze vergessen, wenn wir vergessen, wo wir herkommen und beginnen, nach Marketinggrundsätzen zu handeln, dann hat diese Bewegung irgendwann ihr Ziel verfehlt. Noch ist das nicht der Fall, aber manchmal denke ich mir in all dem Konkurrenzkampf, dass ich zu sehr Idealist bin als dass ich das vergessen möchte.

Politische Studien: In den letzten Jahren standen die Prothesenläufer im medialen Fokus – auch wegen Oscar Pistorius. Empfinden Sie das anderen Athleten gegenüber als ungerecht? Tritt an die Stelle des Trainingsalltags in manchen Disziplinen ein technisches Wettrüsten?

Birgit Kober: Diese Frage kann man nicht nur aus einem Blickwinkel beantworten. Ich denke, Oscar Pistorius hat die gesamte paralympische Bewegung stark nach vorne gebracht. Für viele war er wie ein Held, fast ein Mythos. Dann ist aus diesem Helden ein Mensch geworden, der einen großen Fehler gemacht hat. Das war ein großer Schock für uns alle und ich mag mir auch kein Urteil anmaßen, weil der Fall sehr verworren ist. Der Sport an sich hat darunter nicht gelitten, doch die große Symbolfigur Oscar Pistorius ist nun nicht mehr da. An seine Stelle werden andere treten. Sie sind teilweise schon da.

Und ja, es stimmt, meist sind es Prothesenläufer oder Rollstuhlschnellfahrer, die im medialen Fokus stehen. Es ist wie in der nichtbehinderten Leichtathletik auch. Da gibt es Disziplinen, die stehen mehr im Fokus, das sind auch dort die Laufdisziplinen. Und dann gibt es die Wurfdisziplinen, die technisch hoch anspruchsvoll sind und in denen auch sehr viele, wenn nicht die meisten Medaillen geholt werden, aber die immer etwas im Schatten stehen. Warum ist das so? Ich weiß es nicht und es ist auch müßig, sich darüber groß den Kopf zu zerbrechen. Manches wird man kaum ändern können.

Ich muss nicht unbedingt im medialen Fokus stehen, aber es ist schon so, dass ich eine etwas ausgewogenere Berichterstattung, die sich auf das ganze Team erstrecken würde, auch mal schön finden würde. Die Startklasse der Cerebralparesen kommt z. B. m. E. meist zu kurz. Weiter ist „der Held“ in meinen Augen nicht nur immer der, der gewinnt. Es kann auch der sein, der bis zum Letzten kämpft, dann aber doch verliert oder mal in einer Durststrecke feststeckt, denn Menschen identifizieren sich vor allem mit denen, die ihnen ähnlich sind. Und das Scheitern gehört m. E. genauso zum Sport wie das Siegen.

Auf die zweite Frage, ob anstelle des Trainingsalltags nicht inzwischen ein technisches Wettrüsten tritt, kann ich eigentlich mit einem klaren „Nein“ antworten. Ich möchte das Ganze eher als eine technische Weiterentwicklung in

den Raum stellen. Die Rennrollstühle werden z. B. weiterentwickelt, auch die Prothesen, aber die Prothese läuft oder springt ja nicht von alleine. Der Trainingsaufwand bleibt der Gleiche. Im Gegenteil, die Konkurrenz wächst von Jahr zu Jahr, die Normen werden immer höher und andere Länder unterstützen ihre Sportler in einem sehr professionellen Rahmen, sodass diese sich ganz auf den Sport konzentrieren können. Das verschafft diesen uns gegenüber teilweise einen Vorteil, weil viele unserer Sportler neben dem Training noch voll für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen.

Politische Studien: Was wünschen Sie sich für die Zukunft? Welche sportlichen und persönlichen Ziele verfolgen Sie in den kommenden zwei Jahren?

Birgit Kober: Für die Zukunft wünsche ich mir weitgehend, im Rahmen dessen, was möglich ist, gesund zu bleiben, meinen Sport noch hoffentlich lange und erfolgreich ausüben zu können, und dass ich nie verlerne, das Leben so zu sehen wie jetzt.

In den nächsten zwei Jahren verfolge ich folgende Ziele: 2015 werde ich in eine neue Startklasse eingestuft. Das ist mein Wunsch und ich habe aus folgendem Grund einen Antrag gestellt: In meiner Startklasse gibt es seit kurzem ein verändertes Wurfreglement, das uns „sitzende Werfer“ durch vollständiges Anschnallen mehr behindert als wird es sind. Ich werde somit zu einem „Querschnittsgelähmten“ gemacht, der ich nicht bin und deshalb möchte ich zu den „stehenden Werfern“ wechseln, auch wenn das schwieriger wird. Diese Umklassifizierung erfolgt im März bei einer Wettkampfserie in Dubai. Dann haben wir dieses Jahr die Weltmeisterschaft in Doha (Qatar) und anschließend folgt

die Vorbereitung auf die Paralympics in Rio 2016. Dafür möchte ich mich natürlich qualifizieren.

Meine persönlichen Ziele sind, dass ich an meinem Buch weiterschreibe und es dann nach den Paralympics 2016 fertigstelle. Weiter würde ich gerne das Thema Sport und Inklusion, vor allem in Bayern, vorantreiben. Dazu dienen meine Vorträge und hoffentlich irgendwann mal der Aufbau einer eigenen Sportgruppe. Und es wäre natürlich schön, wenn ich endlich eine Beschäftigung finden würde, die mit dem Sport vereinbar ist, mich aber gesundheitlich auch nicht überfrachtet.

Politische Studien: Frau Kober, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Dr. Susanne Schmid, Referentin für Arbeit und Soziales, Demographischen Wandel, Familie, Frauen und Senioren, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// BIRGIT KOBER

ist Paralympics-Weltmeisterin in Speer und Kugelstoß, Europameisterin und mehrfache deutsche Meisterin. Sie ist Deutsche Behindertensportlerin des Jahres 2012 und lebt und trainiert in München.



Ich würde gern das Thema Sport und Inklusion, vor allem in BAYERN, vorantreiben.

/// Einführung

TEILHABE DURCH SPORT

SUSANNE SCHMID /// Sport verfügt über besonderes integratives Potenzial, weil er soziale Fähigkeiten wie Teamwork, Gemeinschaftsgeist, Fairness, Respekt und Toleranz fördert und mehr Menschen zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe verhilft. Sport ist somit eine wichtige Triebkraft gesellschaftlichen Zusammenhalts. Darüber hinaus leistet Sport einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Bildung, Erziehung, nationaler Repräsentanz und internationaler Verständigung.

Teilnahme und Teilhabe sind zentrale Aspekte im Leben jedes Einzelnen. „Integration“ steht daher für einen langfristigen und kontinuierlichen Prozess, der die gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe in sozialen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen zum Ziel hat. Diese betrifft sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen, Mädchen wie Jungen, Alt wie Jung.

Welchen Beitrag kann und muss der Sport in diesem Zusammenhang leisten? Mittels Sport werden die sozio-kulturellen Grundlagen einer Gesellschaft, die Normen, Werte und Umgangsformen tradiert. Darüber hinaus schafft Sport eine Vielzahl und Vielfalt an Gelegenheiten zur Mitentscheidung und

Mitgestaltung und trägt somit zu gleichberechtigter Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Sport ist eine tragende Säule des Gemeinwesens, indem er soziale Fähigkeiten wie Teamwork, Gemeinschaftsgeist, Fairness, Respekt, Toleranz und Leistungsbereitschaft, Disziplin und Verlässlichkeit fördert. Auch leistet er einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Identifikation und Integration sowie zu Demokratie, Bildung, Erziehung, nationaler Repräsentanz und internationaler Verständigung.

Sport ist gesellschaftsprägend und kulturbildend. Die Sportvereine sind dabei ein Ort, an denen man zusammentreffen und voneinander lernen kann. Die Schlüsselfrage im Bereich Sportintegration bzw. Sportinklusion



Wir sitzen alle in einem Boot – Sport ist gelebte Integration.

lautet daher: Wie müssen Sportangebote auf allen Ebenen – vom Breiten- und Freizeit- über den Schul- bis zum Spitzensport – gestaltet sein, um die Teilhabe aller Mitglieder einer heterogenen Gesellschaft mit all ihren vielfältigen sozialen Merkmalen zu ermöglichen? Der Begriff „Inklusion“ unterstreicht in diesem Zusammenhang die staatliche Verpflichtung, Menschen mit Behinderungen „gleichberechtigt mit anderen“ die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2006 ist Inklusion auch ein substanzieller menschenrechtlicher Begriff.

Um sich dem Themenkomplex „Teilhabe durch Sport“ stellen zu können, ist eine multiperspektivische Herangehensweise unabdingbar. Im Folgenden ana-

lyisieren Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft die politischen Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich Sportintegration bzw. -inklusion.

Im ersten Beitrag unterstreicht Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, die herausragende Bedeutung des Sports für die Stabilität und das Wohlergehen des Gemeinwe-

Sport ist eine wichtige TRIEBKRAFT gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sport ist gelebte Teilhabe.

sens. Sport erfülle demnach eine Vielzahl gesellschaftlich relevanter Funktionen u. a. im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit, der Gesundheitsvorsorge sowie der Familien-, Bildungs-, Wirtschafts- und Integrationspolitik.

Daran anknüpfend veranschaulicht Helmut Altenberger vom Institut für Sportwissenschaft an der Universität Augsburg, wie der soziale Wandel, die Sportentwicklung und diverse Sportmodelle die Funktionen des Sports und seine gesellschaftliche Bedeutung nachhaltig beeinflusst haben.

Günther Lommer, der Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbands (BLSV), informiert in seinem Beitrag über die Relevanz zielgruppenorientierter Angebote und das interkulturelle Integrationspotenzial des Verbandssports in Bayern. Er verweist darauf, dass der BLSV – der mit 12.044 Vereinen und 4,3 Millionen Mitgliedern die größte Personenvereinigung Bayerns bildet – seit über 20 Jahren im Bereich „Integration durch Sport“ bewusst aktiv ist.

Das Zeitgespräch mit Birgit Kober, Paralympics-Weltmeisterin, Europameisterin und mehrfache deutsche Meisterin im Speerwerfen und Kugelstoßen, beleuchtet die Chancen und Hindernisse bei der Umsetzung gleichberechtigter Teilhabe aus Sicht einer Behindertensportlerin.

Sport mit all seinen Facetten ist ein bedeutender zivilgesellschaftlicher Akteur, der kaum zu unterschätzende gesellschaftliche Bindungskräfte freisetzt. Sport ist gelebte Teilhabe. ///



/// DR. SUSANNE SCHMID

ist Referentin für Arbeit und Soziales, Demographischen Wandel, Familie, Frauen und Senioren, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Ein tragendes Element des gesellschaftlichen Lebens

DIE INTEGRATIVE KRAFT DES SPORTS

JOACHIM HERRMANN /// Sport ist weit mehr als nur „die schönste Nebensache der Welt“. Er erfüllt eine Vielzahl gesellschaftlich höchst relevanter Funktionen, u. a. im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit, der Gesundheitsvorsorge, der Familien-, Bildungs-, Wirtschafts- und nicht zuletzt auch der Integrationspolitik. Damit ist er für die Stabilität und das Wohlergehen unseres Gemeinwesens von herausragender Bedeutung. Mit Fug und Recht kann er als ein tragendes Element des öffentlichen und privaten Lebens in unserem Land bezeichnet werden.

Einleitung

Deutschland ist ein sportbegeistertes Land. Für den Freistaat Bayern und seine Bürger gilt dies erst recht. Der Sport bewegt allein in Bayern Woche für Woche viele Millionen Menschen und gilt als der Deutschen liebste Freizeitbeschäftigung – sei es als aktiver Sportler oder als begeisterter Zuschauer.

Die Deutschen sind **SPORTBEGEISTERT**.

Schon fast sprichwörtlich wird der Sport gerne als „die schönste Nebensache der Welt“ bezeichnet. Obgleich in aller Regel als Ausdruck besonderer Wertschätzung gemeint, wird man dem gesellschaftlichen Phänomen Sport mit einer solchen Bezeichnung jedoch keineswegs gerecht, erfüllt er doch eine Vielzahl gesellschaftlich höchst relevan-

ter Funktionen, u. a. im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit, der Gesundheitsvorsorge, der Familien-, Bildungs-, Wirtschafts- und nicht zuletzt auch der Integrationspolitik. Sport und die mit ihm verbundene Vereinskultur ist daher für die Stabilität und das Wohlergehen unseres Gemeinwesens von herausragender Bedeutung. Er kann in all seinen Erscheinungsformen mit Fug und Recht als ein tragendes Element des gesellschaftlichen Lebens in unserem Land bezeichnet werden.

Integrative Kraft des Sports und sozialer Zusammenhalt

Diese Einschätzung wird durch folgende Zahlen eindrucksvoll untermauert: In den Dachverbänden des bayerischen Sports – dem Bayerischen Landes-Sportverband (BLSV) und dem Bayerischen Sportschützenbund (BSSB) – sind mehr als 17.000 Vereine und fast fünf



Sport als liebste
Freizeitbeschäftigung –
jeder dritte Einwohner
Bayerns ist Mitglied in
einem Verein.

Millionen Mitglieder organisiert. Das bedeutet: Mehr als jeder dritte Einwohner Bayerns ist Mitglied in einem Sportverein.

Und das bedeutet auch: Dank der ungebrochenen Popularität der bayerischen Sportvereine fungiert der organisierte Sport als eine große gesellschaftliche Klammer in einer zunehmend individualisierten bzw. partikularisierten Gesellschaft. Er prägt das gesellschaftliche Miteinander in den bayerischen Städten und erst recht auf dem Land. Dabei entfaltet gerade der lokal verwurzelte Vereinssport eine große integrative Kraft und führt Menschen jeglichen Alters, jeglicher Herkunft und jeglicher sozialen Schicht zusammen. In kaum einem anderen gesellschaftlichen Kontext gelingt es so erfolgreich, ein Band zwischen den Generationen zu knüpfen, Bildungs- und Einkommensunterschiede zu überbrücken, Integrations-

möglichkeiten für ausländische Mitbürger zu schaffen und Menschen mit Behinderung in die Mitte der Gesellschaft zu holen.

Hierbei vermitteln unsere Sportvereine das Angebot von Gemeinschaft und Zusammenhalt und lassen im Großen wie im Kleinen ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das wir für ein gutes Gemeinwesen so dringend benötigen. Unsere Sportvereine sind daher ein unverzichtbarer Ort der Begegnung, der Integration und der Gemeinschaft. Nicht wenige finden dort vom Rand in die Mitte der Gesellschaft, manch einer trifft beim Sport auf Menschen, die Freunde fürs Leben werden, und für viele ist der Verein in ihrem Dorf oder in ihrer Stadt ein Stück Lebensqualität, ja ein Stück Heimat. „Heimat ist [schließlich] immer da, wo ich verstehe und wo ich verstanden werde“, wie es der österreichische Philosoph

Karl Jaspers formulierte. Damit übernimmt der organisierte Sport eine entscheidende integrative Funktion in unserer Gesellschaft, er ist für den sozialen Zusammenhalt in unserem Gemeinwesen schlicht unersetzlich. Denn Sport verbindet – und das auf freudvolle Art und Weise. Dieses Potenzial des Sports gilt es zu nutzen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zur gleichberechtigten und selbstbestimmten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Ich freue mich, dass sich die Sportfachverbände und viele Sportvereine dieser gesellschaftlichen Herausforderung schon seit Jahren engagiert stellen und inklusive Breitensportangebote immer zahlreicher werden. Damit entstehen gemeinsame Erlebnisräume für Menschen mit und ohne Behinderung, in denen eventuelle Berührungsängste überwunden werden können.

Aber auch der Leistungssport von Menschen mit Behinderung hat in den zurückliegenden Jahren einen enormen Aufschwung erlebt und leistet einen erheblichen Beitrag auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist der Gewinn der Deutschen Meisterschaft im Weitsprung durch den unterschenkelamputierten Weitspringer Markus Rehm mit 8,24 Meter und wohlgermerkt gegen seine nicht-behinderten Konkurrenten, was mitunter kontroverse Diskussionen bezüglich der Vergleichbarkeit von Springern mit und ohne Prothese auslöste. Dies zu bewerten muss Sportwissenschaftlern und Biomechanikern überlassen bleiben. Entscheidend aber ist, dass inklusive Sportveranstaltungen bzw. Wettkämpfe für Menschen mit Behinderung diesen die

Möglichkeit geben, öffentlichkeitswirksam zu zeigen, was sie leisten können. Sportler mit Behinderung können dadurch Vertrauen in die eigenen Stärken gewinnen und das Gefühl von Zugehörigkeit und echter Teilhabe erleben.

Der Vereinssport hat **INTEGRATIVE** Wirkung.

Zugleich stehen hier nicht die Einschränkungen der Sportler mit Behinderung im Vordergrund, sondern ihre beeindruckende Leistungsfähigkeit. Damit steht der Behindertensport vorbildhaft für einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik, der da lautet: Weg von einer defizitorientierten Sichtweise hin zu einer Einstellung, die die besonderen Fähigkeiten von Menschen mit Behinderung in den Mittelpunkt rückt; weg von der Fürsorge und hin zur Teilhabe und Inklusion.

Gerade angesichts der aktuell hohen Zahl an Zuwanderern und Flüchtlingen nach Deutschland und Bayern gilt es aber auch, die integrative Kraft des Sports gezielt zu nutzen, um Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern. Auch hier ist sich der organisierte Sport in Bayern seiner gesellschaftlichen Verantwortung wohl bewusst und bietet vielfältige erfolgsversprechende und niedrigschwellige Integrationsmöglichkeiten. Denn mit seiner universellen Sprache und seinem verbindenden Wesen gelingt es

dem Sport in besonderer Weise, Menschen über Sprachbarrieren, Kulturen und Religionen hinweg zu verbinden. Dabei eröffnen sich Potenziale zur alltagskulturellen Integration durch die Vermittlung kultureller Konventionen, Alltagswissen sowie den Spracherwerb. So können Menschen mit Migrationshintergrund in den Sport und damit in die Gesellschaft integriert werden. Nicht zuletzt kann die Einbindung in eine (Sport-)Gemeinschaft Tendenzen der Ausgrenzung einerseits und der Abkapselung bis hin zur Radikalisierung andererseits entgegen wirken.

Beispiele gelungener Integration mithilfe des Sports gibt es viele, nicht nur, aber auch von Spitzensportlern. So berichtete während einer Fernsehdiskussion beispielsweise Gerald Asamoah, aus Ghana stammender Ex-Nationalspieler, der erst im Alter von 12 Jahren nach Deutschland kam, dass sein erster wirklicher Kontakt zu Deutschen im Fußballverein erfolgte. Er war ihm unmittelbar nach seiner Ankunft in Deutschland beigetreten, weil „man in so einer Gemeinschaft am besten die Sprache lernen kann“.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das im Sport so leicht entsteht, kann aber nicht nur die Integration von Menschen mit Behinderung bzw. Migrationshintergrund erleichtern. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl erfasst mitunter unsere gesamte Gesellschaft, es

SPORT fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl.

schafft Gemeinsinn und stiftet Identität. Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 – das sog. Deutsche Sommermärchen, dessen Neuauflage wir auch 2014 wieder feiern konnten, – ist hierfür das beste Beispiel. Aber auch bei anderen sportlichen Großereignissen wie beispielsweise den Olympischen Spielen, entsteht regelmäßig quer durch alle Bevölkerungsschichten ein Gemeinschaftsgefühl, wie wir es sonst nur selten erleben. „Wir Deutsche“ spüren dann die starke, Identität stiftende und solidarische Wirkung des Sports. Auch das tut unserem Gemeinwesen gut.

Für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft leistet der Sport also einen ganz wesentlichen Beitrag – im Verein, im Stadion und vor dem Fernseher. Er wirkt dabei tief in die Gesellschaft hinein und entfaltet eine positive Wirkung weit über den Sport hinaus.

Pädagogische Wirksamkeit / Wertevermittlung

Dies gilt in hohem Maße auch für den Bereich der Wertevermittlung. Denn neben der integrativen Kraft ist dem Sport auch eine besondere Werteorientierung und pädagogische Wirksamkeit zu eigen. Aus diesem Grund ist Sport für unsere Kinder und Jugendlichen ganz besonders wichtig. In einem zunehmend konsumorientierten und medial geprägten Umfeld finden sie in den Sportvereinen ein sinnvolles Freizeitangebot jenseits von Computer und Fernseher, das ihnen bietet, was sie suchen und brauchen: Herausforderung und Abenteuer, Gemeinschaft und Zusammenhalt.

Nicht virtuell, sondern mit Leib und Seele, im Sinne der olympischen Werte „Respekt, Fairness, Leistung und Freundschaft“ miteinander Sport zu

Sport dient der WERTEVERMITTLUNG und dem Selbstvertrauen.

treiben, hilft unseren Kindern und Jugendlichen ganz nebenbei, ein solides Beziehungsnetz zu knüpfen, Sozial- und Selbstkompetenzen zu erwerben und Werte zu verinnerlichen, die für das Gelingen unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind: Sozial- und Selbstkompetenzen wie z. B. Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Leistungsbereitschaft sowie Werte wie Zuverlässigkeit, Rücksichtnahme und Verantwortungsbereitschaft. All dies wird im Sport weder gepredigt noch abstrakt vermittelt, sondern ohne moralischen Zeigefinger am eigenen Leib erlebbar – ganz unbemerkt, nebenbei und mit viel Spaß an der Sache. Gerade deshalb ist die Wertevermittlung im Sport so einzigartig und wertvoll.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Gelegenheit, jungen Menschen im Sport Erfolgserlebnisse zu ermöglichen, die ihnen helfen, ein gesundes Selbstbewusstsein zu entwickeln. Im Sport trainieren Kinder und Jugendliche Durchhaltevermögen und erleben die Steigerung ihrer eigenen Leistungsfähigkeit. Sie gewinnen so mehr Selbstvertrauen und Selbstsicherheit. Im Sport bietet sich zudem die Möglichkeit, den jungen Menschen zu zeigen, dass nicht der Ellbogen, sondern das Herz das wichtigste Körperteil ist.

Damit können die Turn- und Sportvereine auch einen wichtigen Beitrag zur Prävention gegen Gewalt leisten. Im

Sport werden Aggressionen in die richtigen Bahnen gesteuert und der angemessene Umgang mit Sieg und Niederlage erlernt. Langeweile und „dumme Gedanken“ kommen hingegen erst gar nicht auf. Wie schon Joachim Ringelnatz unnachahmlich formulierte: „Sport stärkt Arme, Rumpf und Beine, kürzt die öde Zeit, und schützt uns durch Vereine vor der Einsamkeit.“

Besonders wichtig ist: All diese Werte und Kompetenzen sind nicht nur für den Erfolg im Sport von entscheidender Bedeutung. Zugleich befähigen sie die jungen Menschen dazu, sich den vielseitigen Anforderungen in unserer Gesellschaft zuversichtlich zu stellen, Verantwortung für ihre Mitmenschen zu übernehmen und auch das Leben jenseits des Sports erfolgreich zu meistern.

Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche im Sport Vorbilder finden, die sie unmittelbar ansprechen und begeistern. Ob Profis oder Hobbyathleten, ob Sportler mit oder ohne Behinderung, ob Vereinsvorstand oder Trainer – sie alle können jungen Menschen als Vorbild dienen, Werte vorleben bzw. vermitteln und ihnen dadurch Orientierung geben. Vom französischen Schriftsteller Albert Camus, der selbst als Torwart aktiv war, ist der Satz überliefert: „Alles, was ich von Ethik und Verantwortung weiß, habe ich beim Fußball gelernt.“ Darum bin ich mir sicher: Auf dem Spielfeld, dem Sportplatz oder in der Turnhalle wird geformt und wird umgesetzt, was wir überall auf der Welt brauchen, nämlich Vorbilder durch Leistung, verantwortliches Handeln und Persönlichkeit.

Gesunderhaltung

Neben der Bedeutung des Sports für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sowie für die Persönlich-



Quelle: Tom Merton/Getty Images

Lebenslang Sport und Bewegung sind für eine gesunde Lebensführung unverzichtbar.

keitsbildung leistet der Sport selbstverständlich auch einen ganz wesentlichen, ja unverzichtbaren Beitrag zur nachhaltigen Gesunderhaltung unserer Gesellschaft, in der aufgrund moderner Lebensverhältnisse körperliche Betätigung und Bewegung in Beruf und Freizeit immer weniger selbstverständlich, gleichwohl für eine gesunde Lebensführung weiterhin unverzichtbar sind. Dies gilt für alle Altersgruppen.

Für die körperlich-motorische, kognitive, psychosoziale und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – und damit deren Gesundheit in umfassendem Sinne – sind Bewegung, Spiel und Sport essenziell. Das gemeinsame Ziel des Schul- und Vereinssports muss daher sein, sie für Sport zu begeis-

tern und zu lebenslangem Sporttreiben zu motivieren. Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen, die eine Brücke vom Schulsport zum Vereinssport bauen, spielen hierbei eine entscheidende Rolle.

In einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft ist regelmäßige Bewegung aber auch im weiteren Lebensverlauf von zentraler Bedeutung für die Gesunderhaltung und das Wohlbefinden bis ins hohe Alter. Der wissenschaftliche Nachweis für die präventive und therapeutische Wirkung von Sport und körperlicher Aktivität auf eine Vielzahl von Krankheiten (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus, Stoffwechselerkrankungen, Adipositas, Tumorerkrankungen, Rückenschmerzen, Osteo-

porose, psychische Störungen etc.) ist eindeutig gesichert. Regelmäßige körperliche Aktivität senkt das Risiko der Krankheitsentstehung, beschleunigt den Heilungsverlauf bzw. verbessert Heilungschancen und beeinflusst das subjektive Wohlbefinden sowie die seelische Gesundheit positiv. Bewegungsmangel auf der anderen Seite ist ein zentraler Risikofaktor für die Entstehung sog. Zivilisationskrankheiten im Erwachsenen- und Seniorenalter. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie krankhafte Veränderungen am passiven Bewegungsapparat – Stichwort: Bandscheibenschäden – sind nicht nur für zahlreiche persönliche Schicksale verantwortlich, sondern verursachen auch immense Kosten im Bereich der Sozialversicherungsträger.

Vielfältige, ausdifferenzierte, alters- und bedarfsgerechte Angebote im Bereich des Breiten-, Gesundheits- und Rehabilitationssports werden daher immer wichtiger, um die Fitness und die damit verbundene Lebensqualität unserer Bürger zu bewahren, zu entwickeln oder wiederherzustellen und im Sinne einer präventiven Gesundheitspolitik die Gesundheitskosten zu reduzieren.

Um Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderung, chronisch kranke Menschen und Menschen im Zenit ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit für regelmäßiges, gesundheitsorientiertes Sporttreiben gewinnen bzw. sie dauerhaft an den Sport binden zu können, ist ein breites, auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasstes Sportangebot also unabdingbar. Unverzichtbarer Partner hierfür sind die rund 91.000 Sportvereine in Deutschland, davon über 17.000 im Freistaat Bayern, die allein ein solch vielfältiges und flächendeckendes Sportangebot in unserem Land sicherstellen können.

Wirtschaftliche Bedeutung des Sports

Die Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft geht aber über den sozialen und gesundheitspolitischen Bereich – und damit vermeintlich weiche gesellschaftliche Faktoren – hinaus. Neben seiner vielfältigen und bedeutsamen Hilfsfunktionen in Bereichen sozialer gesellschaftspolitischer Herausforderungen ist der Sportsektor nämlich auch von substantieller ökonomischer Bedeutung. Die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) verweist in ihrer 2013 erschienenen Studie „Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports in Deutschland“⁴¹ darauf, dass die privaten Haushalte jährlich rund 89,1 Milliarden Euro – und damit rund 6,6 % aller privater Konsumausgaben – für sportbezogene Waren und Dienstleistungen ausgeben. Direkt mit dem Sport verbundene

Sportliche Betätigung hält GESUND.

Produktionen würden 3,3 % (73,1 Milliarden Euro) des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, womit der Sport eine ähnlich hohe Wertschöpfung in Deutschland leiste wie der Fahrzeugbau. Der Sport als Querschnittsbranche generiert darüber hinaus direkt Einkommen und Beschäftigung in erheblichem Umfang – im Zuge des Angebots von Trainingsleistungen durch die Sportvereine und die privaten und öffentlichen Sportanbieter, bei der Produktion von Sportwaren und beim Bau und dem Betrieb von

Sportstätten. So waren laut zuvor genannter Studie der GWS im Jahr 2008 ca. 1,76 Millionen Menschen und damit knapp 4,4 % aller Erwerbstätigen in Deutschland im Sportsektor beschäftigt. Last but not least trägt der Sport über Steuern und Sozialbeiträge auch in erheblichem Maße zu den staatlichen Einnahmen bei.

In diesen beeindruckenden Zahlen sind die allgemeine Wohlfahrtsentwicklung durch Sport (Gesundheitsprävention, Integration von Randgruppen, Wertevermittlung etc.), die monetär kaum erfasst werden kann, sowie die Leistungen durch ehrenamtliches Engagement im Sport noch gar nicht berücksichtigt.

Ehrenamtliches Engagement im Sport

Rund 10 % der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahre engagiert sich ehrenamtlich im und für den Sport. Das ist enorm. Damit ist der Sport der mit Abstand größte und wichtigste Bereich ehrenamtlichen Engagements in Deutschland.² Diese erfreulich hohe Quote zu sichern muss unser aller Ziel sein, denn für den Breitensport in Bayern ist die freiwillige und unbezahlte Arbeit der vielen Übungsleiter, Vereinsvorstände und Helfer aller Art schlicht unverzichtbar. Ohne sie ginge es nicht, denn viele Hände werden gebraucht, damit Sportvereine bzw. -verbände überhaupt funktionieren können.

Eines darf nämlich nicht vergessen werden: Von ganz allein entfalten sich die positiven Wirkungen des Sports nicht. Hierzu bedarf es engagierter Trainer und Übungsleiter mit viel pädagogischem Fingerspitzengefühl, die jungen Menschen Orientierung geben und deren Respekt genießen. Es bedarf der vielen unermüdlichen Vereinsvorstände,

die ihre Sportvereine für Innovationen öffnen, gesellschaftliche Veränderungen aufgreifen und zugleich dafür sorgen, dass bewährte Traditionen und der Charakter ihres Vereins erhalten bleiben. Und nicht zuletzt bedarf es über-

Der Sportsektor beinhaltet ein hohes WIRTSCHAFTLICHES Potenzial.

zeugender Verbandsvertreter und starker Verbände, die ihre Anliegen auch öffentlichkeitswirksam geltend machen und gehört werden.

Es ist der Idealismus der vielen im Sport ehrenamtlich engagierten Menschen, der unsere Sportvereine und -verbände zum Leben erweckt, sie attraktiv macht für die Menschen in unserem Land und damit das soziale, pädagogische, gesundheitliche und wirtschaftliche Potenzial des Sports erst wirksam werden lässt. Aus diesem Grund verdient das gewaltige ehrenamtliche Engagement im Sport eine besondere Würdigung.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ So formulierte es Erich Kästner. Das ist der Kern jedes ehrenamtlichen Engagements, das stets davon getragen ist, dass Menschen Gutes tun wollen. Sie wollen mit ihren eigenen Händen und ihren besonderen Fähigkeiten einen Beitrag für die Gemeinschaft leisten, in der wir leben. Damit sind sie Vorbild und Leitfiguren für den alltäglichen Umgang miteinander. Sie sind der soziale „Kitt“ in unserer Gesellschaft. Ohne sie wären Deutschland und Bayern, wären unsere Gemeinden, wären wir alle wesentlich ärmer. Gerade in der heutigen Zeit, in der Selbstverwirklichung und individuelle Entfaltung einen hohen Stellenwert besitzen, bildet das ehrenamtliche En-

gagement ein wertvolles Gegengewicht, das bei der gesamten Bayerischen Staatsregierung und mir persönlich allerhöchste Wertschätzung genießt.

Sportförderung des Freistaats Bayern

Aufgrund der vielfältigen positiven Wirkungen und der enormen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung des Sports ist es nur richtig, dass der Freistaat Bayern den Sport intensiv fördert und unterstützt. Die Förderung des Breitensports in Bayern ruht im Wesentlichen auf zwei Säulen: der Förderung des Sportbetriebs der Vereine sowie der Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus einerseits und der Förderung der Sportverbände andererseits.

Im Jahr 2014 stellte der Freistaat 17,46 Millionen Euro bereit, die in Form der Vereinspauschale entsprechend der jeweiligen Mitgliedereinheiten an die bayerischen Sportvereine ausgezahlt wurden, um deren Sportbetrieb zu unterstützen. Kinder- und Jugendarbeit sowie Qualitätssicherung durch den Einsatz ausgebildeter Übungsleiter werden hierbei besonders stark gewichtet. Mit weiteren 7,6 Millionen Euro unterstützte der Freistaat Bayern die Sportvereine 2014, um vereinseigene Sportstätten zu errichten und zu tragen, die sie für ihr Sportangebot benötigen.

Neben der Vereinspauschale sowie der Förderung des Sportstättenbaus unterstützt die Bayerische Staatsregierung den Sport zusätzlich durch staatliche Zuwendungen an die Sportverbände, u. a. für die Ausrichtung von Wettkämpfen, das Durchführen von Lehrgängen, Kader- und Talentfördermaßnahmen sowie den Einsatz von Trainern im Nachwuchsleistungssport. Im vergangenen Jahr konnten wir den Dachorga-

nisationen des Sports in Bayern rund 13 Millionen Euro u. a. für diese Aufgaben zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus fördert der Freistaat Investitionsmaßnahmen zur Schaffung leistungssportlicher Trainingseinrichtungen, insbesondere an Landesleistungszentren und Bundesstützpunkten. Denn eines ist klar: Auch der Spitzensport ist für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung. Er schweißt unsere Gesellschaft zusammen. Darüber hinaus wird über die Teilnahme unserer Sportler an internationalen Wettkämpfen eine positive außenstaatliche Repräsentation Deutschlands in der Welt wahrgenommen. Deutsche Spitzenathleten repräsentieren Deutschland und Bayern in aller Regel vorbildlich und haben so ihren Anteil daran, dass unser Land als leistungsstark und weltoffen wahrgenommen wird.

Ohne **EHRENAMTLICHES Engagement** könnte der Breitensport nicht aufrechterhalten werden.

Gleichzeitig sind erfolgreiche Leistungssportler immer auch ein Vorbild für den Breiten- und Wettkampfsport an der Basis. Sie stehen für besondere Leistungsbereitschaft und motivieren gerade unsere Kinder und Jugendlichen, ihren sportlichen Vorbildern nachzueifern. Eine gemeinsame Studie der Deutschen Sporthilfe und der Deutschen Sporthochschule Köln³ zeigt, dass Deutschlands Spitzensportler für über

80 % der Bundesbürger eine Vorbildfunktion haben und sogar mehr Menschen dem Sport für die Außendarstellung Deutschlands eine große Bedeutung beimessen als der Politik. Als Bayerischer Sportminister nehme ich dieses Ergebnis sportlich. Obgleich der Spitzensport aufgrund seiner Funktion für die staatliche Repräsentation Deutschlands nach außen in der Zuständigkeit des Bundes liegt und die Länder lediglich für den Nachwuchsleistungssport

Der FREISTAAT BAYERN fördert und unterstützt sowohl den Breiten- als auch den Spitzensport.

Verantwortung tragen, wurden im Jahr 2014 Investitionsmaßnahmen an leistungssportlichen Trainingseinrichtungen in Bayern mit rund 1,65 Millionen Euro aus Mitteln der staatlichen Sportförderung bezuschusst. Darüber hinaus bietet die Bayerische Polizei jungen Leistungssportlern eine attraktive Verknüpfung von beruflicher Ausbildung und Spitzensport. Ein modulares Fördermodell ermöglicht diesen die Vereinbarkeit von spitzensportlichen Anforderungen im Training und Wettkampf mit der Berufsausbildung und -ausübung bei der Bayerischen Polizei. Damit wird unseren Nachwuchstalente die Möglichkeit einer „dualen Karriere“ eröffnet.

In der Summe fördert der Freistaat Bayern den Breiten-, Vereins- und (Nachwuchs-)Leistungssport also mit erheblichen staatlichen Mitteln. Ich bin mir sicher, dass dieses Geld bestens angelegt ist und sich jeder Euro, den wir in den Sport investieren, auszahlt – finanziell, v.a. aber in gesellschaftlichen Werten, die eigentlich unbezahlbar sind.

Fazit

Eines ist klar: Die verlässliche Sportförderung des Freistaates Bayern hat ihren Anteil daran, dass in Bayern über die vergangenen Jahrzehnte flächendeckend wohnortnahe Sportlandschaften für jedermann entstehen konnten und Bayern als Land des Sports wahrgenommen wird – im Breiten- wie im Spitzensport.

Klar ist aber auch: Ohne das idealistische ehrenamtliche Engagement, insbesondere im Breitensport, würde unsere staatliche Sportförderung ins Leere laufen. Nur in verlässlicher Partnerschaft können der Staat einerseits und der organisierte Sport andererseits das enorme Potenzial des Sports zum Wohle unserer Bevölkerung ausschöpfen. Auf dass dies auch in Zukunft weiterhin so erfolgreich gelingen wird. ///



/// JOACHIM HERRMANN MDL

ist Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, München.

Anmerkungen

¹ Ahlert, Gerd: Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports in Deutschland, in: gws research report 2013/2, Osnabrück 2013.

² Braun, Sebastian: Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement in Deutschland. Sportbezogene Sonderauswertung der Freiwilligensurveys von 1999, 2004 und 2009, Köln 2011.

³ Breuer, Christoph / Hallmann, Kirstin: Die gesellschaftliche Relevanz des Spitzensports in Deutschland, Köln 2011.

/// Funktionen des Sports

DIE GESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG

HELMUT ALTENBERGER /// Der gesellschaftliche Wandel zu Beginn des neuen Jahrtausends, der Wandel im Sport sowie Sportmodelle als Erklärungsversuche haben als Veränderungsbereiche die Funktionen des Sports und seine gesellschaftliche Bedeutung nachhaltig beeinflusst.

Gesellschaftlicher Wandel

Die Soziologie spricht von einem sog. Modernisierungsprozess und zwar von der Industriegesellschaft zur Informations- und Wissenschaftsgesellschaft.¹ Diesen Modernisierungsprozess kennzeichnen folgende Entwicklungen:

- Individualisierung der Lebensstile: Single-Haushalte, Freizeittätigkeiten, Mobilität und Konsumverhalten;
- Rationalisierung: Einsatz von Computern und Robotern, Verlagerung der Produktion in asiatische Länder mit niedrigem Lohnniveau;

- Ökonomisierung: alles muss sich rechnen, ist auf wirtschaftlichen Profit ausgerichtet, Zuwachsraten sind entscheidend, Shopping als Freizeitbeschäftigung;
- Verrechtlichung: deutlich sichtbar an den Regularien durch EU-Recht, statt mit dem Nachbarn zu reden wird der Anwalt eingeschaltet, das Kleingedruckte wird zur Rechtsnorm erhoben (Lebensmittelkennzeichnung, Nebenwirkungen von Medikamenten);
- Mediatisierung: neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten haben sich private Sender durchgesetzt, Nutzung von Handy und Internet;
- Verwissenschaftlichung: wissenschaftliche Erkenntnisse sind in beinahe alle Lebensfelder eingedrungen und haben damit das menschliche Leben verändert (z. B. Krebsforschung), zugleich breitet sich eine Inflation der Bildung aus;

Die Industriegesellschaft hat sich zur Informations- und Wissensgesellschaft GEWANDELT.



Sportliche Aktivitäten fördern bei den Senioren nicht nur Gesundheit und Wohlbefinden, sondern unterstützen auch deren Sozialisation.

- Globalisierung und Internationalisierung: Wirtschaft und Bankenwesen machen nicht halt vor den Landesgrenzen, der Wettbewerb ist international geworden, die EU hat neuen überkontinentalen Einfluss bekommen, Widersprüchlichkeiten beim TTIP-Abkommen sowie TISA u. a., welche den Menschen zugemutet werden.²

Das ist in Stichpunkten die eine Seite der dramatischen Veränderungen, denen wir tagtäglich ausgesetzt sind. Die zweite Seite der Veränderungen betrifft den Sport selbst.

Der Wandel im Sport

Der Sport ist schon lange kein einheitliches Gebilde mehr, manche sprechen auch von einem Phänomen im Wandel. Der Sport wurde in vielfältiger Weise durch die genannten gesellschaftlichen Veränderungen, den sogenannten Modernisierungsprozess, beeinflusst und hat sich auch aus einer Eigendynamik heraus selbst geändert. Er wurde zudem in vielfältiger Weise durch Fremdbestimmungen manipuliert und gesteuert wie z. B. durch die Wirtschaft (der Sportler als lebende Litfaßsäule).

Einige Beispiele seien stichpunktartig genannt:

- Vom Sport zur offenen Bewegungskultur: Sport- und Bewegungsformen aus anderen Kulturen konnten sich in unserem System entfalten, die Fitnessbewegung hat große Teile der Bevölkerung erfasst, Sportveranstaltungen sind zu Großveranstaltungen, zu überdimensionalen Events geworden.
- Wandel und Vielfalt der Sinnorientierungen: Leistungsorientierung ist zwar nach wie vor eine stabile Motivation für viele Bürger, daneben haben sich Selbstdarstellung und Selbsterfahrung im Sport und in der Bewegung ebenso durchgesetzt, wie die Grenzen des eigenen Leistungsvermögens auszutesten. Gesundheitliche Motive haben ebenso ihre Berechtigung wie Geselligkeit oder soziale Hilfestellung.
- Bedeutung des Sports in den Massenmedien: Die Präsenz ihrer Sportart in den Massenmedien ist für viele Sportverbände zu einer Existenzfrage geworden. Längst stellen die Übertragungsrechte von Sportgroßveranstaltungen eine entscheidende Wirtschaftsgröße dar. Wer in den Medien ist, hat Macht und Einfluss im Sport und außerhalb des Sports.
- Kommerzialisierung und Professionalisierung im Sport: Ablösesummen von Spielern, Werbeeinnahmen bei sportlichen Großveranstaltungen bestimmen die Schlagzeilen und Berichte über den Sport. Je besser er sich über die Medien vermarkten lässt, umso größer ist das ökonomische Interesse an ihm. Längst hat sich ein Zweiklassensystem in der sog. „Sportfamilie“ etabliert. Alle möchten in der obersten Liga mit dabei sein. Der Sport ist mit seinem Ausrüstungsbedarf zu einer konstanten ökonomischen Größe geworden. Der Profi-

sport hat sich meilenweit vom sog. Breiten- bzw. Freizeitsport entfernt.

- Ethische und gesetzliche Verstöße: An erster Stelle sind hier Dopingvergehen und die Spielmanipulationen zu nennen. Dopingmissbrauch und die Manipulation von Sport- bzw. Spielergebnissen kündigen das Ende einer widersprüchlichen Entwicklung im Sport an. Wenn ihre Eindämmung bzw. Verhinderung nicht gelingt, wird der Sport seiner Legitimation beraubt; Fairness und Vertrauen im Sport gehören dann bald der Vergangenheit an.

Auch der **SPORT hat einen tiefgreifenden Wandel vollzogen.**

- Ambivalenz und Widersprüchlichkeit des Sports: Einerseits werden Werte, die der Sport vermitteln kann wie etwa faires Verhalten, Rücksichtnahme und Vertrauen, soziales Lernen und soziale Integration hochgehalten, andererseits spielen diese Werte im großen Mediensport eine völlig untergeordnete Rolle. Vorbilder im Hochleistungssport sind selten geworden. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf den Kinder- und Jugendsport? Fragen über Fragen.

Sportmodelle als Erklärungsversuche

Das sog. Pyramidenmodell des Sports, wonach eine große sportliche Breite als

Basis für eine entsprechend erfolgreiche Spitze im Hochleistungssport sorgt, ist überholt und wissenschaftlich widerlegt. Helmut Digel hat als Alternative sog. „Sportmodelle“ entwickelt, die der vielfältigen Ausdifferenzierung Rechnung tragen sollen.³ Er schlägt fünf unterschiedliche Sportmodelle vor, die sich zwar teilweise überschneiden, aber doch jeweils eindeutige Merkmale aufweisen:

- **Leistungssport:** Er lässt sich kennzeichnen mit Wettkampforientierung, Spannung und dem Status der sportlich Aktiven als „Amateure“ sowie der bekannten Struktur der Sportvereine.
- **„Medien“-Sport:** Bei ihm spielen Kommerz, Wettkampf, Profisportler und Arbeitsvertragsverhältnisse eine dominante Rolle.
- **Freizeitsport:** Merkmale dieses Sportmodells sind Spaß, Freude, Mitmachen, Selbstwert und eine offene Organisationsform in Richtung Selbstorganisation.
- **Alternativsport:** Er wird als gesellschaftliche, sportbezogene Subkultur bezeichnet. Sportliche Aktivitäten aus fremden bzw. anderen Kulturkreisen werden ausgeübt und finden zunehmend Verbreitung. Entspannung und Selbsterfahrung sind zentrale Motive, tendenziell ist die Organisationsform offen.
- **Instrumenteller Sport:** Kennzeichnend sind hier die sozialen Dienstleistungen mit Sportangeboten in der jugendlichen Sozialarbeit. Der Sport fungiert als soziales Erziehungsinstrument, z. B. in der Schule als Schulsport oder in Form von Bewegung als Rehabilitationsmaßnahme in Kliniken und Krankenhäusern bzw. Rehabilitationseinrichtungen.⁴

Die gesellschaftliche Bedeutung des Sports

Freizeit- und Erlebnissport

Damit ist v. a. der nicht vereinsgebundene, meist privat organisierte Sport gemeint. Die empirischen Zahlen, was die Häufigkeit der aktiven Sportausübung betrifft, sind sehr uneinheitlich.^{5/6} In der Beliebtheitsskala der ausgeübten Hobbys liegt das Sporttreiben an zwölfter und damit letzter Stelle mit ca. 12 %. Er wird von mehr männlichen Jugendlichen ausgeübt als von Mädchen. Mit steigendem Bildungsniveau nimmt der Umfang des Sports zu. Frauen werden mit zunehmendem Alter eher sportaktiver gegenüber den älteren Männern, bei denen der Umfang sportlicher Aktivitäten nachlässt.

Typisch für den Freizeit- und Erlebnissport ist seine beinahe grenzenlose Vielfalt an sportlichen Aktivitäten. Sie werden häufig als Trend- oder Modersportarten oder auch als „In-Sportarten“ bezeichnet. Diese reichen von den verschiedenen Spielsportarten über Inline-Skating, Skateboarding, Rafting oder Klettern hin zu Formen der Verbindung von Musik und Bewegung bei Mädchen und jungen Frauen. Ältere Menschen bevorzugen Rückentraining, Reha-Sport, Ausdauerlaufen, Wandern, Konditionstraining und Fitness.

Der Freizeitsport konnte sich in den letzten Jahren so stark entwickeln, weil v. a. in Westdeutschland eine hervorragende Sportanlageninfrastruktur geschaffen wurde. Diese ist mittlerweile aber zu über 40 % sanierungs- und modernisierungsbedürftig geworden. Der Deutsche Städtetag schätzt die Kosten mittlerweile auf über 14 Milliarden Euro. Ein neuer Trend kann in der Rückeroberung urbaner Räume festgestellt werden. Vermehrt werden Parkplätze,

Der Freizeit- und Erlebnissport ist sehr VIELFÄLTIG.

Parks, Häuserwände oder Fußgängerzonen zu unterschiedlichen Bewegungsaktivitäten genutzt. Die Hauptmotivation bei Jugendlichen sind vor allem Spaß, Selbstdarstellung und Geselligkeit, bei älteren Personen sind es v. a. Fitness und Gesundheit.

Gesundheitssport

Der Gesundheitssport wurde in den letzten Jahren wissenschaftlich intensiv untersucht. Dabei ging es primär um die Erforschung der Gesundheitspotenziale von körperlicher Aktivität und Sport sowie deren Wirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden.^{7/8} Folgende Kernziele gelten als allgemein anerkannt und sind als Qualitätssiegel von Sportverbänden ebenso anerkannt wie von den Spitzenverbänden der Krankenkassen:

- Stärkung physischer Gesundheitsressourcen,
- Verminderung von Risikofaktoren,
- Stärkung von psychosozialen Gesundheitsressourcen,
- Bewältigung von Beschwerden und Missbefinden,
- Bindung an gesundheitssportliches Verhalten sowie
- Schaffung und Optimierung unterstützender Settings bzw. gesundheitsförderlicher Verhältnisse.

Zwei große Zielgruppen für Interventionen durch Gesundheitssport las-

sen sich unterscheiden, nämlich gesunde Personen mit Bewegungsmangel, Bewegungseinsteiger und Wiedereinsteiger sowie Personen mit speziellen Risiken im Bereich des Muskel-Skelettsystems, des Herz-Kreislaufsystems, des Stoffwechsels und im psycho-somatischen Bereich. Für beide Zielgruppen besteht ein großer Bedarf. Nach vorsichtigen Schätzungen sind allein in Deutschland ca. 80 % aller Erwachsenen vom Risikofaktor Bewegungsmangel betroffen. Etwa 40 % der erwachsenen Bevölkerung leiden unter Rückenschmerzen. Wissenschaftlich interdisziplinär sind die positiven Wirkungen folgender gesundheitssportlicher Praxisfelder gut belegt:

- Dauerlaufen, zügiges Gehen, Schwimmen, Nordic Walking, Skilanglaufen,
- Rückentraining,
- Koordinationstraining,
- Entspannungstechniken,
- psychisch-soziales Wohlbefinden und
- Stärkung des Selbstwertes.

Kinder- und Jugendsport

Bewegung, Spiel und Sport sind aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Die überdurchschnittliche Beteiligung von z. T. über 50 % sowohl im organisierten Vereinssport wie auch im informellen Freizeitsport sind deutliche Indikatoren für das große Sportengagement.⁹ Dieser Status wird dadurch unterstützt, dass Kinder und Jugendliche den Sport als durchgängig positiv einschätzen. „Sport in der Freizeit“ hat im Leben von Jugendlichen eine überaus große Bedeutung wie eine Augsburger Studie bestätigt hat. In der Rangliste der Freizeitak-

tivitäten liegt „Sporttreiben“ nach „Musik hören“ und „mit Freunden abhängen“ an dritter Stelle.

Bei den Zielsetzungen des Kinder- und Jugendsports wird häufig der sog. „Doppelauftrag“ von Bewegung, Spiel und Sport genannt. Dieser Doppelauftrag wird in zwei Komponenten aufgeteilt: Erziehung zum Sport und Erziehung durch Sport. Bei der Erziehung zum Sport sollen Kindern und Jugendlichen jene Fertigkeiten vermittelt werden, die eine Erschließung der gegenwärtigen Sport-, Spiel- und Bewegungskultur zum Ziele haben. Kindern soll Lust auf Sport und Bewegung vermittelt werden, sie sollen ihre sportlichen Leistungen verbessern und damit eine Motivation für lebensbegleitendes Sporttreiben bekommen und entfalten. Bei der Erziehung durch Sport ist die Entwick-

Die **MEHRHEIT** der Kinder und Jugendlichen betreibt Sport.

lungsförderung der Heranwachsenden durch Sport, Spiel und Bewegung gemeint. Dabei geht es nicht nur um die motorische Entwicklungsförderung, sondern ebenso um die soziale Entwicklung, um die emotionale Entfaltung und um die kognitive Entwicklung der jungen Generation.

In den zahlreichen Befunden zum Kinder- und Jugendsport werden oft erhebliche Unterschiede festgestellt zwischen Buben und Mädchen und der regionalen Herkunft.¹⁰ Viele Studien belegen den sinkenden motorischen Leistungsstand und die Zunahme von Übergewicht und Adipositas. Zunehmende Konkurrenz erwächst dem Sport bei Kindern und Jugendlichen durch andere

attraktive Freizeitaktivitäten und durch die Benutzung digitaler Medien. Die wissenschaftlichen Befunde zum Risikoverhalten bezogen auf Alkoholkonsum bzw. Rauchen müssen ebenfalls sehr differenziert bewertet werden.¹¹

Leistungssport

Dem Leistungssport – eigentlich ist vom Hochleistungssport die Rede – liegt eine grundlegende gesellschaftliche, politische sowie sportpolitische Entscheidung zu Grunde: Es geht um die Teilnahme am internationalen Leistungssportsystem. In Deutschland geht die Schere zwischen den internationalen Erfolgen des Leistungssportsystems und der Bereitschaft der politischen Führung, die dazu notwendigen Ressourcen bereitzustellen, immer weiter auseinander. Im Leistungssport geht es um die Leistungsorientierung und die Teilnahme an internationalen sportlichen Wettkämpfen, die nach klaren Regeln des Zugangs und der Wettkampfregele organisiert sind. Entscheidende Voraussetzung ist ein planmäßiges und langfristig angelegtes Training.¹²

Um einen erfolgreichen Leistungssport zu garantieren, beschäftigt sich die Trainingswissenschaft mit drei Gegenstandsbereichen, nämlich Leistungsfähigkeit der Athleten bzw. der Mannschaft, Training und Trainingssteuerung sowie Wettkampfvorbereitung und Wettkampfteilnahme.

Ein zentrales Problemfeld des Leistungssports ist das Doping. Dabei geht es einerseits um die Kontrolle und die Sanktionen bei Dopingverstößen und andererseits um die Analyse des Ursachengeflechtes, das zu Doping führt.¹³ Professionalisierung und Kommerzialisierung sind zu Begleiterscheinungen geworden, die oft untrennbar mit dem

Hochleistungssport verbunden sind, mit z. T. gravierenden negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Sport wie z. B. wirtschaftliche Interessen, Showsport, Vermarktung und der Einfluss der Medien.

Schulsport

Der Schulsport in Bayern unterteilt sich in Sportunterricht mit Pflichtcharakter, aufgeteilt in Basissportunterricht und differenzierten Sportunterricht sowie den außerunterrichtlichen Schulsport mit Wahlpflichtcharakter. Beide Bereiche ergänzen einander und sind gegenseitig nicht austauschbar.

In den bayerischen Lehrplänen sind die sog. Lernbereiche festgelegt. Sie dienen einer möglichst breiten inhaltlichen und intentionalen Ausrichtung des schulischen Sportunterrichts. Es sind dies:

- Leisten, Gestalten, Spielen,
- Fairness und Kooperation,
- Gesundheit, Fitness und
- Umwelt / Freizeit.

In den amtlichen Stundentafeln ist festgelegt, wie viele Sportstunden in den einzelnen Schularten und den verschiedenen Jahrgangstufen zu erteilen sind. Der tatsächlich erteilte Sportunterricht weicht davon z. T. erheblich ab. Bayern war einmal Spitzenreiter, was den Umfang der erteilten Sportstunden pro Woche betrifft, mittlerweile ist es aber im letzten Drittel gelandet. Ein quantitativ und qualitativ hochwertiger Sportunterricht ist ohne Zweifel ein teures Unterrichtsfach. Eine ausreichende und nachhaltig abgesicherte Finanzausstattung sollte zu den landespolitischen Selbstverständlichkeiten gehören, alleine schon aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen.

Einige Befunde aus der Augsburger Studie zum Schulsport in Bayern und aus der DSB-Sprintstudie belegen die schwierige und ambivalente Situation:^{14/15}

- Eine zunehmende Zahl an Kindern kann am Ende der Grundschulzeit nicht schwimmen; kein Schwimmunterricht an den weiterführenden Schulen, wenn dort Schwimmhallen fehlen.
- Es gibt eine auffällige Reduzierung des Differenzierten Sportunterrichts.
- Fußball nimmt trotz anderslautender Lehrplanvorgaben bei Buben eine absolut dominante Stellung ein.
- Großer Nachholbedarf zeigt sich im Bereich verschiedener Trendsportarten.
- Motivationsprobleme, Disziplinlosigkeit, auffällige motorische Leistungsunterschiede und zu große Klassen prägen das Bild des Sportunterrichts, v. a. bei Mädchen.
- Durch den Rückgang und die Streichung des Differenzierten Sportunterrichts ist die Vorbereitung auf lebensbegleitendes Sporttreiben nach der Schulzeit nicht mehr gesichert.
- Sportunterricht wird an Grund- und Hauptschulen noch häufig fachfremd erteilt.

Ganz besonders arg ist es um den Schulsport an beruflichen Schulen bestellt.

Ein Problem des Leistungssports ist DOPING.

Sport für bestimmte Zielgruppen

Der Sport für bestimmte Zielgruppen ist ein besonderes Merkmal der zunehmenden Ausdifferenzierung des Sports. Beispielhaft seien hier der Sport mit älteren Menschen und der Behindertensport genannt.^{16/17} Sport- und Bewegungsangebote für Senioren sind eine Antwort auf den demographischen Wandel in unserer Gesellschaft. Zunehmend mehr ältere Menschen bleiben dem Sport aufgrund ihrer Sportsozialisation verbunden oder entdecken ihn als Erholungs- und gesundheitliches Feld neu. Ein sportnaher Lebensstil wird mit Lebensqualität in Verbindung gebracht. Er fördert nicht nur Gesundheit und Wohlbefinden, sondern schafft wichtige Begegnungsmöglichkeiten mit anderen Senioren, aber auch mit anderen Bevölkerungsgruppen. Geselligkeit und Kommunikation werden zu wichtigen Motiven für die Teilnahme älterer Bürger an Sport- und Bewegungsangeboten.

Sport ist für bestimmte Zielgruppen wie Senioren und Behinderte **VIelfach** förderlich.

Der Behindertensport, ursprünglich auf den Versehrtensport reduziert, ist zu einem breiten Entwicklungsfeld des meist organisierten Sports der Sportvereine geworden. Die oft großen Unterschiede zwischen den einzelnen Behinderungsarten – von den Körperbehinderten bis zu den geistig und Mehrfachbehinderten machen spezielle Bewegungs- und Sportangebote erforderlich. Neben gesundheitlichen, präventiven oder rehabilitativen Absichten wird aktives Sporttreiben ebenso zu einer sozialen wie lebensbereichernden Wertschätzung erhoben. In den letzten Jahrzehn-

ten hat sich im Bereich des Behindertensports ein eigenständiges Wettkampfsystem etabliert, das mit den Begriffen „Paralympics“ und „Special Olympics“ benannt wird und das zunehmend mediale Aufmerksamkeit erreicht hat.

Integration durch Sport

Im Zuge einer großen Zahl an Aussiedlern und zahlreichen Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Lande ist das Sportsystem vor große Herausforderungen gestellt. Im DOSB wurde vor ca. 25 Jahren das Projekt „Integration im Sport“ eingerichtet, das vom Bundesinnenministerium in Millionenhöhe jährlich finanziert wird. Die Landessportverbände sind für die Organisation und die örtliche Umsetzung verantwortlich. Die politischen Erwartungen an den Sport waren und sind groß und erste sportwissenschaftliche Befunde zeigen – oft ernüchternd – die Grenzen auf. Die Öffnung der Programme und die bloße Teilnahme an den sportlichen Programmen reichen bei weitem nicht aus, um die erhofften Integrationswirkungen zu erzielen. Vielmehr sind differenzierte, sportpädagogisch ausgerichtete Konzepte erforderlich, um nachhaltige Wirkungen zu erreichen.¹⁸ Auf kommunaler Ebene liegt eine erste Studie zur Stadt Augsburg vor, in der ein ganzes Maßnahmenbündel erarbeitet wurde, um die intendierten Ziele einer interkulturellen Erziehung wirksam umzusetzen.¹⁹

Erst in den letzten Jahren setzt sich immer mehr der Begriff der „Inklusion“ statt „Integration“ durch. Man möchte damit davon wegkommen, dass nur ein Merkmal, nämlich das des Migrationshintergrundes, zum Tragen kommt. Eine darauf ausgerichtete inklusive Pädagogik beschäftigt sich grundsätzlich

mit der Frage von heterogenen Gruppen und wie mit dieser Vielfalt im Kontext von Bildung, Intervention und Unterricht umgegangen werden kann. Vielfalt wird im Verständnis von Inklusion nicht als Problem, sondern als pädagogische und gesellschaftspolitische Chance gesehen. ///



/// UNIV.-PROF. I. R. DR.
HELMUT ALTENBERGER

Institut für Sportwissenschaft, Universität Augsburg.

Anmerkungen

- ¹ Flora, P.: Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, Opladen 1974.
- ² Fischer, M.: Raum und Zeit. Die Formen des Lernens Erwachsener aus modernisierungstheoretischer Sicht, Baltmannsweiler 2007.
- ³ Digel, H.: Sprache und Sprechen im Sport. Eine Untersuchung am Beispiel des Hallenhandballs, Schorndorf 1976.
- ⁴ Digel, H.: Über den Wandel der Werte in Gesellschaft, Freizeit und Sport, in: Die Zukunft des Sports. Materialien zum Kongress „Menschen im Sport 2000“, hrsg. vom Deutschen Sportbund, Schorndorf 1986, S. 14-43.
- ⁵ Wopp, Chr.: Freizeitsport, in: Themenfelder der Sportwissenschaft, hrsg. von H. Haag und B. Strauß, Schorndorf 2006, S. 67-70.
- ⁶ Paffrath, H. F.: Einführung in die Erlebnispädagogik, Augsburg 2013.
- ⁷ Bös, K. / Brehm, W.: Zugänge zum „Gesundheitssport“, in: Gesundheitssport. Ein Handbuch, hrsg. von K. Bös und W. Brehm, Schorndorf 1998, S. 7-13.
- ⁸ Brehm, W.: Gesundheitssport, in: Themenfelder der Sportwissenschaft, hrsg. von H. Haag und B. Strauß, Schorndorf 2006, S. 91-11.
- ⁹ Brandl-Bredenbeck, H. P. / Brettschneider, W.-D. / Gerlach, E. / Hofmann, J.: Kinder- und Jugendsport, in: Themenfelder der Sportwissenschaft, hrsg. von H. Haag und B. Strauß, Schorndorf 2006, S. 113-129.

- ¹⁰ Schmidt, W. (Hrsg.) unter Mitarbeit von Zimmer, R. und Völker, K.: Zweiter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Schwerpunkt: Kindheit, Schorndorf 2008.
- ¹¹ Brandl-Bredenbeck, H. P. (Hrsg.): Bewegung, Spiel und Sport in Kindheit und Jugend. Eine europäische Perspektive, Aachen 2008.
- ¹² Lames, M. / Schimanski, M.: Leistungssport, in: Themenfelder der Sportwissenschaft, hrsg. von H. Haag und B. Strauß, Schorndorf 2006, S. 131-145.
- ¹³ Hohmann, A. / Lames, M. / Letzelter, M.: Einführung in die Trainingswissenschaft, Wiebelsheim 2002.
- ¹⁴ Deutscher Sportbund: DSB-Sprint-Studie. Eine Untersuchung zur Situation des Schulsports in Deutschland, Aachen 2006.
- ¹⁵ Altenberger, H. / Erdmüss, S. / Fröbus, R. / Höss-Jelten, Chr. / u. a.: Augsburg Studie zum Schulsport in Bayern. Ein Beitrag zur Qualitätssicherung und Schulsportentwicklung, Donauwörth 2005.
- ¹⁶ Kolb, M.: Alterssport, in: Themenfelder der Sportwissenschaft, hrsg. von H. Haag und B. Strauß, Schorndorf 2006, S. 7-18.
- ¹⁷ Wegner, M.: Behindertensport, in: Themenfelder der Sportwissenschaft, hrsg. von H. Haag und B. Strauß, Schorndorf 2006, S. 19-35.
- ¹⁸ Braun, S. / Nobis, T. (Hrsg.): Migration, Integration und Sport. Zivilgesellschaft vor Ort, Wiesbaden 2011.
- ¹⁹ Hofmann, J. / Turan, G. / Altenberger, H. / Woerlein, H.: Sport und soziale Integration – Chancen, Probleme und Perspektiven für Städte und Kommunen, Hamburg 2012.

/// Zahlen und Fakten aus Verbandssicht

INTERKULTURELLE INTEGRATION DURCH SPORT

GÜNTHER LOMMER /// Überall auf der Welt treiben Menschen Sport. Auf kaum einer anderen Ebene finden Menschen verschiedener Nationen und Kulturen so leicht zueinander wie im Sport. Der Sport in Bayern führt Menschen und Kulturen zusammen. Hier kann sich jeder wohl fühlen, Sport treiben, Begegnung erfahren und neue Freundschaften schließen. Sport ermöglicht gemeinsame positive Erlebnisse.

Verbandssport in Bayern – eine feste Säule der Gesellschaft

Die Sportvereine sind in Bayern eine feste gesellschaftliche Größe. Mit 12.044 Vereinen und 4,3 Millionen Mitgliedern bildet der bayerische Landes-Sportverband (BLSV) die größte Personenvereinigung Bayerns. Sportvereine verstehen sich in erster Linie als Anbieter einer breiten Palette sportlicher Aktivitäten für die unterschiedlichsten Leistungsansprüche aller gesellschaftlichen Gruppen. Darüber hinaus spielen aber auch die Aspekte Bildung und soziales Engagement eine tragende Rolle in den vielfältigen Ausprägungen, in Form von aktiver Teilnahme über Partizipation bis hin zur Mitbestimmung und Ausgestaltung.

Zudem sind Sportvereine immer stärker auch zu Orten der Demokratieerziehung geworden. Den Sportvereinen ist es enorm wichtig, Werte wie z. B. Fair Play und Toleranz zu vermitteln und eine preiswerte Möglichkeit des Sporttreibens

zu bieten für alle Menschen unserer Gesellschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft. Sie erweisen sich dabei häufig als flexible Gestalter in einer sich schneller wandelnden Gesellschaft. Ihre gemeinwohlorientierte Grundausrichtung ist ungebrochen gegeben. Menschen jeden Alters und Geschlechts gehören ebenso wie Menschen mit Handicaps, Migrationshintergrund oder mit gesundheitlichen Einschränkungen zu den beworbenen Zielgruppen.

Sportvereine leben wesentlich vom ehrenamtlichen Engagement und setzen auf freiwillige Gemeinschaft. Auch sind bayerische Sportvereine nach wie vor

Sportvereine sind offen für JEDEN.



Sport macht Freude, führt die Menschen zueinander und lässt Gemeinschaften entstehen.

Garanten dafür, dass finanziell erschwingliche, organisierte Sportangebote von der breiten Bevölkerung nachgefragt werden können. Die Hälfte aller Sportvereine verlangt einen monatlichen Mitgliedsbeitrag für Kinder und Jugendliche, der sich zwischen zwei bis drei Euro bemisst und bei maximal sechs Euro im Schnitt für Erwachsene als ausgesprochen preiswertes Angebot bezeichnet werden kann. Zudem gewährleisten lt. Sportentwicklungsbericht Bayern 74,1 % aller Vereine Ermäßigungen, z. B. für Familien oder Rentner.

Anpassungsfähig zeigen sich Sportvereine in Bayern, wenn es um die Bewältigung neuer gesellschaftlicher Herausforderungen geht. Dies zeigt sich etwa im schulpolitischen Bereich. Mittlerweile kooperieren 10 % der Sportvereine in Bayern mit einer Ganztagschule, um hier insbesondere Sportangebote am Nachmittag zu gestalten.

Zeitgeist trifft auf Tradition

Trotz all dieser Merkmale, die den Sportverein als wichtigen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens beschreiben, darf nicht übersehen werden, dass Sportvereine in Bayern vor wachsenden Problemen stehen, die sich aus dem demographischen Wandel wie auch aus komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen ergeben. Während sich in der Sportstättenversorgung sowie bei den Kosten des Wettkampfbetriebes und der finanziellen Situation eine leichte Entspannung abzeichnet, kommen die Probleme der Gewinnung und Bindung ehrenamtlicher Funktionsträger wie Trainer bzw. Übungsleiter, Schieds- bzw. Kampfrichter, jugendlicher Leistungssportler und insbesondere von Mitgliedern mehr und mehr zum Tragen. Noch sind die Mitgliedszahlen der bayerischen Vereine im Gegensatz zu zahlreichen anderen Landesverbänden

nahezu konstant. Die demographische Entwicklung wird dennoch eine wachsende Anzahl von bayerischen Vereinen vor existenzielle Probleme stellen. Mittlerweile geben bereits 34,9 % der Sportvereine in Bayern an, in ihrer Existenz bedroht zu sein.

Menschen mit Migrationshintergrund im organisierten Sport

Wie steht es nun mit der Teilnahme und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in bayerischen Sportvereinen? Nahezu 20 % der gesamten bayerischen Bevölkerung zählen zu diesem Personenkreis. Auch für sie spielt der organisierte Sport eine große Rolle bei der sozialen Integration. Interesse am Sporttreiben ist großteils vorhanden. Dennoch verzeichnen wir eine gewisse Zurückhaltung dieser Gruppe, Mitgliedschaften in Sportvereinen abzuschließen. Eine Ursache wird vor allem in der Unkenntnis des Vereinswesens liegen, denn in den meisten Herkunftsländern der bayerischen Migranten existieren derartige Strukturen nicht.

Zur Vertretung der Interessen ihrer Bevölkerungsgruppen können Migranten und Migrantinnen verstärkt für ehren- und hauptamtliche Tätigkeiten im Verein gewonnen werden. Bislang bleiben Potenziale, Erfahrungen und Kompetenzen dieser Menschen für die Vereinsarbeit weitgehend ungenutzt. Die Gewinnung dieser Zielgruppen für die Sportvereine stellt eine neue Herausforderung für die kommenden Jahre dar.

Interkulturelle Integration – Neue Herausforderungen für den Sport

Der BLSV stellt sich bereits der Herausforderung, die Integration von Migranten sowie aller Menschen mit Migrationshintergrund in den Sport zu beför-

dern. Darin steckt eine große Chance für den Sport in Bayern wie etwa die Gewinnung neuer Mitglieder und neuer Ehrenamtlicher sowie die Erweiterung der Sportangebote. Vielfalt und Besonderheiten unterschiedlicher Kulturen werden im Sport als Ergänzung und Bereicherung für alle gesehen. Allerdings ist die Einbindung dieser Zielgruppe in den organisierten Sport kein Selbstläufer. Die neuen potenziellen Mitglieder müssen mit kreativen Mitteln und auf neuen Wegen beworben werden. Oft müssen ganz neue Kontakte hergestellt werden, um den Zugang zu diesem Personenkreis zu finden. Gewohnte Kommunikationswege wie Aushänge, Flyer oder Presse erreichen Zuwanderer in der Regel nicht. Vielmehr ist es notwendig, die direkte Kommunikation aufzunehmen und die Vernetzung mit Migrantenorganisationen und Gremien der sozialen Arbeit voran zu treiben. Angesichts unterschiedlicher kultureller Prägungen der Adressaten muss auch die Öffentlichkeitsarbeit zunehmend kultursensibel gestaltet sein.

MIGRANTEN nutzen die Sportvereine noch zu wenig.

Hier schlummert noch großes Potenzial. Eine weit verbreitete passive Grundhaltung in den bayerischen Vereinen wird langfristig nicht ausreichen, neue Mitglieder und Ehrenamtliche zu akquirieren. Damit erreicht man noch diejenigen, die im Vereinssystem aufgewachsen sind. Man verpasst aber viele andere, die nicht bereits in frühester Jugend das Vereinsleben kennengelernt haben und besonders jene, die in ande-

ren Kulturkreisen aufgewachsen und sozialisiert sind. Sprachliche Defizite sind nicht das ursächliche Hindernis der Sportabstinenz, Sport lebt von internationalem Regelwerk und schafft oft auch durch einfaches Nachahmen schnelle Beteiligungsmöglichkeiten. Vielmehr mangelt es allein am Wissen um die histori-

Die Vereine müssen **AKTIV** um die Migranten werben.

ren Strukturen der bayerischen Vereinskultur und deren Bedeutung. Durch die Schaffung bedarfsgerechter Sportangebote, die die Lebenswelt der Zuwanderer und ihre kulturellen Wurzeln wertschätzt, kann der Verein Signale setzen, die diese Zielgruppen ansprechen. Warum nicht eine neue Sportart aus einem der Herkunftsländer, z. B. Sambo, Capoeira oder Muay Thai, in das Sportangebot aufnehmen? Es gibt unzählige kleine Schritte, mit denen ein Verein wirkungsvoll seine Offenheit für Menschen mit Migrationshintergrund signalisieren kann.

Aktuell sind Menschen mit Migrationshintergrund im organisierten Sport nicht in dem Maße anzutreffen wie im gesamtgesellschaftlichen Umfeld. Knapp 10 % der Mitglieder in bayerischen Sportvereinen sind Personen mit Migrationshintergrund. Gemessen am Bevölkerungsdurchschnitt könnte der Anteil der Migranten in den Vereinen demnach verdoppelt werden – theoretisch zumindest.

Sportliche Partizipation durch zielgruppenorientierte Angebote

Zahlreiche Studien belegen, dass die Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund am (organisierten) Sport viel weniger eine Frage der Herkunft, der Ethnie, der Religion oder des Bildungsstandes ist als viel mehr eine Frage des Geschlechts. Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund halten sich von den Sportvereinen fern. Sie sind deutlich seltener auf den Sportplätzen und in den Turnhallen der Vereine zu finden als zugewanderte Jungen und Männer, die im Vergleich mit ihren deutschstämmigen Altersgenossen teilweise sogar häufiger Mitglied in einem Sportverein sind. Die Frauen und Mädchen bilden das Schlusslicht. Am Sport allein kann es nicht liegen, da junge Migrantinnen in ihrer Freizeit, bei kommerziellen Anbietern oder in der Schule durchaus begeistert Sport treiben und sich ein regelmäßiges Training wünschen.

Gesamt gesehen haben Frauen in Sportvereinen einen Anteil von ca. 40 %. Lediglich max. 5 % von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Noch weit stärker als bei den Einheimischen ist hier die dominante Präsenz von Männern im Sport erkennbar. Unbestritten ist, dass Frauen abhängig vom kulturellen Hintergrund in den jeweiligen Herkunftsländern an Sportangeboten nicht oder nur in sehr geringem Umfang teilgenommen haben. In ihrem neuen Lebensumfeld entwickeln Frauen und Mädchen schnell das Interesse und den Wunsch, aktiv Sport zu treiben. Selten werden diese Frauen jedoch von sich aus handeln und entsprechende Angebote nachfragen.

Dass sich das ändern lässt, belegen Sportgruppen, die durch professionelle Beratung und Begleitung neue Wege gegangen sind. Sie haben passende Ange-

bote geschaffen, die diese Besonderheiten berücksichtigen. Diese Vereine kooperieren mit Organisationen und Institutionen, die speziell für Frauen Sprachkurse, Beratungen und offene Treffs anbieten, um hier auch Zugangswege zum Sport zu schaffen. Sie greifen die Bedürfnisse der Frauen auf und schaffen Rahmenbedingungen wie geschützte Räume und weibliche Anleiterpersonen, die kulturelle und religiöse Besonderheiten berücksichtigen. Besonders gute Erfahrungen konnten auf diesem Gebiet bisher gesammelt werden, wenn Übungsleiterinnen aus Zuwandererkulturen Sportangebote in Vereinen eingerichtet haben. Sie wirken als Multiplikatorinnen. Spezielle, niederschwellig angelegte Qualifizierungskonzepte des BLSV sind für die Zielgruppe der Migrantinnen eingerichtet worden und tragen erste Früchte. Bislang wurden rund 300 Migrantinnen als „Sportassistentinnen interkulturell“ qualifiziert. Der Großteil von ihnen ist seither ehrenamtlich aktiv in Sportvereinen tätig. So steigen ganz allmählich die Teilnehmerzahlen von Menschen mit Migrationshintergrund an den regulären Qualifizierungsangeboten des BLSV. Die formale Anerkennung ihrer sportlichen Qualifikation ist ein wichtiges Signal an Zuwanderer, dass ihre Kompetenz auch in bayerischen Sportvereinen willkommen und gewollt ist.

Vor allem MIGRANTINNEN müssen mit passenden Angeboten stärker angesprochen werden.

Signale setzen – Prozesse professionalisieren

Der BLSV ist seit über 20 Jahren im Themenfeld der „Integration durch Sport“ bewusst aktiv. Das gleichnamige Bundesprogramm wurde 1989 auf Beschluss des deutschen Bundestages eingerichtet und übernimmt seither die Vorreiterrolle in Fragen der Integration von Zuwanderern und sozial benachteiligten Personen im Sport. Es entwickelt Strategien und Projekte für Vereine, ist beratend, begleitend und fördernd aktiv. Die Konzeption des Programms „Integration durch Sport“ ist bundesweit einheitlich und wird durch den DOSB zentral koordiniert. Die Konzeption wurde bundespolitisch abgestimmt und wird finanziell mit Mitteln des Bundesinnenministeriums ausgestattet. Eine wissenschaftliche Begleitung und Beratung evaluiert die Wirksamkeit in regelmäßigen Abständen.

Integrationsarbeit erfordert Fachwissen, Kraft und Ideen. Das Programm „Integration durch Sport“ steht den bayerischen Sportvereinen zur Seite und bietet vielfältige Unterstützung vor Ort in konzeptioneller wie finanzieller Hinsicht. Koordinatoren beraten und begleiten die Sportvereine, Netzwerke und Projekte vor Ort bei der Entwicklung und Umsetzung von sportbezogenen Integrationskonzepten. Neben dieser „Starthilfe“ wird auch Know-how in Form unterschiedlichster Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt. Dabei steht die Stärkung der interkulturellen Kompetenz im Vordergrund. Hierzu zählen Anerkennung und Wertschätzung kultureller Besonderheiten, Toleranz, gegenseitiges Verstehen und Solidarität, Sensibilisierung für gemeinsame Grundwerte und Normen sowie der Abbau interkultureller Informationsdefizite und Vorurteile.

Die STÜTZPUNKTVEREINE für Integration in Bayern haben eine Vorreiterrolle und sind sehr erfolgreich.

Die Vielfalt von Kulturen bringt immer wieder Missverständnisse mit sich. Besonders Übungsleiter und Trainer sehen sich daher mit Situationen konfrontiert, die sie überfordern. Hier bietet das Programm „Integration durch Sport“ passende Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen an, die vorrangig im Bereich der interkulturellen Sensibilisierung ansetzen. Seminare zu Sensibilisierung und zum Erwerb interkultureller Kompetenz sind daher fester Bestandteil des Bildungsangebotes im BLSV geworden. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die sportbezogene Schulungsmaßnahme „Sport interkulturell“, bei der die Teilnehmenden für Fragen kultureller Vielfalt sensibilisiert, in ihren interkulturellen Handlungskompetenzen gestärkt und für die Arbeit mit ethnisch gemischten Sportgruppen sowie im Bereich Konfliktmanagement vorbereitet werden. Mit diesem Know-how können sie die interkulturelle Öffnung ihrer Vereine vorantreiben.

Erfahrungswerte aus Stützpunktvereinen

Das Integrationspotenzial des Sports ist enorm groß, die tatsächliche Integrationsleistung, die sich anhand von Zahlenmaterial aufzeigen lässt, weist jedoch an einigen Stellen Defizite auf. Integration in Zahlen zu erfassen ist generell schwierig, denn woran kann man Integration messen?

In Bayern gibt es eine wechselnde Zahl von sogenannten Stützpunktvereinen, die vom Programm „Integration durch Sport“ intensiv begleitet und bera-

ten werden. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie für die Integration in und durch den Sport Handlungskonzepte entwickeln, ihre Übungsleiter speziell für diese Aufgaben fortbilden und die Ergebnisse durch geeignete Erhebungsmethoden regelmäßig überprüfen. Seit vielen Jahren erfolgt eine standardisierte Abfrage, die belegt, dass große Veränderungen in einem Verein möglich sind, wenn er sich bewusst auf den Weg macht und sich aktiv interkulturell öffnet. Während laut Sportentwicklungsbericht 2009/2010 Zuwanderer lediglich 9 % der Sportvereinsmitglieder stellen, bewegen sich in den Stützpunkten zwischen 10 und 90 % Menschen mit Migrationshintergrund.

Integration bedarf der interkulturellen ÖFFNUNG, auch im Sport.

Doch nicht nur bei den Mitgliedszahlen nehmen die Stützpunktvereine für Integration eine Vorreiterrolle ein. Auch die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere die Beteiligung von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund liegen hier weit über dem Durchschnitt. Im Bereich der Teilhabe gibt es überdurchschnittliche Erfolge. In den Stützpunktvereinen ist es nachweislich gelungen, Menschen mit Migrationshintergrund über die aktive Teilnahme hinaus zur aktiven Mitwirkung am Vereinsleben und zum sozialen Engagement im Verein zu motivieren. So hat über die Hälfte der Übungsleiter der Stützpunktvereine einen Migrationshin-

tergrund. Im Vergleich dazu liegt dieser Wert im Durchschnitt der Sportvereine bei geschätzten 5 bis 10 %. Dies ist ein Beleg dafür, dass nachhaltige Integration in den Sportvereinen gelingen kann. Das bedeutet einen echten Gewinn.

Vielfalt als Chance – Veränderung schafft Zukunft

Interkulturelle Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, auch für den Sport. In keiner anderen Kultur der Welt ist Sport so gut organisiert wie in Deutschland, das Sportverständnis ist entsprechend vielfältig. Erst dann, wenn Vielfalt als Chance erkannt wird, können Sportvereine flächendeckend motiviert werden, gewohnte Wege zu erweitern und neue Schritte zu gehen.

Integration ist immer eingebunden in einen Prozess der interkulturellen Öffnung, den sowohl die Vereine als sportliche Basis wie auch die Verbandsstrukturen durchlaufen müssen. Dieser Prozess braucht einen sehr langen Atem und bedarf einer konkreten Planung. Auch im Sport sehen wir Integration als einen laufenden Vorgang, bei dem Neues auf Gewohntes trifft. Beides gilt es in Einklang zu bringen, um schließlich etwas Gemeinsames darauf erwachsen zu lassen. ///



/// GÜNTHER LOMMER

ist Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbandes e. V., München.

Literatur

Braun, Sebastian / Finke, Sebastian (Hrsg.): Integrationsmotor Sportverein. Ergebnisse zum Modellprojekt „spin – sport interkulturell“, Wiesbaden 2010.

Braun, Sebastian / Nobis, Tina (Hrsg.): Migration, Integration und Sport: Zivilgesellschaft vor Ort, Wiesbaden 2011.

Bundesministerium des Innern / Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Los geht's! Sport und Bewegung für Mädchen und Frauen, Berlin 2013.

Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB): Zielgruppenorientierte Integrationsarbeit – Orientierungshilfe und Handlungsleitfaden für Vereine und Verbände zur Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, F. a. M. 2014.

Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB): DOSB-Netzwerkprojekt „Bewegung und Gesundheit – Mehr Migrantinnen in den Sport“, DOSB: Netzwerkprojekt 50+ (Projektbericht), F. a. M. 2011.

Deutsche Sportjugend (dsj): Eine Frage der Qualität: Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den organisierten Sport, F. a. M. 2007.

Fussan, Nancy / Nobis, Tina: Zur Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen, in: Soziale Integration vereinsorganisierter Jugendlicher, hrsg. von Tina Nobis und Jürgen Baur, Köln 2007.

Kleindienst-Cachay, Christa: Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund im organisierten Sport, Baltmannsweiler 2007.

Kleindienst-Cachay, Christa / Cachay, Klaus / Bahle, Steffen: Inklusion und Integration. Eine empirische Studie zur Integration von Migrantinnen und Migranten im organisierten Sport, Schorndorf 2012.

Landessportbund (LSB) NRW: Einbindung von jungen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in den Sport, Düsseldorf 2010.

Mutz, Michael: Sportbegeisterte Jungen, sportabstinente Mädchen? Eine quantitative Analyse der Sportvereinszugehörigkeit von Jungen und Mädchen mit ausländischer Herkunft, in: Sport und Gesellschaft 6 / 2009, Heft 2, Stuttgart 2009.

Mutz, Michael: Sport als Sprungbrett in die Gesellschaft? Sportengagements von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihre Wirkung, Weinheim / Basel 2012.

Mutz, Michael: Expertise: Die Partizipation von Migrantinnen und Migranten am vereinsorganisierten Sport, in: Migration, Integration und Sport – Zivilgesellschaft vor Ort, hrsg. von Sebastian Braun und Tina Nobis, Wiesbaden 2011.

Mutz, Michael / Burrmann, Ulrike: Sportliches Engagement jugendlicher Migranten in Schule und Verein: Eine Re-Analyse der PISA- und SPRINT-Studie, Wiesbaden 2011.

Rulofs, Bettina: „Wir sind dabei“ – Mädchen und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte im Sport, Düsseldorf 2010.

/// Die Union muss sich der politischen Mitte weiter annähern

DIE AfD ALS CHANCE FÜR DIE UNION

MATTHIAS JUNG /// Die Etablierung der AfD geht bisher zu Lasten aller Parteien. Insofern kann ihr Erfolg keineswegs primär als Reaktion von Wählerschichten erklärt werden, die vom Modernisierungskurs der Union verschreckt sind. Eine Etablierung der AfD bietet für die Union sogar eine doppelte Chance: Zum einen wird ihre Fokussierung auf die politische Mitte glaubwürdiger, wenn rechtspopulistische Positionen außerhalb der Union ihre Heimat finden. Und zum anderen wird es schwerer für Rot-(Rot-)Grün, zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen.

Der vermeintlich unaufhaltsame Aufstieg der AfD und ihre Etablierung im Parteiensystem der Bundesrepublik wurden vor allem nach den Erfolgen bei der Europawahl und den drei Landtagswahlen 2014 diagnostiziert. Im Gegensatz zur Bundestagswahl waren dies allerdings alles Wahlen von sehr nachgeordneter Bedeutung. Die meisten Bundesbürger erachten Landtagswahlen und schon gar die Europawahl als unwichtige Wahlen, bei denen auch schon in der Vergangenheit öfters „experimentelles“ Wahlverhalten feststellbar war. Zudem zeichneten sich alle vier Wahlen durch eine sehr niedrige Wahlbeteiligung aus, wodurch besonders emotionalisierte und mobilisierte

Gruppen leicht ein relativ stärkeres Gewicht an der Wahlurne erreichen können. Zusätzlich relativierend ist anzumerken, dass die Landtagswahlen im Herbst 2014 alle im Osten stattgefunden haben und zusammen nur knapp 12 % der bundesdeutschen Wahlberechtigten betrafen. Die Wahl in Hamburg wiederum hat eher kommunalen Charakter.

AfD und die Linke

Dennoch lohnt es sich, die Strukturen der Wählerschaften insbesondere bei den Landtagswahlen genauer zu betrachten. Die AfD erzielte in Sachsen und Thüringen Ergebnisse um 10 % und in Brandenburg sogar mehr als



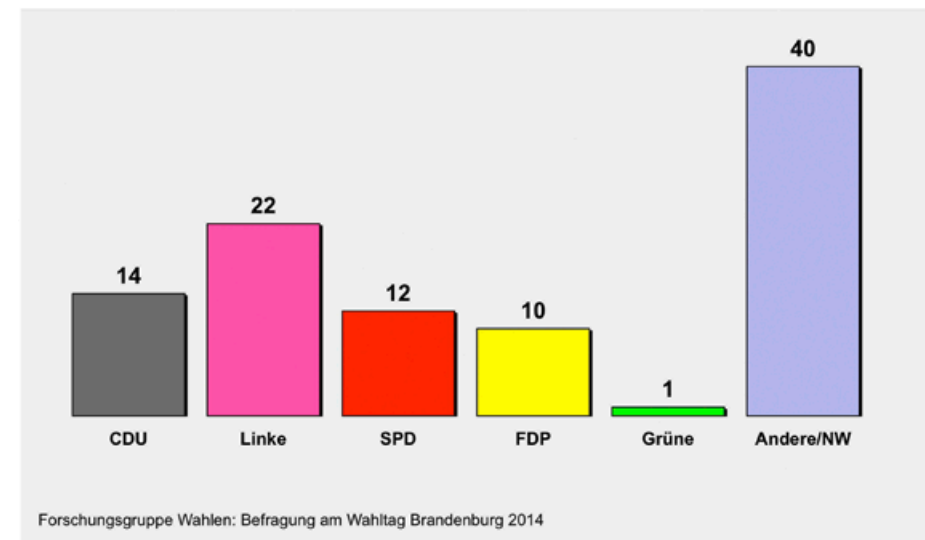
Hier ist für die Union nichts zu holen:
Die Union muss sich eindeutig von der
AfD und von PEGIDA abgrenzen.

12%. Entgegen den Erwartungen vieler Kommentatoren, die von einem Wahlerfolg der AfD vor allem zu Lasten der Union ausgingen, zeigte die Befragung am Wahltag¹, bei der die Wähler unmittelbar nach dem Verlassen des Wahllokals sowohl nach ihrer gerade getätigten Wahlentscheidung als auch nach der Erinnerung an ihr vergangenes Wahlverhalten gefragt wurden, keineswegs ein AfD-Ergebnis, das primär zu Lasten der Union gegangen ist. Insgesamt kamen die meisten Wähler der AfD von der Linken. Die Union hingegen konnte mit Ausnahme von Sachsen, wo sie Verluste von 0,8 Prozentpunkten hinnehmen musste, trotz des guten Abschneidens der AfD im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Landtagswahl zulegen

(Thüringen +2,3 und Brandenburg +3,2). Während in Sachsen jeder vierte AfD-Wähler angab, davor die CDU gewählt zu haben, aber nur gut jeder Zehnte die Linke, rekrutierte die AfD in Thüringen etwas mehr Wähler aus dem ehemaligen Wählerlager der Linken als aus dem der CDU. In Brandenburg, wo die AfD am besten abgeschnitten hat, waren 22 % ihrer Wähler ehemalige Wähler der Linken und nur 14 % ehemalige der CDU. In Hamburg kam der größte Anteil der AfD von denjenigen, die bei der vorausgegangenen Wahl entweder nicht gewählt oder für eine der nicht etablierten Parteien gestimmt hatten. Lediglich ein Viertel der AfD-Stimmen – also insgesamt 1,5 % – stammten von der CDU.

Brandenburg: Von den AfD-Wählern hatten 2009 gewählt:

FORSCHUNGSGRUPPE
WAHLEN E.V.



AfD-Wähler sind mehr politisch und ökonomisch frustrierte PROTEST-WÄHLER und weniger von der CDU enttäuschte Abweichter.

Die Daten zeigen, dass es sich beim Erfolg der AfD bei den zuvor genannten Wahlen nicht primär um eine Abwendung bürgerlich-konservativer Wählerschichten handeln kann, die vom Modernisierungskurs der Union verärgert sind. Vielmehr deutet dieser Befund darauf hin, dass es sich eher um allgemein politisch und ökonomisch enttäuschte Protestwähler handelt, die in den neuen Bundesländern früher überwiegend von der Linken gebunden worden sind und die jetzt die AfD als Plattform ihrer Unzufriedenheit benutzen, ohne dass sie von der AfD eine Lösung konkreter politischer Probleme erwarten.

Zwar ergibt sich in den drei Bundesländern kein vollkommen einheitliches Bild, aber in Brandenburg geben unterdurchschnittlich viele AfD-Anhänger an, dass es ihnen wirtschaftlich gut geht. In Sachsen und vor allem in Thüringen sind AfD-Anhänger häufiger der Meinung, dass sie „weniger haben, als ihnen gerechterweise zusteht“. Allerdings ist die ökonomische Unzufriedenheit bei AfD-Wählern deutlich schwächer ausgeprägt als z. B. bei den Wählern der NPD, bei denen ein weit überdurchschnittlicher Anteil angibt, dass es ihnen wirtschaftlich eher schlecht geht. Unabhängig davon glaubt nur eine Minderheit der AfD-Wähler, dass die von ihnen präferierte

Partei auch die größte Wirtschaftskompetenz besitzt.

Unzufriedenheit mit Demokratie

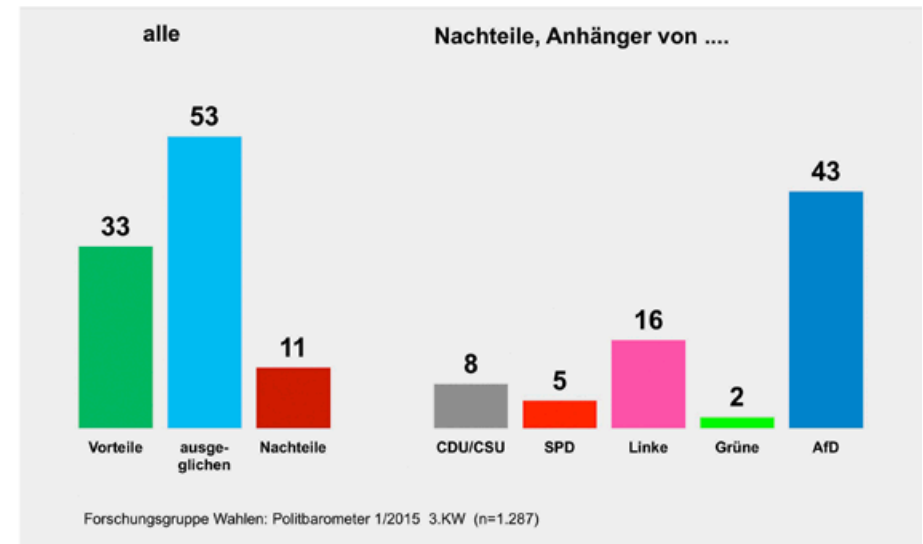
Zu diesen Einstellungen im ökonomischen Bereich, die ganz ähnlich ausfallen wie bei den Wählern der Linken, kommt eine auch in bundesweiten Umfragen feststellbare generelle Unzufriedenheitsbekundung mit der Demokratie in Deutschland, die ebenfalls eine große Ähnlichkeit der Einstellungsmuster zwischen Linken und AfD auf der einen Seite und den anderen Parteien auf der anderen Seite aufzeigt: Auf die allgemeine Frage, ob die Menschen mit der Demokratie in Deutschland eher zufrieden sind oder eher unzufrieden, äußern jeweils rund drei Viertel der Anhänger von Union, SPD und Grünen eine Zufriedenheit, während nur 45 % der Anhänger der Linken und sogar nur 33 % derjenigen der AfD diese Meinung vertreten.²

AfD-Wähler sind wie die Linken mit den DEMOKRATISCHEN Strukturen in Deutschland unzufrieden.

Keine Ähnlichkeiten hingegen lassen sich zwischen den Anhängern der Linken und der AfD finden, wenn es um Fragen des Verhältnisses zu Ausländern und Positionen beim Thema Euro geht.

Auf die Frage, ob man glaubt, dass die in Deutschland lebenden Ausländer für Deutschland eher Vorteile bringen, eher Nachteile bringen oder ob sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, gehen 11 % der Gesamtbevölkerung davon aus, dass die Ausländer in Deutschland unserem Land eher Nachteile bringen. In allen Partei-Anhängergruppen außer

Ausländer in Deutschland bringen für Deutschland eher ...



bei der AfD liegen die entsprechenden Werte zwischen 16 % (Linke-Anhänger) und 2 % (Grüne-Anhänger). Bei den Anhängern der AfD hingegen gehen 43 % eher von Nachteilen aus, womit sich diese Partei-Anhängergruppe mehr als deutlich von allen anderen Parteigruppen unterscheidet.³

Diese deutliche Distanz der potenziellen AfD-Wähler wird auch bei der Bewertung der PEGIDA-Bewegung sichtbar: In der Gesamtbevölkerung Deutschlands beurteilen die PEGIDA-Bewegung lediglich 18 % eher als gut (im Osten sind es immerhin 28 %), einzig unter den AfD-Anhängern gibt es eine überdeutliche Mehrheit von 75 %, die eine positive Bewertung von PEGIDA abgibt.⁴

Für einen Verbleib Griechenlands im Euro spricht sich eine Mehrheit von 54 % der bundesrepublikanischen Bevölkerung aus. Lediglich 36 % sind gegen einen solchen Verbleib (10 % weiß nicht). In allen Partei-Anhängergruppen außer der AfD gibt es eine deutliche Mehrheit für einen Verbleib Griechenlands im Euro (54 % bis 75 %). Lediglich bei den Anhängern der AfD will nur eine Minderheit von 26 % Griechenland im Euro halten.⁵ Diese Frage wurde übrigens nach der Wahl in Griechenland nicht viel anders beantwortet als davor. Diese Daten auf der Einstellungsebene beschreiben sehr deutlich, dass die Anhänger der AfD bei diesen Themen eine Sonderstellung in der Gesamtheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung einnehmen.

Abgrenzung der Union von der AfD

Bei den bisherigen Wahlen, die jedoch nur mit Vorsicht auf zukünftige „wichtige“ Wahlen wie in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen übertragen werden können, ist keine überdurchschnittliche Beeinträchtigung des Abschneidens der Union feststellbar. In Hamburg ging das schlechte Abschneiden der CDU ja einher mit einem relativ bescheidenen Ergebnis für die AfD. Dieser Befund wird noch verdeutlicht, wenn man explizit danach fragt, wie sich die Union gegenüber der AfD verhalten sollte: Während in der Gesamtbevölkerung 20 % eine Öffnung der CDU/CSU in Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit der AfD unterstützen und 67 % dagegen sind (13 % weiß nicht), plädieren von den Anhängern der CDU/CSU lediglich 15 % für mehr Zusammenarbeit mit der AfD, aber 75 % sprechen sich dagegen aus.⁶ Diese Bewertung ist auch vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten Stigmatisierung der AfD zu sehen: Während nur 27 % aller Befragten der Meinung sind, dass man die Linke nicht wie eine normale Partei behandeln soll, meinen Gleiches von der AfD 47 %, und nur 37 % sind der Auffassung, dass man mit der AfD umgehen sollte wie mit einer normalen Partei.⁷

Eine überdeutliche Mehrheit der AfD-Wähler bewertet die PEGIDA-Bewegung als **POSITIV**.

Entsprechend dieser klaren Abgrenzung von der AfD ist eine potenzielle Koalition aus CDU/CSU und AfD dasjenige Koalitionsmodell, das im Vergleich zu allen anderen Möglich-

keiten am seltensten präferiert wird (13 %). 65 % fänden eine solche Koalition eher schlecht. Noch weniger Unterstützung als in der Gesamtbevölkerung findet eine mögliche Regierung aus CDU/CSU und AfD bei den Unionsanhängern, wo lediglich 9 % ein solches Regierungsmodell als gut bewerten, aber 70 % als schlecht.⁸

Am erfolgreichsten scheinen Parteien zu sein, wenn sie dem Kurs der MITTE folgen.

Strategische Folgerungen

Was folgt aus diesem Befund für die strategische Situation der Union? Unmittelbar nach dem erfolgreichen Erscheinen der Alternative für Deutschland haben viele Kommentatoren und Parteifunktionäre den bekannten Satz von Franz Josef Strauß zitiert, dass es „rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben darf“. Diese Aussage stammt aus einer Analyse des damaligen CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten nach der Landtagswahl in Bayern 1986. Damals hatten die Republikaner 3 % der Stimmen in Bayern erzielt. Trotz heftigster Bemühungen der CSU, dieser Partei am rechten Rand entgegenzutreten, kamen die Republikaner bei der Europawahl 1989 in Bayern auf ein Ergebnis von 14,6 %. Strauß blieb es erspart, dies noch miterleben zu müssen.

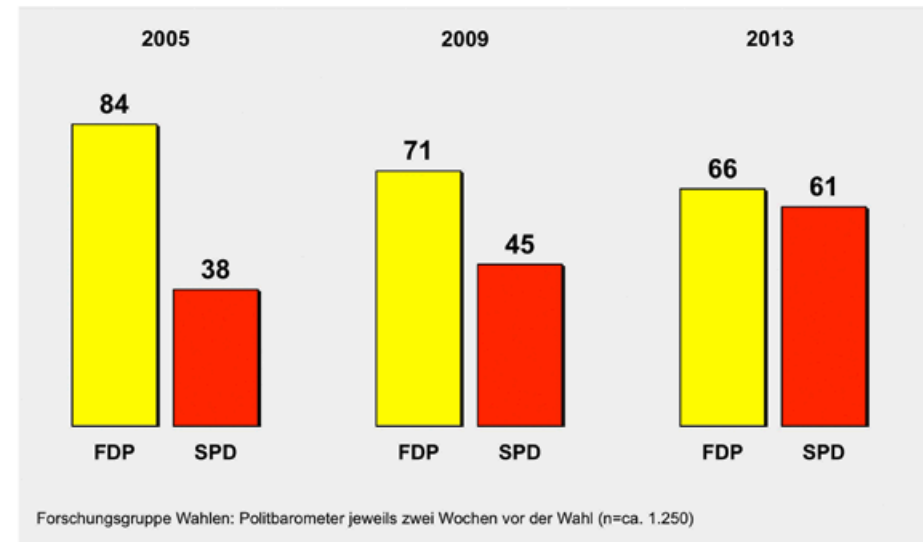
Mit Sicherheit war die Beurteilung des CSU-Vorsitzenden unter den Bedin-

gungen des damaligen Parteiensystems richtig. Das Parteiensystem bis weit in die 90er-Jahre war durch eine klare Lagerstruktur geprägt. Es war für die jeweiligen Parteien kaum möglich, in größerem Umfang Wähler aus dem jeweils anderen politischen Lager dazuzugewinnen. Insofern stellte das Aufkommen einer neuen Partei im jeweiligen Lager eine massive Bedrohung für die etablierten Parteien des jeweils gleichen Lagers dar. Sehr eindrucksvoll sichtbar wurde dies beim Aufkommen der Grünen, das weitgehend zu Lasten der SPD ging. Unser heutiges Parteiensystem ist jedoch keineswegs mehr durch so eine eindeutige Lagerorientierung geprägt. Durch die rasante Entideologisierung des Politischen ist die Volatilität im Wahlverhalten bei gleichzeitiger programmatischer Annäherung der eta-

blierten Parteien deutlich angestiegen. Dadurch haben insbesondere die beiden großen Volksparteien grundsätzlich die Chance, auch Wähler in bedeutendem Umfang im jeweils anderen Wählerlager dazuzugewinnen. Dass ein Kurs der Mitte nicht nur für die Union erfolgreich sein kann, zeigt gerade auch das Wahlergebnis der SPD in Hamburg. Entscheidende Wahlerfolge sind nämlich inzwischen nur noch möglich, wenn sich die Volksparteien in der Mitte und damit jeweils teilweise im ehemals anderen Wählerlager etablieren können. Diese deutliche Veränderung der Rahmenbedingungen unseres Parteiensystems wird zum Beispiel sehr plastisch, wenn man sich die Koalitionsbewertungen der Unionsanhänger jeweils vor den letzten drei Bundestagswahlen anschaut.

CDU/CSU-Anhänger: Fände gut, eine Koalition mit ...

FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.



Während bei der Bundestagswahl 2005 die Unionsanhänger noch ganz eindeutig eine Koalition mit der FDP einer großen Koalition vorzogen, war vor der letzten Bundestagswahl bei den Unionsanhängern fast eine Äquidistanz entstanden. Auch bei einer Analyse der Wählerpotenziale, bei der nicht nur die Wahlabsicht berücksichtigt wird, sondern auch das, was sich die Wählerinnen und Wähler an anderen Parteien

Die Union muss sich der politischen Mitte annähern, da sie sich nicht mehr auf ihre Kernklientel wie z. B. im KATHOLISCHEN Milieu stützen kann.

noch vorstellen können zu wählen, zeigt es sich, dass die Schnittmengen zwischen Union, FDP, SPD und Grünen inzwischen ähnlich groß geworden sind: So konnten sich unmittelbar vor der letzten Bundestagswahl 17 % aller Wahlberechtigten vorstellen, sowohl die Unionsparteien als auch die FDP zu wählen, gleichfalls 17 % konnten sich vorstellen, sowohl die Union als auch die Sozialdemokraten zu wählen, und sogar 13 % waren für eine Wahl von Union und Grünen grundsätzlich offen. Deutlich isoliert hingegen blieben die Potenzial-Überschneidungen an den jeweiligen Rändern des Parteiensystems: Nur 9 % der Wähler konnten sich jeweils vorstellen, Sozialdemokraten oder Linke zu wählen, und nur für 6 % war sowohl eine Wahl von CDU/CSU als auch AfD denkbar.⁹

Wenn aber das Aufkommen einer neuen Partei rechts von der Union nicht zwangsläufig zu einem Nullsummenspiel im entsprechenden Lager führt, sondern wenn die Union mögliche Ver-

luste an diese Partei durch Zugewinne in der politischen Mitte mindestens kompensieren kann, dann ist die Aussage von Franz Josef Strauß unter den heutigen Bedingungen des Parteiensystems kein strategisches Muss für die Union.

Wählerreservoir der politischen Mitte

Entscheidend für den Erfolg der CDU/CSU ist deshalb in erster Linie, in welchem Umfang es ihr gelingt, Wähler in der politischen Mitte zu erreichen. Diese Aufgabe ist von strategisch übergeordneter Bedeutung und auch ganz unabhängig von der Zukunft der AfD. Diese besondere Notwendigkeit, in großem Umfang Wähler in der politischen Mitte dazuzugewinnen, ergibt sich aus der Altersstruktur der Wählerschaft der CDU/CSU: Im Gegensatz zu allen anderen Parteien liegen die Schwerpunkte der Zustimmung zu den Unionsparteien in den älteren Wählerschichten. Daraus resultiert aber auch die Tatsache, dass die Wähler der Union viel schneller wegsterben als die der anderen Parteien. So erleidet die CDU/CSU pro Legislaturperiode allein durch Tod ihrer Wähler Verluste von gut einer Million. Insofern muss sie von Wahl zu Wahl neue Wähler in dieser Größenordnung dazugewinnen, um wenigstens ihr Ergebnis halten zu können. Selbst wenn eine Partei wie die AfD aus allen Wählerlagern ihre Anhänger rekrutieren kann, bedeutet dies zusätzliche Verluste für die CDU/CSU, die ebenfalls kompensiert werden müssen.

Schrumpfende Kernklientel der Union

Konservative und traditionelle Kommentatoren und Parteivertreter fordern immer wieder die Rückbesinnung der Union auf ihre klassische Kernklientel.

Dies ist in der Vergangenheit, die jetzt aber auch schon länger zurückliegt, in erster Linie die Gruppe der kirchlich gebundenen Katholiken gewesen. Durch die Säkularisierung unserer Gesellschaft und die massive Zurückdrängung alles Ideologischen und Konfessionellen hat die Bedeutung dieser gesellschaftlichen Gruppe in den letzten Jahrzehnten aber erheblich an Bedeutung verloren: So ist der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung nicht nur durch das Hinzukommen der überwiegend konfessionslosen neuen Bundesländer eingebrochen, sondern auch, weil selbst im Westen die Zahl der Kirchaustritte und Todesfälle die Zahl der Taufen deutlich übersteigt.

Aber nicht nur der Anteil der Katholiken als solcher ist stark rückläufig, vor allem ist der Anteil innerhalb der sinkenden Zahl von Katholiken, die sich der katholischen Kirche verbunden fühlen, massiv zurückgegangen: Während noch in den 60er-Jahren rund die Hälfte aller westdeutschen Katholiken sich stark mit der katholischen Kirche identifiziert hat, beträgt der entsprechende Anteil heute gerade mal 20 %. Bezogen auf die Gesamtheit aller Wahlberechtigten in Deutschland stellen die Katholiken mit einer starken Kirchenbindung gerade 8 % aller Wahlberechtigten. Während bei der Bundestagswahl 1976 noch 37 % aller Wähler der CDU/CSU aus der Gruppe der Katholiken mit starker Kirchenbindung stammten, waren das trotz seither fast unverändertem Wahlverhalten innerhalb dieser Gruppe bei der letzten Bundestagswahl nur noch 9 %. Selbst wenn es gelänge, den Wahlanteil für die CDU/CSU in dieser Gruppe von zur Zeit über 70 % auf unrealistische 90 % zu steigern, wäre mit

diesem Zugewinn keine wesentliche Verbesserung des Gesamtergebnisses der CDU/CSU zu erreichen. Es ist somit offensichtlich, dass die Rekrutierung neuer Wähler schon aus quantitativen Gründen nicht überwiegend aus der alten Kernklientel der CDU/CSU erfolgen kann.

Zielgruppen der politischen Mitte

Entscheidend für die Chancen, neue Wähler für die CDU/CSU zu gewinnen, sind somit die Rahmenbedingungen, die in der politischen Mitte unserer Gesellschaft zu finden sind. Dass die politische Mitte für eine solche Strategie der sinnvollste Bereich ist, ergibt sich schon aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke. So finden sich in unserer heutigen Gesellschaft die allermeisten Wählerinnen und Wähler in der politischen Mitte: Bei einer Selbsteinstufung auf der Rechts-Links-Skala beispielsweise sortieren sich mehr als 60 % aller Befragten in einer sehr eng gefassten Mitte ein. Weitere 20 % kommen hinzu, wenn man den Begriff der politischen Mitte etwas weiter fasst. Somit sprechen wir von bis zu 80 % der Gesamtbevölkerung, wenn die politische Mitte in den Blick genommen wird.

Wenn es um die Bestimmung von konkreten Zielgruppen geht, um die sich die Union zukünftig noch stärker kümmern muss, um erhebliche Wähler-

Bei der ZIELGRUPPENDISKUSSION muss die Union auch unmittelbar nicht erreichbare demographische Gruppen berücksichtigen.

massen dazuzugewinnen, müssen auch die großen demographischen Gruppen berücksichtigt werden, in denen sie bisher unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hat. Bei der Definition von Zielgruppen muss man sich zudem von der Idee befreien, dass es immer nur darum geht, Zielgruppen direkt zu bedienen. Man kann auch bei bestimmten Zielgruppen punkten, wenn man dringende gesellschaftliche Probleme löst, auch wenn von diesen Lösungen die ins Auge gefassten Zielgruppen nicht unmittelbar profitieren. So dürfte beispielsweise eine wirksame Integration von Ausländern und Flüchtlingen in den ökonomischen Produktionsprozess nur wenig bei den davon unmittelbar Profitierenden zu Buche schlagen. Eine moderne aufgeschlossene Mittelschicht wird es aber gerne sehen, wenn aus sozialhilfeberechtigten Flüchtlingen und Asylanten leistungsorientierte Werkkräfte werden. Ebenso positiv nehmen es auch Großmütter mit einer eigenen Hausfrauenkarriere auf, wenn sie sehen, dass für ihre berufstätige Tochter Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es dieser erlaubt, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.

Glaubwürdigkeit der Modernisierung

Wenn die Union in der modernen politischen Mitte überzeugen will, dann darf sie insbesondere nicht als die Partei der Ewiggestrigen verdächtigt werden, die versucht, mit den Antworten von gestern die Probleme der Zukunft lösen zu wollen. Diese Herausforderung der programmatischen Modernisierung ist heute ähnlich groß wie die programmatische Modernisierung, die der junge Helmut Kohl der CDU in den 70er-Jahren zugemutet hat und die die

Grundlage für seine langjährige Regierungstätigkeit war. Es ist dabei weder sinnvoll noch notwendig, die programmatische Modernisierung der Union als reine Sozialdemokratisierung zu betreiben. Die Union darf sich aber der Notwendigkeit nicht verweigern, Antworten auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und der modernen Strukturen in Familie und Wirtschaft zu suchen.

Die Chancen für Rot-Grün werden sich durch den Einzug der AfD in die Parlamente VERRINGERN.

Die Etablierung der AfD kann sich dabei als hilfreich für die Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Union erweisen. Sie kann rechtspopulistische Positionen und Personen außerhalb einer sich von der AfD entschieden abgrenzenden Union binden. Die CDU/CSU ist durch die bloße Existenz der AfD vom latenten Vorwurf befreit, rechts zu sein, was anders als in den meisten europäischen Ländern in Deutschland einen stigmatisierenden Charakter hat. Aber auch wenn es die AfD der CDU/CSU erleichtert, so muss sich die Union dennoch intensiv darum bemühen, ihren Modernisierungsprozess weiter voranzutreiben und zukunftsweisende Antworten auf gesellschaftliche und soziale Probleme gerade auch angesichts der demographischen Verwerfungen zu geben. Hier wird mehr Mut als Angst vor dem ein oder anderen Tabubruch benötigt.

Verringerte Mehrheitschance für Rot-(Rot-)Grün

Neben der unfreiwilligen Unterstützung der AfD für die programmatische Mo-

dernisierung der Union spricht einiges dafür, dass sich durch einen Einzug der AfD in wichtige westliche Landtage (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) die Chancen für parlamentarische Mehrheiten von Rot-Grün oder sogar Rot-Rot-Grün deutlich verringern. Dies ist jedenfalls dann der Fall, wenn weiterhin wesentliche Teile der AfD-Wählerschaft nicht nur aus dem Unionswählerlager kommen.

Diese beiden positiven Effekte für die Union kommen aber nur zum Tragen, wenn die CDU und die CSU eine geschlossene und eindeutige Abgrenzung von der AfD vornehmen. Dabei würde eine zu intensive Auseinandersetzung mit der AfD nur zu deren Aufwertung führen. Ein weitgehendes „rechts-Liegenlassen“ verspricht den größeren Effekt. Jeder Ansatz einer Kumpanei hingegen (wie zuletzt in Thüringen) beschädigt die Chancen der Union, sich als die alternativlose Partei der politischen Mitte weiter zu etablieren.

Das Wahlergebnis in Hamburg hat gezeigt, dass der Aufstieg der AfD im Westen auch bei für die AfD günstigen Rahmenbedingungen (Euro-Krise, hohe Relevanz der Ausländerproblematik) offensichtlich begrenzt bleibt. Gleichzeitig scheint sich die AfD aber so weit zu stabilisieren, dass mit einer Etablierung auch in anderen westlichen Ländern zu rechnen ist, was aus den zuvor beschriebenen Gründen die Mehrheitschancen für Rot-(Rot-)Grün in Zukunft deutlich reduzieren dürfte. Wenn also die Union in Bezug auf die AfD einen kühlen Kopf bewahrt, sich von ihr klar abgrenzt und sich gleichzeitig intensiv um die Lösung der anstehenden Probleme kümmert, ohne populistische

Positionen zu bedienen, kann sie dank der Präsenz der AfD beim Volatilitätspublikum in der politischen Mitte weiter an Glaubwürdigkeit gewinnen. Aus diesen Gründen kann sich das Erscheinen der AfD im politischen System mehr als Segen denn als Fluch für die Union erweisen. ///



/// MATTHIAS JUNG

ist Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

Anmerkungen

- ¹ Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag (exit poll); jeweils gut 15.000 Interviews.
- ² Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 5. KW/2015 – repräsentative Bundesumfrage (hier und im Folgenden jeweils gut 1.250 Befragte).
- ³ Politbarometer 3. KW/2015.
- ⁴ Politbarometer 5. KW/2015.
- ⁵ Ebd.
- ⁶ Politbarometer 50. KW/2014.
- ⁷ Ebd.
- ⁸ Politbarometer 39. KW/2014.
- ⁹ Politbarometer 37. KW/2013.

/// Nun sag, wie hast du's mit dem Militär?

DER EINSATZ DER BUNDESWEHR IM AUSLAND

FLORENS MAYER /// Je länger der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan dauerte und je gefährlicher er auch für die deutschen Soldaten wurde, desto mehr Deutsche lehnten den Einsatz rundherum ab. Am Ende konnte es den meisten gar nicht schnell genug gehen, die Bundeswehrsoldaten vom Hindukusch heimzuholen. Die Kriegsmüdigkeit der Deutschen bleibt jedoch auch für die künftige deutsche Sicherheitspolitik eine Herausforderung.

Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Das Leitbild der Bundeswehr zu Zeiten des Ost-West-Konflikts ist heute überholt. De facto sind die weltweiten Bundeswehreinsätze in vielen Krisengebieten ein wesentliches Element bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Der bisher in vielerlei Hinsicht größte Einsatz, die deutsche ISAF-Beteiligung in Afghanistan, lief Ende 2014 aus. Anlässlich des Endes dieser Phase des deutschen Afghanistanengagements lohnt es sich, der Frage nachzugehen, wie sich die öffentliche Meinung während des Einsatzes am Hindukusch entwickelte und wie es heute, am Ende der einen Mission und mit Blick auf zweifelsohne noch kommende bewaffnete Auslandseinsätze um sie steht. Auf den Punkt gebracht geht es hier also um die Beantwortung der Gretchenfrage der deutschen Außen- und Sicherheitspoli-

tik: Inwieweit akzeptiert die deutsche Bevölkerung die Bundeswehr mittlerweile als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik?

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 erklärte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, bei

Die Öffentlichkeit steht dem Auslandseinsatz der Bundeswehr **KRITISCH** gegenüber.

den Anschlägen habe es sich um eine „Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt“¹ gehandelt. Daher seien alle zukünftigen deutschen Maßnahmen darauf ausgerichtet, „die Zukunftsfähigkeit unseres Landes inmitten einer freien Welt zu sichern“². Das Argument der ersten Stunde war also die Verteidi-



Eine Friedensmission, die letztendlich keine war: deutsche Truppen in Afghanistan.

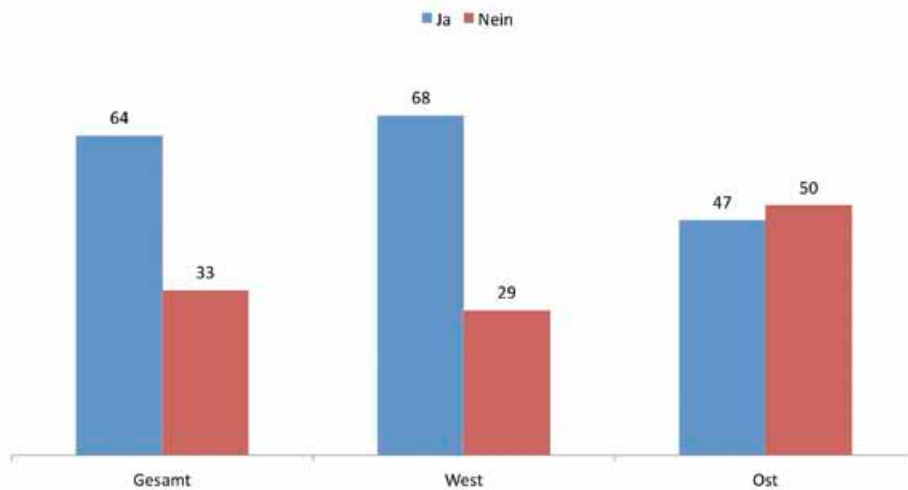
gung der zivilisierten Welt und ihrer Werte gegen den internationalen Terrorismus. Diesen Kurs unterstützte auch die deutsche Bevölkerung. Im Oktober 2001 waren 64 % der Deutschen der Meinung, Deutschland sollte den USA bei der militärischen Bekämpfung der Drahtzieher der Terroranschläge und ihrer Helfershelfer Beistand leisten. Nur 33 % – allerdings 50 % der Menschen in den neuen Bundesländern – waren gegen einen militärischen Beistand Deutschlands.

Deutsche Zurückhaltung in Afghanistan

Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings noch kein deutscher Soldat afghanischen Boden betreten. Bis zu der erfolgreichen Eroberung der afghanischen

Städte und dem Rückzug der Taliban waren allein US-Einheiten sowie einige wenige britische Spezialeinheiten im Einsatz. Erst mit dem Jahreswechsel 2001/2002 wurden auch die deutschen Fähigkeiten angefordert, verlegt und eingesetzt. Die nun in Deutschland debattierten Ziele dieses Einsatzes rückten zum Teil erheblich vom offiziellen Ziel der Terrorismusbekämpfung ab. Ein neues häufig verwendetes Argument war stattdessen das der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus. Der spätere Verteidigungsminister Peter Struck sagte mit Blick auf die seiner Meinung nach wahrscheinlichen Aufgaben der Bundeswehr in Afghanistan optimistisch: „Ich bin fast sicher, dass die Bundeswehr dort nur noch gebraucht wird, um mitzuhelfen, die humanitäre Versor-

Graphik 1



„Die USA haben angekündigt, gegen die Drahtzieher der Terroranschläge und ihre Helfershelfer konsequent vorzugehen. Sollte Deutschland den USA bei der Bekämpfung des Terrorismus militärischen Beistand leisten?“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND Oktober 2001

gung zu organisieren.“³ Ein dazu passendes, wiederkehrendes Motiv für die Unterstützung des Bundeswehreininsatzes war die Deutung des Einsatzes als Friedensmission, die in Afghanistan nach Jahrzehnten der Gewalt endlich den Frieden sichern sollte.

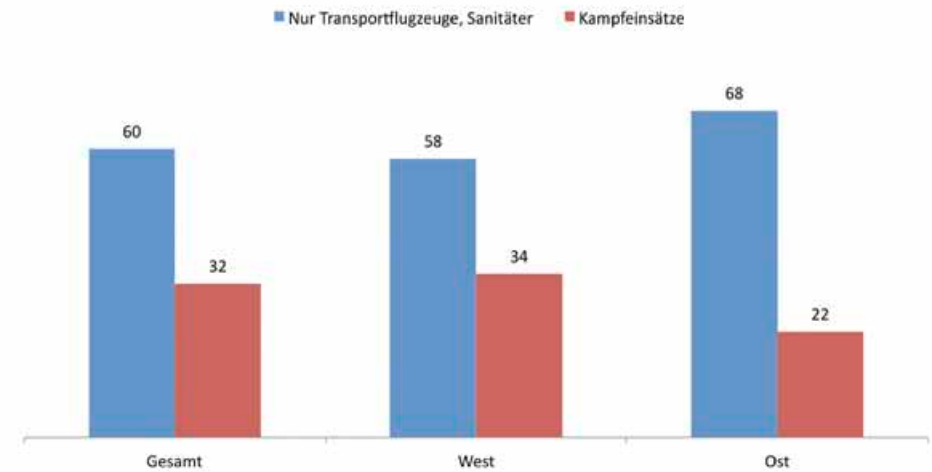
Mit dieser Deutung des deutschen Afghanistaneinsatzes entsprach die Politik den Befindlichkeiten der deutschen Bevölkerung. Im Oktober 2001 hatten sich 60 % dafür ausgesprochen, dass Deutschland die USA nur mit Transportflugzeugen oder Sanitätern unterstützen sollte. Nur 32 % sagten, die Bundeswehr sollte sich auch an Kampfeinsätzen beteiligen. Die Zustimmung zu einer etwaigen Teilnahme der Bundeswehr an Kampfeinsätzen fiel bei Befragten aus den neuen Bundesländern mit 22 % sogar noch niedriger aus.⁴

Fünf Jahre später stand der Einsatz deutscher Aufklärungsflugzeuge des Typs Tornado in Afghanistan zur Debatte. 35 % der Befragten unterstützten die Entsendung der Tornados und 63 % waren der Meinung, die Bundeswehr solle sich von solchen Aufgaben fernhalten und sich nur um Wiederaufbauhilfe kümmern.⁵ Erneut wurde deutlich: Die deutsche Bevölkerung befürwortete mehrheitlich ein ziviles Engagement am Hindukusch. Aber je offensichtlicher der militärische Charakter der deutschen Beteiligung wurde, desto geringer viel die Zustimmung aus.

Schwindender Rückhalt in der deutschen Bevölkerung

Der Afghanistaneinsatz geriet während der ersten Jahre kaum in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit. Erst mit einer

Graphik 2



„Sollte Deutschland nur mit Transportflugzeugen oder Sanitätern unterstützen oder sollte sich die Bundeswehr auch an Kampfeinsätzen beteiligen?“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND Oktober 2001

zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan ab 2007 stieg das Interesse an dem Einsatz stark an. Im April 2007 fiel die Zustimmung zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan noch relativ hoch aus. 52 % hielten den Einsatz für richtig, 45 % lehnten den Einsatz der Bundeswehr ab. Bereits im August sprach sich nur noch jeder Dritte für einen Verbleib deutscher Truppen in Afghanistan aus, während 64 % der Befragten einen möglichst schnellen Rückzug befürworteten. Einfluss auf den raschen Stimmungswandel könnte ein Anschlag gehabt haben, bei dem drei deutsche Soldaten getötet wurden.⁶

Im Februar 2008 hatte sich das Meinungsklima leicht relativiert. Die Zustimmung für eine Fortsetzung der Stationierung deutscher Truppen lag jetzt bei 42 % und die Ablehnung nur mehr

Tote und die verschlechterte Sicherheitslage bewirken einen SCHWINDENDEN Rückhalt in der Bevölkerung.

bei 55 %. Der Annahme folgend, dass insbesondere die mediale Berichterstattung Einfluss auf die öffentliche Meinung hat, könnten positive Medienergebnisse oder das Ausbleiben schlechter Nachrichten ein Rolle gespielt haben. In der Tat erscheint es hier plausibel, dass das Ausbleiben von Berichten über militärische Eskalationen im Winter 2007/2008 den Ausschlag gaben. In den

Wintermonaten ging die Anzahl von Anschlägen und Angriffen der Aufständischen stets deutlich zurück, während sie im Frühjahr und im Sommer anstiegen. Der Grund dafür waren die Witterungsbedingungen, die im Winter aufgrund von Schnee und gefrorenem Boden ein militärisches Agieren sehr schwierig machen. Dazu passt, dass die Zustimmung im Juli 2009 wieder auf 27 % gesunken war und 69 % einen Abzug forderten. Der Erhebungszeitraum dieser Umfrage begann am 29. Juni. Nur wenige Tage zuvor, am 23. Juni 2009, waren drei Bundeswehrsoldaten in einem Gefecht gefallen.

Zum Schluss konnte es den meisten Deutschen nicht schnell genug gehen. Im Frühjahr 2013, als der Abzugstermin bereits feststand, waren 54 % im Westen und 68 % im Osten der Auffassung, die Bundeswehr solle noch früher als 2014 aus Afghanistan abgezogen werden.⁷

Die deutsche Bevölkerung war bereits vor dem Afghanistaneinsatz eine postheroische Gesellschaft, die einem Militäreinsatz nichts Positives oder gar Heroisches abgewinnen kann, sondern ihm grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Allein vor dem Hintergrund der Terroranschläge am 11. September 2001 signalisierte eine Mehrheit der Deutschen Bereitschaft, die USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Diese Bereitschaft war jedoch stark konditioniert. Das fing bereits damit an, dass in den neuen Bundesländern von Anfang an eine knappe Mehrheit gegen einen deutschen Militäreinsatz war. Zudem plädierten die Deutschen in großer Geschlossenheit für ein möglichst zurückhaltendes militärisches Vorgehen. Deutsche Kampfeinsätze, also die Anwendung militärischer Gewalt, wurden abgelehnt. Mehrheitsfähig war allein die

Die Deutschen sind eine **POST-HEROISCHE** Gesellschaft.

mittelbare Unterstützung der Verbündeten durch Transportflugzeuge und Sanitäter. Am liebsten wurde deutsche zivile Aufbauhilfe in Afghanistan gesehen.

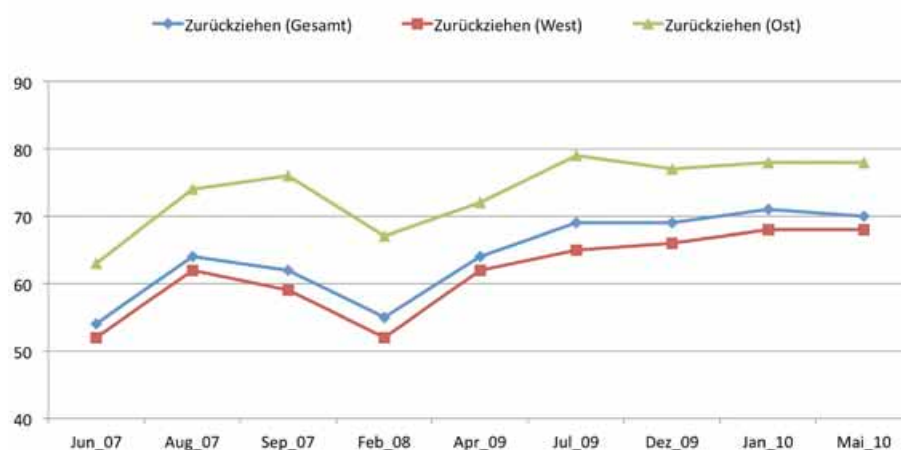
Zwei weitere Faktoren wirkten sich negativ auf den Rückhalt in der deutschen Bevölkerung aus. Zum einen war das der Faktor Zeit. Mit zunehmender Einsatzdauer fand die Forderung, die deutschen Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, mehr und mehr Zustimmung. Zum anderen spielte der Faktor Intensität eine entscheidende Rolle. Anschläge oder Gefechte, in die deutsche Soldaten

verwickelt waren, bei denen deutsche Soldaten gar zu Tode kamen, wirkten sich stets negativ auf die Zustimmung in der deutschen Bevölkerung aus. Dass die Deutschen auf derlei intensive Auseinandersetzungen nicht vorbereitet waren und deshalb besonders ablehnend reagierten, ist u. a. auf die durch die Politik kommunizierte Geschichte von der Friedensmission zurückzuführen. Erst spät gestanden deutsche Politiker öffentlich ein, dass es in Afghanistan um Aufstandsbekämpfung ging.

Nach Afghanistan lehnen Deutsche den Einsatz militärischer Mittel ab

Forderungen nach mehr internationalem Engagement Deutschlands, wie von Bundespräsident Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 gefordert, werden auch künftig nur eingeschränkt auf Zustimmung stoßen. Zwar befürworten immerhin 52 % der

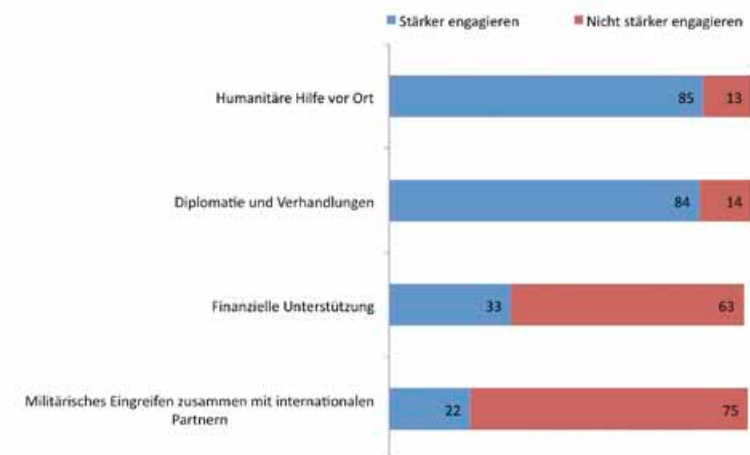
Graphik 3



„Die Bundeswehr ist seit X Jahren im Rahmen eines NATO-Einsatzes in Afghanistan stationiert. Sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach weiterhin in Afghanistan stationiert bleiben oder sollte sie sich möglichst schnell aus Afghanistan zurückziehen?“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND 2007-2010

Graphik 4



„Es gibt unterschiedliche Mittel, um auf Krisen in der Welt zu reagieren. Ich nenne Ihnen nun einige und Sie sagen mir jeweils, ob sich Deutschland hier in internationalen Krisen stärker engagieren sollte als bislang oder nicht.“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND Februar 2014

Deutschen ein stärkeres Engagement bei internationalen Krisen,⁸ allerdings sind sie bei der weiteren Definition dieses Engagements sehr zurückhaltend. Vor allem humanitäre Hilfe vor Ort (85 %) und Diplomatie und Verhandlungen (84 %) sehen die Deutschen gerne als Instrumente dieses Engagements. Finanzielle Unterstützung begrüßen nur noch 33 %, ein militärisches Eingreifen zusammen mit internationalen Partnern lehnen 75 % ab, nur 22 % sprechen sich dafür aus.

Deutsche Sicherheitspolitik muss in der Bevölkerung offener und ehrlicher KOMMUNIZIERT werden.

Die empirisch messbare deutsche Kriegsmüdigkeit wirft zum Schluss die Frage auf, welche Formen eines deutschen militärischen Engagements in Zukunft überhaupt noch möglich sind. Die Untersuchungsergebnisse sollten nicht als Vorwand genommen werden, das deutsche militärische Engagement in der Welt weiter zurückzufahren. Sie sollten der Politik vielmehr als Hinweis dienen, Sicherheitspolitik künftig offener zu kommunizieren. Sicherheitspolitische Debatten sollten mit Blick auf das Mögliche und nicht auf das Wünschenswerte geführt werden. Genauso sollten die sicherheitspolitischen Ziele nicht zu hoch zu gesteckt werden. Ein Geburtsfehler des deutschen Afghanistanengagements war es, in Deutschland mit Hilfe hehrer, moralischer Ziele wie Frauenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit um Zustimmung für den Einsatz zu werben. Als sich abzeichnete, dass diese Ziele nicht erreicht werden würden, ging die Zustimmung schnell

zurück. Empirische Erkenntnisse sollten sicherheitspolitische Entscheidungen nicht vorwegnehmen oder gar ersetzen. Sie sollen Vorbehalte, Ablehnung oder gar Sorgen in der Bevölkerung aufdecken, damit die politisch Verantwortlichen die Chance haben, aufzuklären, zu überzeugen und für ihre Positionen zu werben. ///



/// FLORENS MAYER

ist Altstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung und leitet das Berliner Büro des Meinungsforschungsinstituts dimap.

Anmerkungen

¹ Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/186, 12.9.2001.

² Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/187, 19.9.2001.

³ Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/202, 16.11.2001.

⁴ ARD-DeutschlandTREND, Oktober 2001.

⁵ ARD-DeutschlandTREND, April 2007.

⁶ Der Anschlag und die getöteten Soldaten wurden bei der Befragung erwähnt. Die Frage lautete: „Die Bundeswehr ist seit fünf Jahren im Rahmen eines NATO-Einsatzes in Afghanistan stationiert. Vor kurzem wurden dort bei einem Anschlag drei deutsche Soldaten getötet. Sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach weiterhin in Afghanistan stationiert bleiben oder sollte sie sich möglichst schnell aus Afghanistan zurückziehen?“; ARD-DeutschlandTREND, Juli 2007.

⁷ ARD-Morgenmagazin, März 2013.

⁸ ARD-DeutschlandTREND, Februar 2014.

/// Kommunikation und Sicherheitspolitik

UKRAINE: SOZIALE NETZWERKE ALS MOBILISIERUNGSFAKTOR FÜR PRIVATE GEWALTAKTEURE

ROBERT SEIDL /// Im Kampf gegen pro-russische Separatisten spielen ukrainische Freiwilligen-Bataillone eine wichtige Rolle. Ein erster Blick auf ihre Kommunikation zeigt: Soziale Medien ermöglichen privaten Gewaltakteuren, ihre Organisationsfähigkeit und Kampfbereitschaft innerhalb kurzer Zeit zu erhöhen. Auf der übergeordneten Ebene kommt es folglich zu einer immer stärkeren, interdisziplinären Vernetzung von Kommunikation und Sicherheitspolitik.

Die ersten Wochen des Ukraine-Konfliktes waren geprägt von der Unfähigkeit des ukrainischen Staates, den secessionistischen Bestrebungen der pro-russischen Milizen in der Ost-Ukraine eine adäquate Sicherheitspolitik entgegenzusetzen. Die Ursachen lagen unter anderem in der mangelhaften Ausrüstung, der schlechten Ausbildung und der fehlenden Strategie von Militär und Polizei, welche geeignete Gegenmaßnahmen in diesem asymmetrisch geprägten Konflikt erschwerten. Des Weiteren waren Teile der Sicherheitsorgane nicht bereit, gegen eigene Landsleute mit dem Einsatz von Waffengewalt vorzugehen oder liefern zu den prorussischen Milizen über. In der Konsequenz ging bis Ende April 2014 die staatliche Kontrolle über

weite Teile der Gebiete Donezk und Luhansk an die Separatisten verloren.

Parallel zu dieser Entwicklung wurden ab Mitte April auf ukrainischer Seite paramilitärische Freiwilligen-Bataillone aufgestellt. Diese sollten in den kommenden Wochen und Monaten zu einem wichtigen Faktor in der sogenannten „Anti Terror Operation“ werden und haben maßgeblich zu der Rückeroberung eines Teiles der Ost-Ukraine beigetragen. In diesem Zusammenhang unterstützte der kommunikative Einsatz von sozialen Netzwerken maßgeblich die Erhöhung der Einsatz- und Kampffähigkeit dieser Freiwilligen-Bataillone.

Der nachfolgende Beitrag wird zu Beginn in einer quantitativen Analyse



Quelle: Sergei Supinsky, staff/Getty Images

Eine Patrouille von Freiwilligen verhaftet zusammen mit der Polizei zwei Separatisten Anfang Februar in Kiew.

aufzeigen, welche Social-Media-Kanäle in welchem Ausmaß genutzt werden. Darüber hinaus wird anhand einzelner Beispiele illustriert, wie hoch die jeweilige Interaktionsrate mit den Nutzern auf Facebook & Co. ist. Darauf aufbauend lässt sich im Anschluss in einer inhaltlichen Betrachtung der veröffentlichten Beiträge der funktionale Mehrwert der Social-Media-Kommunikation für die

Freiwilligen-Bataillone ableiten. Untersucht wurden die drei ukrainischen Freiwilligen-Bataillone „Donbass“, „Asow“ und „Ajdar“. Diese gehören aufgrund ihrer Größe und Einsatzdauer zu den wichtigsten privaten Gewaltakteuren auf ukrainischer Seite und bieten sich aufgrund ihrer ausgeprägten Social-Media-Präsenz zur näheren Betrachtung an.¹

Kanalvielfalt

Abbildung 1 zeigt, auf welchen Social-Media-Kanälen die Bataillone präsent sind. Besonders interessant sind zwei Beobachtungen: Erstens sind alle drei Freiwilligen-Bataillone auf Facebook und dem russischen Netzwerk VK vertreten. Zwar weist VK in seinen Community-Funktionen und seinem Webdesign eine

Gegen die anfängliche Überlegenheit der Separatisten wurden **FREIWILLIGEN-BATAILLONE** aufgestellt.

starke Ähnlichkeit mit Facebook auf, der große Unterschied zwischen den beiden Netzwerken ist jedoch der jeweilige geographische Wirkungsraum. Denn während auf Facebook Nutzerprofile aus allen Regionen der Welt registriert sind, sind im VK-Netzwerk vor allem Nutzer aus dem russischen und ukrainischen Sprachraum angemeldet. Offensichtlich sind die ukrainischen Freiwilligen-Bataillone bestrebt, trotz eines höheren Ressourcenaufwandes und der thematischen Doppelungsgefahr, eine möglichst breite Streuung ihrer Themen und Botschaften durch das Management zweier sehr ähnlicher Kommunikationskanäle zu erzielen. Zweitens ist auffallend, dass Twitter lediglich von dem Bataillon Donbass als Kommunikationskanal genutzt wird, was an der von den Bataillonen Asow und Ajdar als unzureichend empfundenen Reichweite von Twitter bei den anvisierten Zielgruppen liegen kann.

Die Anzahl der Nutzer, sprich Fans, Members, Follower bzw. Abonnenten, und die Anzahl der geposteten Beiträge sowie die Vielfalt an Kanälen und die Nutzer-Interaktion ist ein erster Richtungswert für die Relevanz der Social-Media-Auftritte.²

Nutzerzahlen

Wie Abbildung 2 zeigt, kann das Bataillon Donbass auf Facebook knapp 69.600 Fans auf sich vereinen und damit fast doppelt so viele wie das Bataillon Ajdar mit fast 38.000 Fans. Das Bataillon Asow kommt auf knapp 29.000 Fans und steht damit im Ranking an letzter Stelle. Im Netzwerk VK ist hingegen das Bataillon Asow mit fast 42.800 Members klarer Spitzenreiter, vor Donbass mit lediglich etwas mehr als 6.500 Members und Ajdar mit fast 6.300 Members. Auf Twitter erhalten wiederum mehr als 11.000 Follower die Tweets des Bataillons Donbass. Dieses hat zudem auf dem Video-Portal YouTube – mit mehr als 10.100 Abonnenten – fast doppelt so viele Nutzer wie das Bataillon Asow mit etwas mehr als 5.100 Nutzern.

Am BESTEN vertreten in den Social Media ist das Bataillon Donbass.

Anzahl der Beiträge

Das Bataillon Asow hat im Netzwerk VK knapp 2.290 Beiträge veröffentlicht und somit deutlich mehr als das Bataillon

Abbildung 1: Social Media-Kanäle der Freiwilligen-Bataillone³

	Pro-ukrainische Freiwilligen-Bataillone		
	Donbass	Asow	Ajdar
Facebook	✓	✓	✓
VK	✓	✓	✓
Twitter	✓	✗	✗
YouTube	✓	✓	✗

Abbildung 2: Anzahl der Nutzer pro Kanal⁴

	Pro-ukrainische Freiwilligen-Bataillone		
	Donbass	Asow	Ajdar
Facebook	69.604	28.253	37.298
VK	6.517	41.754	6.292
Twitter	11.035	-	-
YouTube	10.149	5.151	-

lon Donbass mit etwas mehr als 750 Posts oder Ajdar mit etwas über 306 Beiträgen. Auf Facebook hat das Bataillon Ajdar fast 90 Beiträge und das Bataillon Donbass etwas mehr – knapp 110 Posts – an die Pinnwand gepostet, während das Bataillon Asow mit mehr als 150 Posts an der Spitze steht. Auf YouTube hat Asow mit etwas mehr als 140 Videos die meisten Beiträge hochgeladen, während das Bataillon Donbass auf nur 100 Videos kommt. Darüber hinaus setzte Donbass etwas mehr als 2.000 Tweets auf Twitter ab.

Im Hinblick auf die Kanalvielfalt, die Nutzerquantität und die Gesamtmenge der veröffentlichten Beiträge kann als Zwischenergebnis festhalten werden, dass das Bataillon Donbass in seiner Social-Media-Kommunikation am breitesten aufgestellt ist. Es nutzt alle untersuchten Social-Media-Kanäle, ist als einziges Bataillon auf Twitter vertreten und vereint auf Facebook, YouTube und Twitter sehr viele Nutzer. Das Freiwilligen-Bataillon Asow konzentriert sich in seiner Social-Media-Kommunikation auf die Netzwerke VK, Facebook und YouTube. Das Bataillon ist gemessen an Nutzern und Quantität der Bei-

träge im Vergleich zu den beiden anderen Bataillonen auf VK am stärksten präsent. Besonders auffallend ist die sehr hohe Anzahl an Beiträgen des Bataillons Asow auf VK, das im Untersuchungszeitraum auf durchschnittlich knapp neun Posts pro Tag kommt. Das Bataillon Ajdar fokussiert sich auf die sehr ähnlichen Netzwerke Facebook beziehungsweise VK und zieht Twitter sowie YouTube als Kommunikationskanäle nicht in Betracht.

Interaktionswerte

Die Interaktion kann in Form von Likes („Gefällt mir“-Angaben), Kommentaren oder Shares (geteilten Inhalten) erfolgen. Denn allein dadurch wird ersichtlich, welche Inhalte tatsächlich von den Nutzern als so hochwertig angesehen werden, dass sie diese ihren Freunden empfehlen, weiterleiten oder teilen. Die eigenen Nutzer werden dadurch zu wertvollen Content-Multiplikatoren, da die veröffentlichten Inhalte nicht nur von ihnen, sondern auch von ihren Netzwerk-Freunden in deren sogenannten Newsfeeds wahrgenommen werden. Am Beispiel der Facebook-Auftritte der Bataillone Donbass und Ajdar lässt sich

die Nutzer-Interaktion pro Beitrag in Form von Likes, Kommentaren und Shares in Abbildung 3 nachvollziehen. Zu diesem Zweck wurden sämtliche Likes, Kommentare und Shares in Relation zu der jeweiligen, quantitativen Gesamtzahl an Posts gesetzt.

Das Freiwilligen-Bataillon Donbass erhält durchschnittlich pro Beitrag 709, das Bataillon Ajdar 511 „Gefällt mir“-Angaben. Im Vergleich zu der Gesamtzahl der jeweiligen Fans sind diese Werte als gut zu betrachten. Viel wichtiger als reine „Gefällt mir“-Angaben ist jedoch das aktive Teilen oder Kommentieren der Inhalte, denn mit einem Like zeigt der Nutzer lediglich, dass dieser einen Beitrag nicht schlecht findet. Ein Share oder Kommentar hingegen beweist, dass die Botschaft des Bataillons als äußerst wertvoll empfunden wird und diese deshalb direkt an das eigene Netzwerk weitergereicht wird. Grundsätzlich sind Shares oder Kommentare schwieriger zu erhalten, weil diese im Gegensatz zu einem Klick auf den „Like“-Button mehr Input der Nutzer erfordern.

Ein Blick auf die durchschnittliche Share- beziehungsweise Kommentarquote der Freiwilligen-Bataillone Donbass und Ajdar zeigt, dass diese Interak-

tionsformen von den Usern sehr gerne und in großem Stil genutzt werden. So erhält das Bataillon Ajdar von den Usern durchschnittlich pro Beitrag 82 Kommentare, während das Bataillon Donbass sich mit ca. 50 Kommentaren zufriedengeben muss. Dass es noch interaktiver geht, zeigen die durchschnittlichen Shares pro Beitrag: So wurden die Posts des Bataillons Ajdar von den Nutzern ca. 209-mal geteilt, das Bataillon Donbass erhält immerhin knapp 121 Shares für jeden Post auf Facebook.

Diese Werte beweisen einen sehr aktiven Austausch der Nutzer mit den Botschaften und Inhalten der beiden Freiwilligen-Bataillone, so dass die Kommunikationswirkung durch das zuvor skizzierte Verbreitungsprinzip vervielfacht wird. Die hohe Interaktion zwischen den Bataillonen und den Usern ist in der Emotionalität des Bürgerkrieges und der daraus resultierenden, kommunikativen Stoßrichtung zu sehen. Die Nutzer greifen die kommunizierten Inhalte bereitwillig auf und multiplizieren sie über ihre persönlichen Netzwerke.

Besonders wertig und effektiv kommuniziert das Bataillon Ajdar. Obwohl dieses auf Facebook im Verhältnis zum Bataillon Donbass weniger Fans und

Abbildung 3: Durchschnittliche Interaktion pro Facebook-Beitrag⁵

	Pro-ukrainische Freiwilligen-Bataillone	
	Donbass	Ajdar
„Gefällt mir“-Angaben / Likes	~ 709	~ 511
Kommentare	~ 50	~ 82
Geteilte Inhalte / Shares	~ 121	~ 209

Beiträge hat, liegt die durchschnittliche Kommentar- und vor allem Share-Quote um einiges höher. Das Beispiel verdeutlicht, dass eine höhere Quantität an Fans nicht automatisch zu einer höheren Interaktionswirkung mit den Zielgruppen führt.

Inhaltliche Analyse

Die inhaltliche Analyse der Posts, Tweets und Videos der Freiwilligen-Bataillone zeigt, dass vor allem zu Beginn des Konfliktes der Bedarf an jeglicher Ausrüstung groß war, und deshalb der Fokus der Beiträge auf Sachspendenauf-rufen lag. Dies ist insofern logisch, da die Freiwilligen-Bataillone größtenteils ohne staatliche Unterstützung auskommen mussten. Erwünscht waren im medizinischen Bereich beispielsweise chirurgische Instrumente, medizinische Notfall-Sets, Medikamente, Betäubungsmittel, Bandagen und Kompressen. An militärischer Ausrüstung wurde um Tarnuniformen, Winterbekleidung, Kampfstiefel und Socken bis hin zu op-

Die höchste INTERAKTIONSWIRKUNG mit seinen Nutzern erzielt das Bataillon Ajdar.

tischen Nachtsichtgeräten, Funkausrüstung und kugelsichere Schutzwesten gebeten. Aber auch Trinkwasser, haltbare Lebensmittel wie beispielsweise eingeschweißter Kaffee und Konserven, Hygieneartikel und Dieselöl konnten gespendet werden.

Im weiteren Verlauf des Konfliktes wurde verstärkt zu Geldspenden aufgerufen. Finanzielle Mittel wurden unter anderem für Hilfszahlungen an Hinterbliebene, zur Instandhaltung der bataillonseigenen Fahrzeuge, zum Ankauf von Benzin, Lebensmitteln, medizinischen Produkten oder Winterkleidung verwendet. Hierzu veröffentlichten die Bataillone regelmäßig Beiträge, auf denen diverse Überweisungsmöglichkeiten sowohl für nationale als auch internationale Spender – beispielsweise über Western Union – angegeben wurden.

Ein weiterer Fokus der Beiträge lag auf der Anwerbung neuer Freiwilliger. Einerseits wurden zu diesem Zweck eine Vielzahl an patriotischen Bildern und Videos hochgeladen, die zum Dienst für die eigene Sache inspirieren sollten. Andererseits wurden detaillierte Informationen zum Aufnahme-prozedere zur Verfügung gestellt. Bevor ein Freiwilliger in das Bataillon Asow aufgenommen wird, hat dieser eine Art Bewerbungsprozess zu durchlaufen. Im ersten Schritt muss er ein Motivations-schreiben an das Bataillon schicken, bevor er dann zu einem Vorstellungsgespräch in das Mobilisierungszentrum in Kiew eingeladen wird. Für dieses Gespräch und anschließende Fitness-tests hat er unter anderem folgende Unterlagen mitzubringen: Geburtsurkunde, Steuer-Identifikationsnummer, Ausbildungsnachweise, einen psychologischen Unbedenklichkeitsnachweis bzgl. eines potenziellen Waffeneinsatzes sowie Angaben über benötigte Medikamente. Des Weiteren muss der Kandidat neben Kleidung unter anderem Schlafsack, Isomatte und benötigte Hygieneartikel auf eigene Kosten stellen. Am Ende des „Bewerbungsgesprächs“ wird der Bewerber über eine mögliche Aufnahme in

das Bataillon informiert und kann bei Bedarf sofort mit der militärischen Grundausbildung beginnen.

Natürlich gibt es im Kommunikationsverhalten der untersuchten Freiwilligen-Bataillone spezifische Eigenheiten. So kommuniziert das Bataillon Asow

Die Freiwilligen-Bataillone werben in ihren BEITRÄGEN hauptsächlich um Geld- und Sachspenden und Freiwillige.

hauptsächlich nationalistische Inhalte und wirbt im Gegensatz zu den beiden anderen Bataillonen kontinuierlich um neue Freiwillige. Das Bataillon Ajdar hebt sich in seiner Kommunikation vor allem dadurch hervor, dass es in seinen Beiträgen auch über gefallene, verwundete oder vermisste Bataillons-Angehörige berichtet. Des Weiteren werden konkrete Gefechtssituationen mit Hilfe von Bildern und Kartenmaterial erläutert, aber auch eroberte Waffen werden plakativ gepostet. Die Beiträge des Bataillons Donbass sind zum Teil sehr rational gehalten. Es geht weniger um platte Propaganda, sondern vielmehr ist das Bataillon bestrebt, durch sachliche Informationen konkrete Unterstützung in Form von Sach- und Geldspenden von seinen Nutzern zu erhalten. Auffällig ist, dass keines der untersuchten Freiwilligen-Bataillone aktiv um Waffen bittet. Man ist sich offensichtlich der Erfolglosigkeit eines solchen Aufrufes bewusst, da die kommunikativen Zielgruppen in

erster Linie aus Zivilisten bestehen und eine Bewaffnung besser über nicht-öffentliche Kanäle zu organisieren ist.

Aus den skizzierten Themen lassen sich drei Funktionen der Social-Media-Nutzung ableiten: erstens eine Informationsfunktion, die von rein sachlichen Aspekten über die subjektive Darstellung des eigenen Wirkens bis hin zu einer sehr emotionalisierende Propaganda geht. Zweitens eine Mobilisierungsfunktion, welche die Bataillone befähigt, ihre Fans, Follower und Abonnenten als nicht nur kommunikative Multiplikatoren in deren Freundeskreisen tätig werden zu lassen, sondern vielmehr diesen durch Geld- und Sachspenden eine aktive Rolle im Kampf für die eigene Sache zuzusprechen. Fast ließe sich in dieser Hinsicht von einem privat-militärischen Crowdsourcing sprechen. Drittens eine Rekrutierungsfunktion, die einerseits durch pathetische Texte, Bilder und Videos sowie andererseits durch sachliche Informationen zum Rekrutierungsprozess an sich die Anwerbung neuer Mitglieder ermöglicht.

Unterstützung statt Diskursheheit

Was zeigt uns diese erste Analyse der Nutzung sozialer Netzwerke im Ukraine-Konflikt durch private Gewaltakteure? Im Vergleich zur global ausgerichteten Kommunikationsstrategie des Islamischen Staates bleiben der kommunikative Wirkungsraum und die Zielgruppenausrichtung der pro-ukrainischen Freiwilligen-Bataillone regional auf die Ukraine und in eingeschränktem Maße auf ihre Nachbarländer beschränkt. Es gibt keine wirklich globale Kommunikationsagenda. Dies ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass die Bataillone in ihren sozialen Netzwerken auf

Ukrainisch bzw. Russisch kommunizieren. Ein weiterer Unterschied zu den thematischen Inhalten des Islamischen Staates ist der fast vollständige Verzicht, die kommunikative Eskalationsspirale in Form von äußerst gewalttätigen Beiträgen auszureizen. Gewiss ist eine Vielzahl der Beiträge von Emotionalität geprägt, doch lässt sich auch eine fast schon nüchtern-langweilige Berichter-

gleich zu den regulären Einheiten wahrgenommen und hatten maßgeblichen Anteil an der teilweisen Rückgewinnung der von pro-russischen Milizen gehaltenen Gebiete wie beispielsweise der Hafenstadt Mariupol durch die Freiwilligen-Bataillone Asow und Dnipro. ///



/// ROBERT SEIDL M.A.

ist Kommunikationsberater bei
wbpr_Kommunikation, München.

stattung in Buchhaltermanier feststellen. Das Kommunikationsziel ist weniger auf die Gewinnung der kommunikativen Diskursivität ausgerichtet – um welche die Medien und die ukrainische Regierung bemüht waren – als vielmehr der Versuch, auf taktischer Ebene konkrete Unterstützung zu erhalten.

Auf der Metaebene verdeutlicht sich die fortschreitende Vernetzung von Social Media und der Sicherheitspolitik. Neben der klassischen Informationsfunktion haben soziale Netzwerke eine stark ausgerichtete Mobilisierungs- und Rekrutierungsfunktion eingenommen. Sie fungieren als virtuelle Anlaufstelle für Freiwillige. Des Weiteren haben Posts, Tweets und Videos und die sich daraus generierenden Geld- und Sachspenden maßgeblich dazu beigetragen, dass zu Beginn des Konfliktes die logistische und ausrüstungstechnische Einsatzbereitschaft der Freiwilligen-Bataillone – zum Teil schneller als die der ukrainischen Armee – sichergestellt werden konnte. Aus diesem Grund wurden die Freiwilligen-Bataillone als mindestens gleichwertige Kampfpartner im Ver-

Anmerkungen

¹ Eine übersichtliche Darstellung der pro-ukrainischen Freiwilligen-Bataillone gibt es auf KyivPost online: <http://www.kyivpost.com/content/kyiv-post-plus/know-your-volunteer-battalions-info-graphic-363944.html>, Stand: 31.12.2014.

² Die Anzahl von Likes oder Abonnenten variiert in Social Media täglich. Sämtliche Angaben in diesem Beitrag wurden im Untersuchungszeitraum 1.4.-31.12.2014 erhoben. Stichtag für alle Daten ist der 31.12.2014.

³ Bataillon Donbass

Facebook: <https://www.facebook.com/teroborona>
Donbass

VK: <https://vk.com/teroboronadonbass>

Twitter: https://twitter.com/donbass_forces

YouTube: https://www.youtube.com/channel/UCdFy0VqY6QTZmmbQbpPH0_w

Bataillon Asow

Facebook: <https://www.facebook.com/azov>
batalion

VK: <https://vk.com/club72444174>

YouTube: <https://www.youtube.com/channel/UCewl92lzIMDO8QiAYOQ2d8w>

Bataillon Ajdar

Facebook: <https://www.facebook.com/pages/Батальон-АЙДАР/1430526587216353>

VK: https://vk.com/bto_aidar

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



Weitere Informationen unter www.hss.de oder Telefon: 089/12 58-2 63

/// Im Rückblick

ITALIENS RATSPRÄSIDENTSCHAFT IM ZWEITEN HALBJAHR 2014

BERND RILL /// In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Europas gehört Italien zu den problematischen südlichen Mitgliedern der EU wie Portugal, Spanien und Griechenland. Seine turnusmäßige Übernahme der Ratspräsidentschaft in der EU für das zweite Halbjahr 2014 stand daher in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen internen ökonomischen und institutionellen Angelegenheiten, für die auch im Lande selbst ein dringender Reformbedarf artikuliert wird.

Matteo Renzi, seit 2009 Bürgermeister von Florenz, Vorsitzender des „Partito Democratico“ (PD), einer kompakten linken Formation, die erst 2007 aus der Fusion der ehemaligen Kommunistischen Partei (bereits mutiert in „Democratici di Sinistra“) und des Wahlbündnisses „Margherita“ gebildet worden war,¹ seit Februar 2014 Ministerpräsident, erweckte nach der Dynamik seiner bisherigen Karriere durchaus Hoffnungen, nicht nur Italien den erforderlichen Reformschub zu geben, sondern auch zur Überwindung der europäischen Wirtschaftskrise markante Zeichen setzen zu können. Seine PD hatte in den Wahlen zum Europäischen Parlament (22. bis 25. Mai 2014) 40,81 % der Wähler hinter sich gebracht, nachdem sie in den nationalen Wahlen vom Februar 2013 mit 25,43 % zur stärksten Partei im römischen Parlament geworden war. Bei

den Erfolgen waren für Renzis Stand in der EU wesentlich, denn sie bescherten ihm innenpolitische Stabilität, so dass er als Verhandlungspartner ernst genommen werden musste. Die spanische Zeitung „El País“ ernannte ihn gar zum „nicht zu bestreitenden Führer Europas“.²

Letzte Sitzung im italienischen Halbjahr

Das allerdings war zu viel an Vorschusslorbeeren. Danilo Taino titelte im Leitartikel des „Corriere della Sera“ vom 19. Dezember 2014: „Bescheidener Ausgang eines Semesters“ und befand zusammenfassend: „Ein Semester später, keinerlei wahre und konkrete Wendepunkte. Und 28 Partner, die uneiniger sind als vorher. Bescheidener Ausgang, man hätte es besser machen können, und man hätte das auch gemusst.“ Denn am 18. Dezember 2014 hatte in Brüssel die



Vom neuen Premierminister Matteo Renzi erwartet man sich einen für Italien dringend benötigten Reformschub.

Quelle: John Thys/AFP/Getty Images

letzte Sitzung des Europäischen Rates im italienischen Halbjahr der Ratspräsidentschaft³ stattgefunden. Auf der Tagesordnung standen nur zwei, jedoch gewichtige Punkte: der sogenannte „Juncker-Plan“ zur Schaffung eines Investitionsfonds für die Generierung von wirtschaftlichem Wachstum und von Arbeitsplätzen; ferner die Frage der Zukunft der EU-Sanktionen gegen Russland.

Bisher hat Renzi die hochgesteckten ERWARTUNGEN noch nicht erfüllt.

Der zweite Punkt sorgte für Uneinigkeit, aber es wäre unfair, dafür Renzi allein verantwortlich zu machen. Zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Hollande trat er gegen jegliche Verstärkungsoption für Sanktionen ein. „Russland sollte zu internationalen Verhandlungen wieder zugelassen werden“, sagte er. Und Hollande: „Wenn Russland die Schritte unternimmt, die wir uns erwarten, darf die EU keine neuen Sanktionen beschließen“, und man dürfe die bestehenden auch nicht verlängern. Auch: „Wir müssen sehen, wie auch wir uns für eine Erleichterung der Sanktionen einsetzen können.“ Dagegen Bundeskanzlerin Merkel: „Es liegt an Russland, unser Dialogangebot anzunehmen, und solange dieses Ziel nicht erreicht ist, sind die Sanktionen unvermeidbar.“

Renzis Parteifreundin Federica Mogherini, seit 1. November 2014 „Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“, forderte Russ-

land auf, die Abmachungen von Minsk (September 2014, Waffenruhe in der Ostukraine) „in allen ihren einzelnen Teilen“ einzuhalten. „Putin und die russische Führung sollten ernsthaft über die Notwendigkeit nachdenken, ihre Haltung gegenüber dem Rest der Welt radikal zu ändern und zu einer kooperativen Phase überzugehen.“⁴ Es bleibt abzuwarten, inwieweit ihre eindeutige Stellungnahme auf dem Brüsseler Gipfel mit der offiziellen italienischen Außenpolitik vereinbar sein wird.

Der „Juncker-Plan“

Nun zum zweiten Tagungsordnungspunkt, dem „Juncker-Plan“ – oder EFSI, Europäischer Fonds für strategische Investitionen, der in Brüssel grundsätzlich (mehr noch nicht) abgesegnet worden ist: Schon im Juli 2014 hatte Juncker, soeben zum (ab 1. November 2014 amtierenden) Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt, ein finanzielles Paket zur Förderung von Wachstum, Investitionsfähigkeit und zum Abbau der im EU-Raum erschreckend hohen Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Es sollen Investitionen von am Ende 315 Milliarden Euro angeregt werden. Die Mitgliedstaaten steuern zunächst 21 Milliarden bei: 8 Milliarden Einzahlungen, 8 Milliarden, die durch die EU garantiert sind und 5 Milliarden in Darlehen von der Europäischen Entwicklungsbank. Die 315 Milliarden der Endsumme sollen durch private Investitionen erreicht werden, aufzubringen nach einem gewissen Schlüssel in den Mitgliedsländern. Der Fonds soll im Juni 2015 einsatzbereit sein. Die zunächst aufzubringenden Summen sind laut Juncker durch den EU-Haushalt gedeckt, verursachen also keine zusätzlichen Ausgaben.

Die durchaus wesentlichen Einzelprobleme dieses Planes sind aber bei weitem noch nicht geklärt und werden Brüssel und die EU-Partner 2015 noch länger beschäftigen. Das wurde schon klar aus den einschlägigen Formulierungen im Abschlussdokument der Konferenz vom 18. Dezember 2014: Der Europäische Rat „nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission eine wohlwollende Haltung“ zu den nationalen Beiträgen für den Fonds „einnehmen wird.“ Auf Initiative von Bundeskanzlerin Merkel wurde einschränkend hinzugefügt: „[...] notwendigerweise in Übereinstimmung mit der im Pakt [dem Stabilitätspakt, Anm. d. Verf.] festgelegten Flexibilität“.⁵ Denn Renzi hatte angeregt, dass staatliche Investitionen, die zur Abstützung der Ziele des EFSI erforderlich scheinen, aus der Berechnung der staatlichen Neuverschuldung (nicht mehr als 3 % des BIP sind erlaubt) ausgenommen werden. Deutschland ist dazu aber nur bereit für die anfänglichen Einzahlungen der Staaten. Es fragt sich auch noch, wer den Fonds verwaltet wird und welche Projekte ihm zugewiesen werden sollen, die als von gemeinsamer europäischer Bedeutung einzustufen sind.

Aber Renzi hat es enthusiastisch begrüßt, dass der EFSI nunmehr auf den Weg gebracht ist, als einen „großen Er-

Der „JUNCKER-PLAN“ zur Schaffung eines europäischen Investitionsfonds (EFSI) wird von Italien befürwortet.

folg der sozialistischen Familie“. Das gibt zu denken: Jean-Claude Juncker, der den EFSI favorisiert (übrigens ebenso wie Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank), ist Mitglied der luxemburgischen „Christlich-Sozialen Volkspartei“, die ihrerseits Mitglied der „Europäischen Volkspartei“ ist, gehört also nicht zur „sozialistischen Familie“. Der Ansatzpunkt, Europa neue wirtschaftliche Dynamik zu induzieren, indem man dafür Unterstützungsfonds schafft (die Rettungsfonds für die Länder in der Euro-Zone sind eine andere Sache), ist eher bei den Sozialisten daheim. Diese stellen die zweitstärkste Fraktion im Europäischen Parlament und standen bei Junckers Wahl zum Kommissionspräsidenten auf seiner Seite. Der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament („Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten“), Gianni Pittella aus Lauria in der Basilicata, bescheinigte ihm sein Engagement für Investitionen in den Ansturm von Wachstum und Beschäftigung.

Mehr noch: Juncker war von 1989 bis 2009 Finanzminister Luxemburgs, von 1995 bis 2013 Ministerpräsident seines Heimatlandes. Die Steuerbehörden Luxemburgs haben ausländischen Firmen (auch) in dieser Zeit verbindliche Zusagen erteilt, ihre Steuerpflichten bei Anmeldung in diesem Land erheblich zu reduzieren. Damit ist möglicherweise europäisches Beihilferecht verletzt worden. Juncker braucht das Wohlwollen der „Progressiven Allianz“, um eventuellen Schaden aus dieser Vergangenheit für seine politische Karriere zu vermeiden.

Dass solche taktisch-persönlichen Überlegungen alles andere als nebensächlich sind, zeigt auch das Zustande-

kommen der ab 1. November 2014 neu konstituierten Europäischen Kommission. Wenn die „sozialistische Familie“ sich für den christlich-sozialen Juncker als Kommissionspräsidenten einsetzte, erwartete sie dafür ein Entgegenkommen der Konservativen. Also musste der Vizepräsident sozialistisch besetzt werden, nämlich mit Federica Mogherini, die dieses Amt als „Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ ex officio ebenfalls innehat (Artikel 17 Absatz 4 EUV). Dazu musste Mogherini erst einmal „Hohe Vertreterin“ werden, und Renzi setzte das mit einigem Druck durch, wobei ihm seine europaweiten sozialistischen Verbindungen, nicht zuletzt zu Präsident Hollande, hilfreich waren. In diesem Zusammenhang wohl gelang es Präsident Hollande, seinen Finanzminister Pierre Moscovici als EU-Kommissar für Wirtschafts- und Währungsfragen durchzusetzen.

Die ÄMTER in der neu gewählten Europäischen Kommission wurden nach taktischen Überlegungen besetzt.

Immerhin ist der EFSI kein großangelegtes Programm zur staatlichen Finanzierung, um Europa wieder auf Wachstumskurs zu bringen, sondern sieht nur eine geringe, stabilitätsneutrale staatliche Beteiligung vor, sofern der Abstrich vom Haushaltsdefizit nicht auf begleitende staatliche Investitionen ausgedehnt wird. Es handelt sich also um einen Kompromiss mit der besonders von Deutschland vertretenen Auffassung, dass nur ein rigoroser Sparkurs, mit daraus folgender Sanierung des Haushalts, der Euro-Zone aufhelfen kann.

Italiens Wirtschaftsminister Padoan legt mehr Wert auf WACHSTUM denn auf Stabilität.

Italienische Haushaltsdisziplin

Die Vorschriften des Stabilitätspaktes von 1997 und des diesen ergänzenden Fiskalpaktes von 2011 erlegen eine Haushaltsdisziplin auf, die Renzi, besonders bezogen auf die Grenze der Neuverschuldung für 3 % des BIP, kurz vor der Übernahme der Ratspräsidentschaft als „anachronistisch“ bezeichnet hat. Sein Schatz- und Wirtschaftsminister Pier Carlo Padoan forderte „ein Ende der sterilen Debatte für und gegen die Austerität“. Europa brauche eine gemeinsame Politik für Wachstum und Investitionen, mit dem Akzent: „Sobald die privaten Investitionen zunehmen, ist das ein Zeichen, dass wir die Krise hinter uns lassen.“⁶ Eine Kurzformel trug er auch vor: „Für die Staaten strenge Disziplin, für die EU Wachstum.“ Möglicherweise handelt es sich da um die Quadratur des Kreises. Jedenfalls war damit die Zielrichtung für das Wirken der Ratspräsidentschaft vorgezeichnet: eine Präferenz für wachstumsfördernde Maßnahmen und eine Verdrängung von Gesichtspunkten der Stabilität in die zweite Reihe.

Aber in seiner Rede vom 24. Juni 2014 vor dem römischen Abgeordnetenhaus erkannte Renzi das 3%-Kriterium ausdrücklich an. Dabei vergaß er nicht zu erwähnen, dass es gerade Deutschland gewesen war, das zu Zeiten von Bundeskanzler Schröder dieses

Kriterium verletzt hatte. „Wir, die Regierung, wir haben stets gesagt, dass wir die Regeln respektieren, aber es gibt zwei verschiedene Arten, die Frage der Regeln und den Respekt vor diesen anzugehen. Ich sage deutlicher: Es gibt Propheten und Priester des Rigorismus und der Austerität, die uns heute erklären, wie es absolut unmöglich sei, irgendein Komma in den Regeln des Spiels zu modifizieren [...], eben diese Priester und Propheten, diese Vestalinen [meinte er damit die Bundeskanzlerin? – Anm. d. Verf.] des strengen und technokratischen Rigorismus möchte ich untertänigst daran erinnern, dass, als Italien das letzte Mal das Halbjahr der europäischen Ratspräsidentschaft leitete – das war 2003, zwei Länder verlangten, die 3 % zu überschreiten, ich wiederhole es: zwei Länder, und sie erhielten die Erlaubnis dazu: Deutschland und Frankreich; und ich nehme von außen wahr, dass die außerordentliche Zeit der Reformen, die von Schröder in Deutschland eingeleitet wurde, es Deutschland erlaubt hat, der Krise die Stirne zu bieten, heute, in viel stärkerer Weise, als das allen anderen gelingt.“⁷

Italiens Reformbedarf

Dann kam Renzi auf die inneren Reformen im Lande zu sprechen, denn er konnte in Europa nur glaubwürdig auftreten, wenn er Italien die verschiedenen infrastrukturellen und institutionellen Voraussetzungen zu geben versuchte, die es als Rahmenbedingungen für neuen wirtschaftlichen Aufschwung dringend brauchte. Bei Regierungsantritt hatte er euphorisch von einer nun anbrechenden Reformära von 100 Tagen gesprochen, doch am 24. Juni 2014, vor dem Abgeordnetenhaus, machte er dar-

aus drei Jahre, bis Ende Mai 2017. Dahinter steckte auch sein Wille, seine reformorientierte Regierung nicht so schnell in den Abgrund von vorgezogenen Neuwahlen stürzen zu lassen, wie dies in der innenpolitischen Debatte von manchen seiner Gegner bisweilen beschworen wurde – eine Perspektive, die ihm gerade auch für die ordnungsgemäße Abwicklung der Ratspräsidentschaft wichtig sein musste.

Am 2. Juni 2014 hatte die Europäische Kommission Italien acht Empfehlungen zur Sanierung des Haushaltes übermittelt. Die Zeitung „La Repubblica“ will erfahren haben, dass die Kommission ursprünglich eine Verschiebung

Aus Renzis 100 Tagen der REFORM wurden 3 Jahre.

des Haushaltsausgleichs auf 2015 nicht akzeptiert habe.⁸ 132,6 % des BIP entsprach mehr als doppelt so viel, als nach dem Maastrichter Vertrag erlaubt ist. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug Anfang 2014 42,4 %. Die Industrieproduktion ist seit 2007 um ein Viertel zurückgegangen. Seit 2004 ist die Produktion von Automobilen, einst mit ihren Welt- und Luxusmarken der Stolz des Landes, um mehr als die Hälfte gesunken. Fiat ist dabei, Italien zu verlassen und seinen Hauptsitz in den Niederlanden aufzuschlagen. Die italienischen Banken verzeichnen „notleidende“ Kredite (definiert durch Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen) in Höhe von über 160 Milliarden Euro, insgesamt bestehen bei ihnen über 1,6 Billionen privater Schulden, sie zögern mit Krediten für die Privatwirtschaft und kaufen immer mehr Staatsanleihen.⁹

Nach der Europäischen Kommission bestehen folgende Hindernisse für Italiens Verlassen der Stagnation: die aufgeblähte Staatsschuld (siehe zuvor), der zu starke Steuerdruck auf den produktiven Faktoren, die lahrende öffentliche Verwaltung, die keine Reformanstöße umsetzen kann, das ineffektive Justizsystem (5,2 Millionen anhängige Verfahren, dreieinhalbmal längere Abwicklungsdauer als in Deutschland), was dem Investitionsklima abträglich ist, der unkorrekte Umgang mit EU-Mitteln, besonders im Mezzogiorno, das „erhöhte Niveau an Korruption“, die vielen maroden Bankkredite (siehe zuvor), die den Banken die Vergabe von weiteren Krediten für mittelständische und kleine Betriebe verleiden; die über dem EU-Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit, das Ansteigen der Arbeitskosten pro Produkt-Einheit, mit daraus folgenden Nachteilen für die Wettbewerbsfähigkeit; im Ausbildungsbereich zu viele Schulabgänger ohne Abschluss, niedriges Niveau der universitären Lehre; Nachlassen der „sozialen Kohäsion“, d. h. immer größerer Armutssektor; zu wenig Konkurrenz und Effizienz im Anwaltswesen, bei der Post, den Versicherungen, Transporten und in der Telekommunikation. Schließlich: zu wenig Investitionen in die Forschung, um italienische Produkte innovativ und konkurrenzfähig zu machen.¹⁰

Man könnte an Mängeln hinzufügen: die hohen Kosten für die „Kaste“ (la casta) der Politiker und allerlei öffentlicher Mit-Entscheidungssträger, auf der Ebene des Staates, der Regionen, Provinzen und Kommunen ... Und noch etwas: das bereits gemäß den Vorgaben der Verfassung ineffiziente System der Legislative, das zügiges staatliches Handeln erschwert: Gemeint ist der „perfek-

te Bikameralismus“, nach dem sowohl Abgeordnetenhaus als auch Senat gleichberechtigte Gesetzgeber sind, was die Geschwindigkeit der Gesetzgebung erheblich drosselt. Angesichts der Krise kann tatsächlich eine Besonderheit des nationalen Verfassungsrechts europapolitische Relevanz erhalten.

Für den VERSCHLANKTEN Senat hat Renzi die Anzahl der Senatoren um fast 70 % reduziert.

Das Problem wurde schon bald nach dem Inkrafttreten der Verfassung (1. Januar 1948) erkannt. Alle bisherigen Regierungen haben es umgangen; der Regierung Renzi gebührt das Verdienst, es einer Lösung zugeführt zu haben. Die ursprünglichen 315 Senatoren sind auf 100 reduziert worden, die aus den Regionen heraus auf sieben Jahre gewählt werden (74 Regional-„Consiglieri“ und 21 Bürgermeister, dazu noch 5 „personalità illustri“, die der Staatspräsident ernennt), die Position des „Senators auf Lebenszeit“ ist abgeschafft. Der so verschlankte Senat darf keine Vertrauensabstimmungen mehr abhalten; zu Gesetzesvorhaben ist er auf (nicht obligatorische) Stellungnahmen beschränkt, mit einigen Ausnahmen: bei Verfassungsänderungen, internationalen Ratifizierungen, Referendumsgesetzen, familienrechtlichen und Eheangelegenheiten und in Sachen des Gesundheitswesens.

Noch zwei, hier nur kurz zu erwähnende Änderungen in der Staatsordnung sollen zu höherer Effizienz und zu geringeren Kosten führen: Die konkurrierende (hier nicht im Sinne des deutschen Bund-Länder-Verhältnisses gemeinte) Gesetzgebung zwischen dem

Zentralstaat und den Regionen ist durch einen klaren Kompetenzkatalog entwirrt worden. Da hatte es viele lähmende Streitereien um die Zuständigkeit gegeben. Auch wurden die Provinzen als administrative Einheiten zwischen den Regionen und den Kommunen abgeschafft, die frei werdenden Kompetenzen auf andere Gebietskörperschaften umverteilt (Renzi hatte seine politische Karriere 2004 als Präsident der Provinz – nicht der Kommune – Florenz begonnen, damals eben erst 29 Jahre alt).

Im konstitutionellen Bereich zu erwähnen ist auch das – noch nicht abgeschlossene – Projekt einer Wahlrechtsreform, die (idealiter) der Zersplitterung der politischen Kräfte im Abgeordnetenhaus abhelfen und damit der Handlungsfähigkeit einer zukünftigen Regierung dienen soll. Da die Verhandlungen darüber begreiflicherweise noch kontroverser als die über andere Projekte sind, zudem noch in die Rangeleien der Parteien im Vorfeld der für Anfang 2015 anstehenden Wahl eines neuen Staatspräsidenten hineinfallen (Giorgio Napolitano hatte am 31. Dezember 2014 öffentlich seine Absicht des vorzeitigen Rücktrittes bekanntgegeben), müssen sie für den zeitlichen Rahmen dieses Beitrages außer Betracht bleiben.

Die Justizreform betraf auch materielle und prozessuale Fragen des Strafrechts. Hier soll es nur um das investitionspolitisch wichtige Recht des Zivilprozesses gehen. Erklärtes Ziel ist, die Prozessdauer auf maximal drei Jahre herabzudrücken. Neue Normen gegen leichtfertiges Prozessieren mit offenbar unbegründeten Ansprüchen. Dazu Ausdehnung der auch ohne einen Einsatz des Richters möglichen Verfahren, so bei Scheidungen und Trennungen, wo keine minderjährigen Abkömmlinge

mitberücksichtigt werden müssen; die Schaffung von Gerichtshöfen, die auf Materien der Wirtschaft spezialisiert sind, etwa für den Rechtsstreit zwischen großen Unternehmen. Die Idee wurde schon unter der Regierung Monti (November 2011 bis April 2013) auf den Weg gebracht und soll nunmehr beschleunigt verwirklicht werden.

Deblockiere Italien!

Ein ganzes Bündel von unmittelbar ökonomisch relevanten Maßnahmen enthielt das Dekret vom 12. September 2014, das den pathetischen Titel „Sblocca Italia!“ (Deblockiere Italien!) bekam und in der anschließenden, verfassungsmäßigen Zweimonatsfrist mit nicht wenigen Modifikationen Gesetzeskraft erlangte.¹¹ Nach Artikel 1 Nr. 1 enthält es „dringende Maßnahmen für die Eröff-

Die geplante WAHLRECHTSREFORM soll die Regierung schneller handlungsfähig machen.

nung von Bauvorhaben, die Verwirklichung der öffentlichen Arbeiten, die Digitalisierung des Landes, die bürokratische Vereinfachung, für Notmaßnahmen der Probleme im hydrogeologischen Bereich und für den Aufschwung der produktiven Aktivitäten [...]“. Also ein ziemlich disparater Katalog, den man jedoch in seinem Gestus des Zupackens den Regierungen vor Renzi nicht hat zutrauen können. Renzi selbst verteidigte den Katalog, der sofort von der

Arbeitgebervereinigung „Confindustria“, dem italienischen Pendant zum deutschen BDI, als nicht besonders effektiv eingeschätzt wurde, als eine maßvolle Reform „Schritt für Schritt“ – bei Antritt seines Amtes hatte er sich noch viel ungeduldiger präsentiert.

Die stark ausgeprägte Interessenvertretung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die mit der politischen „Kaste“ in Rom durch ein eingespieltes und immer wieder verfeinertes Netzwerk verflochten ist, macht in Italien jegliche ernsthafte Reformanstrengung zu einer Sisyphos-Arbeit. Gäbe es die ungeliebten, aber nicht abzuschüttelnden Interventionen seitens der EU nicht, verbunden mit den manifesten Anforderungen der aktuellen Wirtschaftskrise, wer weiß, ob Renzi auch nur das Stückwerk des Dekretes-Gesetzes „Sblocca Italia“ hätte durchsetzen können.

Worum ging es da im Einzelnen? Wer sein Häuschen umbauen will, braucht dazu keine spezielle Genehmigung mehr. Es genügt eine Bekanntgabe an die örtliche Baubehörde. Ein Plan, die Produkte des „Made in Italy“, von der Mode bis zu den Lebensmitteln, im Ausland stärker zu fördern. Bis zum 1. November 2015 sollen die Baumaßnahmen für zwei Bahn-Hochgeschwindigkeitstrassen beginnen: Neapel-Bari und Palermo-Messina-Catania. Mehr Investitionen der privaten Betreiber von Autobahnen, wobei die Konzessionen revidiert und eventuell verlängert werden. Gleichzeitige Dämpfung in der Steigerung der Benutzungstarife (bei der Steigerung an sich, alle Jahre wieder, bleibt es aber). Das Gesamtvolumen der so angeregten Investitionen könnte sich auf 10 Milliarden Euro belaufen. Eine gänzlich neue Autobahn („Nuova Roma“ – der Pilgerweg nach Rom nannte

sich „strada romea“), die bei Orte von der „Autostrada del Sole“ abzweigt und über Perugia und Ravenna nach Venedig-Mestre führt, um einen glatten Apenninen-Übergang von Rom nach Nordosten zu eröffnen, soll nach dem Wunsch der Region Veneto, einer der wirtschaftsstärksten Italiens, schon 2015 begonnen werden. Aufstockung

Der römische Senat verabschiedete im November 2014 das Dekret „Sblocca Italia“ zur Erleichterung von unterschiedlichen **GESETZEN.**

der Mittel für die „Cassa Integrazione Guadagno“. Das ist eine euphemistische Benennung: „Kasse zur Integrierung von Gewinnen“, nämlich zur Entlastung der Arbeitgeber, die ihre Lohnverpflichtung auch in den Fällen beibehalten müssen, wenn ihre Arbeitnehmer nicht oder nur kurzarbeiten. Die „Cassa Depositi e Prestiti“ (Kasse für Depots und Kredite) bestand schon vor der nationalstaatlichen Einigung im Königreich Piemont-Sardinien. Sie unterstützt die Finanzierung öffentlicher Vorhaben und soll an vergleichbare Institutionen in Europa zwecks Steigerung ihrer Effizienz angeglichen werden.

Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

Auch hat sich die Regierung Renzi in ein Projekt verstrickt, das als zentral für einen flexiblen Arbeitsmarkt angesehen wird und auch schon von der Europäischen Kommission angemahnt worden

ist: die Lockerung der Unkündbarkeit der Arbeitnehmer, sofern sie einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben. Artikel 18 des „Statuto dei Lavoratori“ (Gesetz n.300/1970), einer Art Arbeitsgesetzbuch, wie es in Deutschland fehlt, und das dezidiert dem Schutz der Arbeitnehmer verpflichtet ist, erlegt dem Arbeitgeber auf, dass er seinen Arbeitnehmer bei ungerechtfertigter Entlassung wieder einstellen muss. Dieser Grundsatz wird jedoch nach Auffassung der Arbeitgeber von den Gerichten viel zu weitgehend angewendet, indem sie, mitunter auch aus ideologischen Gründen, das Merkmal „ungerechtfertigt“ sehr frei interpretieren. Das Ergebnis war eine faktische Arbeitsplatzgarantie und Hemmung der unternehmerischen Freiheit, was nicht nur in Wirtschaftskreisen als Wachstumsbremse wahrgenommen wurde. Nun soll das Wiedereinstellungsgebot nur noch gelten, falls die Entlassung diskriminierend gewesen ist oder aus ungerechtfertigten disziplinarischen Gründen erfolgt ist. Das war den Arbeitgebern zu wenig und den Gewerkschaften sowie Teilen des „Partito Democratico“ zu viel.

Renzis Verhältnis zu den eifersüchtig ihren Besitzstand währenden Gewerkschaften, besonders zu deren nationalem Bund CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro), trübte sich nicht nur wegen dieses Reformschrittes, sondern auch wegen seiner Ablehnung von Forderungen des CGIL, die nach Auffassung der Regierung den Haushalt, dessen Neuverschuldung von Brüssel genau überwacht wird, unverträglich belasten würden. Der fundamentale Dissens zwischen der CGIL und dem PD, der traditionell eigentlich auf die Unterstützung der Gewerkschaften festgelegt ist, mag Renzi in seiner Reform-

agenda, also auch auf europäischer Ebene, noch schwer zu schaffen machen.

Bereits zu Beginn der italienischen Ratspräsidentschaft war abzusehen, dass „Europa“ sich nicht dazu bestimmen lassen würde, an EUV und AEUV, an Stabilitäts- und Fiskalpakt Änderungen vorzunehmen, die für Renzi geeignet erscheinen mochten, der andauernden wirtschaftlichen Stagnation des Landes abzuwehren. Auch Modifikationen des ESM (Europäischer Stabilitäts-Mechanismus) – dass dieser zur Finanzierung besonderer Investitionen von gemein-europäischem Interesse herangezogen werden konnte – schieden aus. Ebenso die Einführung von „Eurobonds“, der Emission von Titeln durch die Gesamtheit der EU-Partner. Die vielbesprochene „Energie-Union“ wäre voranzubringen durch Investitionen in die einschlägige Infrastruktur, doch woher sollte das Geld dafür kommen, da auch eine Steigerung des EU-Haushaltes außerhalb der Möglichkeiten liegt.

Eine Lockerung im KÜNDIGUNGSSCHUTZ ist ein weiterer Reformschritt.

Renzi verlegte sich gegenüber Brüssel darauf, immer wieder eine Flexibilisierung der Haushaltsregeln zu fordern. Doch bald musste er die Erfahrung machen, dass sein jugendlicher Dynamismus in Brüssel nicht verfiel. Er hatte seinen Anfangsbonus überschätzt. Von einer Solidarität mit den anderen notleidenden Mittelmeer-Anrainern war auch nichts zu erhoffen, auch Frankreich, das ähnliche Probleme wie Italien hatte, taugte nicht als Verbündeter. Wirtschaftsminister Padoa-Schioppa überzeugte ihn, dass nur substantielle strukturelle Re-

formen in Italien selbst diesem in Brüssel Autorität verschaffen könnten. Hatte Renzi gedacht, es sei mit den institutionellen Reformen getan? Diese aber waren per se nicht ausreichend und konnten vor allem innenpolitisch nicht so schnell verwirklicht werden, dass sie als Leistungsbilanz schon zu Beginn der Ratspräsidentschaft vorzeigbar waren.¹²

Haushaltsdefizit

Da es auch ökonomisch nicht voranging und die Wirtschaft weiter schrumpfte, beschlossen Renzi und Padoan, die europäischen Bestimmungen zu missachten, die eine jährliche Reduzierung des Haushaltsdefizits um 0,5 % des Haushaltsdefizits vorschreiben. Es sollte sogar um weitere 0,7 % des BIP ausgeweitet werden, bei erneuter Steigerung der Staatsverschuldung. Am Ende war man bei der Prognose von lediglich 0,1 % der Senkung des Haushaltsdefizits. Padoan ließ nicht gelten, dass an dieser Entwicklung der Mangel an Strukturreformen schuld sei, sondern verwies als Ursache auf die schlechte Entwicklung der internationalen Konjunktur. Ein ausgeglichener Haushalt sei frühestens 2017 möglich. Frohgemut sagte Renzi: „Der Haushalt wird in Rom gemacht und nicht in Brüssel.“¹³ Wichtiger war für ihn die Prognose, dass 2015 die steuerliche Belastung für die heimische Wirtschaft um 18 Milliarden Euro sinken werde. Er legte Wert auf Maßnahmen, die ihm innen-

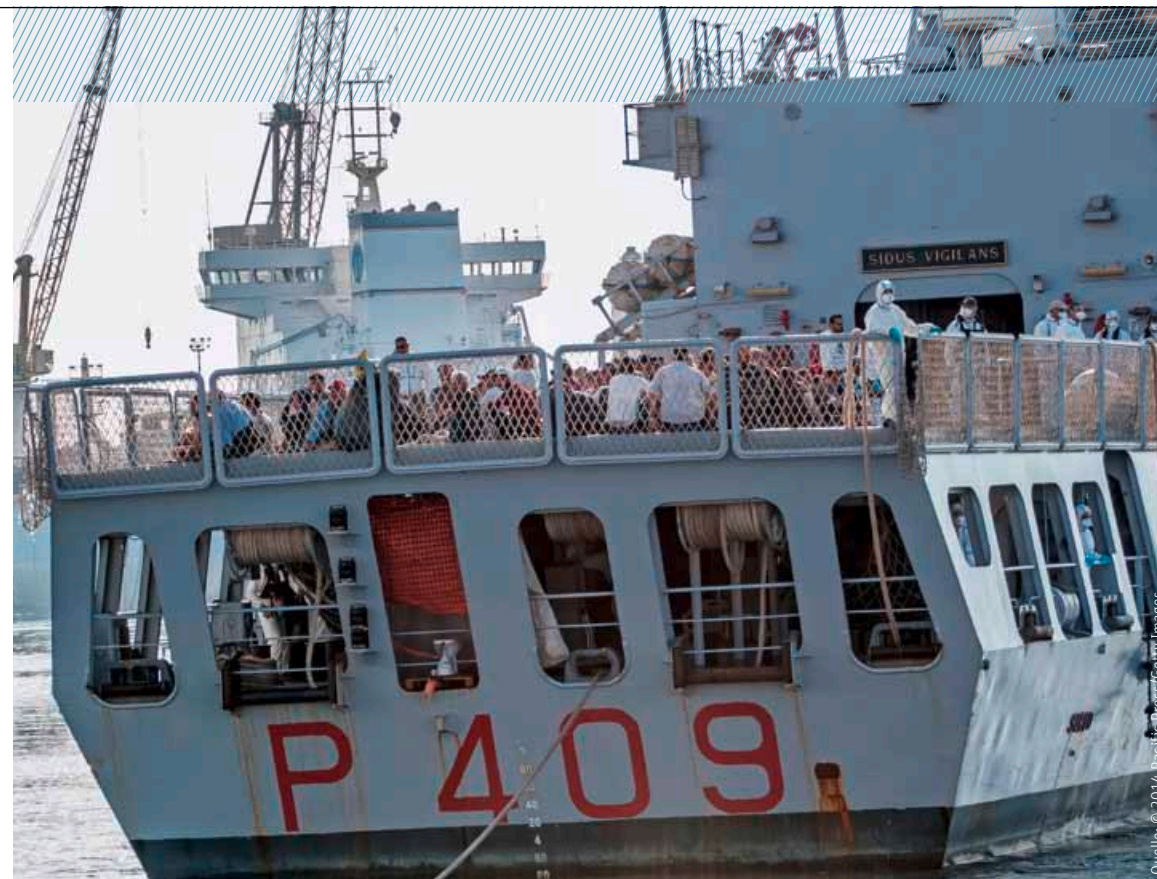
politisch Punkte bringen, um im Übrigen die EU schädlicher Ingerenzen in den nationalen Bereich zu bezichtigen.

Die Brechung der Stabilitätsvorgaben konnte ein Strafverfahren gegen den betreffenden Staat nach sich ziehen. Doch am 29. Oktober 2014 verlaute aus der Kommission, was man nach der bisherigen milden Praxis hatte erwarten dürfen: Kein Staat habe die Regeln schwer genug verletzt, dass man unmittelbare Maßnahmen ergreifen müsse. Das war, nachdem Renzi am 24. Oktober erklärt hatte, sogar die Gründerväter der EU würden heutzutage Europa-

Trotz erneut hoher **STAATSVERSCHULDUNG** verhängte die EU über Italien keine Sanktionen.

Skeptiker werden, wenn sie die EU-Bürokraten kennenlernten. Kaum war Juncker am 1. November als Kommissionspräsident installiert, schlug er zurück (auf englisch): „Ich muss meinem guten Freund Matteo Renzi sagen, dass ich nicht der Vorsitzende einer Bande von Bürokraten bin.“ Das änderte an der Beliebtheit des anti-bürokratischen Diskurses in Renzis Rhetorik natürlich nichts. Am 30. Dezember 2014 sagte er bei seinem Besuch in der albanischen Hauptstadt Tirana: Europa „soll aufhören, der Ort der Bürokratie zu sein, es soll vielmehr der Ort der Hoffnung sein, wie wir es zu schaffen versucht haben in diesem Semester [...]“.¹⁴

Die Auseinandersetzung um die Stabilitätskonformität des Haushaltes Italiens wird 2015 (und wer weiß, wie lange noch) fortgesetzt werden. Im Januar 2015 hat die Kommission eine „neue Flexibilität“ verkündet, die Italien sich



Im Rahmen der Hilfsaktion „Mare Nostrum“ hat Italien im vergangenen Jahr mehr als 100.000 Flüchtlinge auf offener See gerettet.

als Erfolg seiner Ratspräsidentschaft zu rechnet.¹⁵ EZB-Präsident Mario Draghi hat angekündigt, dass die EZB, der die Stützung der Haushalte ihrer Mitgliedsländer satzungsgemäß gerade nicht obliegt, staatliche Obligationen (indirekt) anzukaufen gedenke. Da liegt das Argument nahe, dass das ein schlechter Anreiz für diejenigen Mitglieder ist, die ihre erforderlichen Strukturreformen immer noch verschleppen. Der „Juncker-Plan“ könnte einen ähnlichen Effekt haben. Nennen wir Draghis Absicht eine Spielart von „Flexibilität“, dann eröffnet diese für die Zukunft die Möglichkeit, dass das entsprechende italienische Drängen in der nun abgelaufenen Ratspräsidentschaft auf europäischer

Ebene später doch noch Ergebnisse bringen wird.

In seiner Abschlussrede vor dem Europäischen Parlament am 14. Januar 2015 ließ Renzi es an Selbstbewusstsein nicht fehlen: „Wenn man das, was man für die Flexibilisierung der Haushaltsbewertung und für die Investitionen in sechs Monaten erreicht hat, schon in den sechs vorangegangenen Jahren gemacht hätte, dann befände Europa sich nicht fast in Deflation.“¹⁶ Renzi hat in Tirana auch sinngemäß gesagt, Europa müsse sich erweitern, denn Italien sei der „erste Sponsor“ des EU-Beitrittes Albaniens. Dieses Auftreten hat doch zumindest den Verdienst, die europäische Aufmerksamkeit jen-

Die EU erwartet von Italien
substanzielle **STRUKTURREFORMEN**.

seits der ökonomischen Querelen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den westlichen Balkan an die EU heranzubringen.

„Mare Nostrum“ und „FRONTEX“

Italien ist im Mittelmeer auch durch die massive Belastung involviert, die die beständigen Flüchtlingsströme aus Afrika und aus dem Orient und deren Anlanden an den Küsten Siziliens und des Ionischen Meeres mit sich bringen. Seit Herbst 2013 hat Italien eine groß angelegte Rettungs- und Versorgungsaktion unter dem – etwas befremdlichen, weil an altrömischen Imperialismus gemahnenden – Namen „Mare Nostrum“ gestartet. Schon im amtlichen Programm der Ratspräsidentschaft hatte es geheißen: „Die Präsidentschaft wird den Rat ermutigen, die eigenen Aktivitäten auf die Höhe der Situation zu erheben (so versteht der Autor hier den Ausdruck „aggiornare“)¹⁷, und beruft sich dabei auf die im Oktober 2013 eingerichtete „Task Force für das Mittelmeer“, wofür die Europäische Agentur zur Führung der operativen Kooperation an den Außengrenzen (= FRONTEX), Europol und die Europäische Agentur zur Unterstützung des Asyls (EASO) heranzuziehen sind.

Im August 2014 hat Italien angekündigt, „Mare Nostrum“ auslaufen zu lassen, weil es sich auf Dauer überlastet fühlt. Die Aktion wurde ab 1. November 2014 abgelöst durch die europäische Aktion „Triton“ im Rahmen von FRONTEX, mit einem Drittel des monatlichen Budgets, das Italien für „Mare Nostrum“ aufgebracht hat. Dementsprechend steht der unmittelbare Grenzschutz im Vordergrund, ohne ausladende Operationen wie bisher, bis knapp vor die nordafrikanische Küste. Diese

willkommene Entlastung kann allerdings nur bedingt als ein Erfolg der italienischen Ratspräsidentschaft in eigener Sache bezeichnet werden, denn sie entsprach der Willensbildung der europäischen Gremien, die bereits im Herbst 2013 eingesetzt hatte. ///



/// BERND RILL

ist ehemaliger Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

- ¹ Hierzu: Köppl, Stefan: Politik in Italien: Vom Kartell zum Wettbewerb?, Baden-Baden 2011, S. 117.
² El País, 30.5.2014, zitiert in: Laudani, Raffaele: Matteo Renzi, un certain goût pour la casse, in: Le Monde Diplomatique, Juillet 2014, S. 5.
³ „Ratspräsidentschaft“ bedeutet nach Art. 16 Abs. 1 EUV den Vorsitz im Rat der Minister der Mitgliedsstaaten, dem ehemaligen „Ministerrat“, der nunmehr gemeinsam mit dem Europäischen Parlament die Haushaltsbefugnis hat und der Gesetzgeber der Union ist, ferner die Politik festlegt und sie nach Maßgabe der Verträge koordiniert. Der „Europäische Rat“ setzt sich nach Art. 15 EUV u. a. aus den Staats- und Regierungschefs der Union zusammen und ist das politisch leitende Organ.
⁴ Die wörtlichen Zitate sind vom Autor übersetzt aus: Contenere Mosca, ma non troppo – Europa spaccata sulle sanzioni, in: Corriere della Sera, 19.12.2014.
⁵ Wörtliche Zitate vom Autor übersetzt aus: OK al „piano Juncker“. Nel duello con la Merkel Renzi ottiene la flessibilità, in: La Repubblica, 19.12.2014.
⁶ Nach: Italiens Finanzminister will nicht mehr übers Sparen reden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.2014.
⁷ Vom Autor übersetzt aus: Renzis Rede vor der Camera dei Deputati, dem römischen Abgeordnetenhaus, am 24.6.2014, nach der stenographischen Mitschrift.

- ⁸ La Repubblica, zitiert in: Italiens Finanzminister will nicht mehr übers Sparen reden.
⁹ Zahlen und Angaben nach: Weik, Matthias / Friedrich, Marc: Der Crash ist die Lösung – warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten, Köln 2014, S.147 ff.
¹⁰ www.maurovarottoblog.wordpress.com/2014/06/06le-raccomandazioni-di-politica-economica-della-commissione-europea-indirizzata-allitalia-per-il-2014-2015:lanalisi-della-situazione-economica, Stand: 4.1.2015.
¹¹ Modifizierter Text abrufbar unter: Legge 11 novembre 2014, n. 164; Zitat nach der Übersetzung des Autors; Text des Dekrets vom 12.9.2014: decreto legge n. 133 del 12 settembre 2014.
¹² Hierzu: Francoforte e la spinta sulle riforme: ora Bruxelles usi tutti i suoi poteri, in: Corriere della Sera, 9.8.2014.
¹³ Italien riskiert offenen Konflikt über die Haushaltspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.10.2014.
¹⁴ Nach: Renzi in Albania: Senza Tirana UE perde grande occasione, in: Il Tempo, 30.12.2014.
¹⁵ Einzelheiten in: Il patto di stabilità UE diventa più flessibile – Investimenti fuori dal calcolo per il deficit, in: La Stampa, 13.1.2015.
¹⁶ Nach: Renzi: L'UE ha cambiato direzione. Nuove regole, legge di stabilità salva, in: La Stampa, 14.1.2015.
¹⁷ Vom Autor übersetzt aus: Europa – un Nuovo Inizio. Programma della Presidenza Italiana del Consiglio dell'Unione Europea, 1 Luglio-31 Dicembre 2014.

/// 51. Sicherheitskonferenz München

„EIN SPEZIELLER ORT“ – WOMEN’S BREAKFAST

CLAUDIA SCHLEMBACH /// Im Rahmen der 51. Sicherheitskonferenz in München vom 6. bis 9. Februar 2015 fand am 7. Februar im Prinz-Carl-Palais zum fünften Mal das mittlerweile schon traditionelle „Women’s Breakfast“ mit Federica Mogherini, der neuen Außenbeauftragten der Europäischen Kommission, als Key-Note-Speakerin statt.

Es ist 6:15 Uhr am Samstagmorgen. Der Busfahrer folgt dem Polizeiauto von der Staatskanzlei direkt durch die Münchner Innenstadt – entlang der Trambahn vorbei am Hotel Vier Jahreszeiten, am Nationaltheater, Richtung Bayerischer Hof. Die Polizeisperre zeigt: Die Münchner Sicherheitskonferenz hat begonnen.

Beim Women’s Breakfast treffen sich jährlich die **TOP-ENTSCHEIDERINNEN** im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zum Gedankenaustausch.

Fast 4.000 Polizeibeamte stellen unter Beweis, wie sie eine Hundertschaft von Ministerinnen und Ministern sowie Präsidentinnen und Präsidenten und viele weitere hochrangige Persönlichkeiten vor Angriffen schützen. Der Busfahrer kennt das, aber er versteht nicht, warum man die armen Damen so früh aus

dem Bett holt, für ein Frühstück, das nur eine gute Stunde dauern wird.

Dieses sogenannte Women’s Breakfast ist kein Rahmenprogramm für die Partnerinnen der männlichen Konferenzteilnehmer. Es ist ein exklusives Treffen der Top-Entscheiderinnen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Federica Mogherini, die neue Außenbeauftragte der Europäischen Kommission, die an diesem Tag 99 Tage im Amt ist, spricht die Key-Note. Madeleine Albright, die ehemalige Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika, kommentiert und Ursula von der Leyen lauscht gespannt von einer mit Seide ausgeschlagenen Bank in dem wunderschönen Empfangssaal des Prinz-Carl-Palais. Neben Staatsministerin Beate Merk, der Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Ursula Männle, der schwedischen Außenministerin Margot Wallström, der kroatischen Außenministerin und stellvertre-



Nicht nur ein Frühstückstreff – Top-Entscheiderinnen wie Madeleine Albright, Federica Mogherini, Sylke Tempel, Ursula von der Leyen, Beate Merk, Ursula Männle (v.l.) und andere mehr kamen zum traditionellen morgendlichen Gedanken- und Meinungs austausch am 7. Februar 2015 im Prinz-Carl-Palais zusammen.

tende Premierministerin Vesna Pusić, der norwegischen Verteidigungsministerin Ine Eriksen Søreide und vielen weiteren.

„Ach so, ja dann ist das etwas anderes, dann macht das Sinn“, erkennt der Busfahrer und lacht über die Idee, in Zukunft die Partner der Konferenzteilnehmerinnen durch München zu fahren. Aber einen völligen Umkehrschub will niemand der geladenen Frauen. Als das Women’s Breakfast vor fünf Jahren das erste Mal stattfand, ging es explizit darum, Frauen zu motivieren, sich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu engagieren. Der Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, Bot-

schafter Wolfgang Ischinger, hat dieses Vorhaben vom ersten Moment an unterstützt, nicht zuletzt auch deshalb, wie er damals vor dem männerdominierten Auditorium erklärte, weil er den Auftrag „von höchster Stelle“ bekommen habe. Bundeskanzlerin Merkel war wohl nicht gemeint, aber damals war auch seine Frau Teilnehmerin des Frühstücks ...

Im fünften Veranstaltungsjahr ist das Women’s Breakfast als einziges von fast 200 „side-events“ im Veranstaltungskatalog der Münchner Sicherheitskonferenz nun ganz offiziell aufgenommen und es ist unverkennbar: Die Münchner „Siko“ ist in diesen fünf Jahren weiblicher geworden. Als Hillary

Rodham Clinton 2012 mit ihrer Key-Note im Prinz-Carl-Palais die Veranstaltungsidee krönte, meinte sie: „Ich konnte nur ein paar wenige Farbtupfer in dem Heer von grauen Anzügen ausmachen.“ Damals waren es 37 Frauen, die an der Siko teilnahmen, 2015 waren schon 147 geladen.

Wie alle Key-Note-Speakerinnen referierte auch Hillary Clinton über knallharte Politik-Themen, bezog aber auch explizit Stellung dazu, warum es notwendig sei, mehr Frauen in den Sicherheitsbereich zu integrieren und diese Mischung ist bis heute geblieben. Aber die Atmosphäre hat sich geändert. Die Frauen treten inzwischen nicht nur selbstbewusster auf, um auf Augenhöhe mit den Männern zu sein – sie sind auch selbstbewusst. Es gibt zwar nicht allzu viele weibliche Vorbilder, sogenannte „Role Models“, auf deren Bedeutung Prof. Ursula Männle, die Vorsitzende

Frauen orientieren sich an „ROLE MODELS“ und werden zunehmend selbstbewusster.

der Hanns-Seidel-Stiftung, in ihren Begrüßungsworten hinweist, aber es werden mehr und es wird deren Kooperationsbereitschaft genutzt.

Madeleine Albright ist ein solches „Role Model“. Sie war in ihrer Amtszeit eine einsame Streiterin im Heer der grauen Anzüge, und sie weist in ihrer Rede sehr charmant und witzig auf spezifisch weibliche Positionen, um nicht

zu sagen Problemzonen hin, nämlich die Themen Solidarität und Stutenbissigkeit: „Es gibt einen speziellen Ort in der Hölle für Frauen, die andere Frauen

FRAUEN bringen neue Perspektiven in die Sicherheitsproblematik und deren Lösung.

nicht unterstützen.“ Und sie fragt sich auch heute noch: „Was genau ist es, das Menschen so erschrecken lässt vor Frauen mit Macht?“

Darauf konnte auch Federica Mogherini an diesem Morgen keine Antwort geben. Jung, witzig, sympathisch und kompetent stand sie am Pult und es war unübersehbar, dass Madeleine Albright und Federica Mogherini ein sehr gutes Verhältnis zueinander haben. Lange nach der Veranstaltung saßen sie noch im Zweiergespräch beisammen und signalisierten, dass ein Austausch zwischen Frauen unterschiedlicher Generationen konstruktiv liebevoll und politisch fruchtbar sein kann.

Dass es beim Women's Breakfast darum geht, offen und konstruktiv miteinander zu sprechen, darauf hatte Staatsministerin Beate Merk in ihrer Begrüßungsrede bereits hingewiesen. Dementsprechend waren keine Journalisten anwesend und gibt es auch keine inhaltliche Berichterstattung dieses Treffens. Alle Teilnehmerinnen begrüßten das. Sinngemäß sei hier nur die Aufforderung von Federica Mogherini an Frauen wie Männer herausgegriffen, nämlich, dass wir alle an unserer Fähigkeit, Konflikte zu handhaben, arbeiten müssten und dass es Sinn mache, Frauen in diese Entwicklung mit einzubeziehen. Wie sehr sie damit auf dem richtigen Weg ist, ma-

nifestiert sich in der Rückschau dessen, was am Samstag auf der Bühne im Bayerischen Hof erkennbar wurde, nämlich Ratlosigkeit nach den Auftritten des sowjetischen Außenministers Lawrow und des ukrainischen Präsidenten Poroschenko gemischt mit der klaren Ansage von Bundeskanzlerin Merkel zum Ukraine-Konflikt: „Militärisch ist das nicht zu gewinnen, das ist die bittere Wahrheit. Deswegen ist es so wichtig, dass wir geschlossen bleiben und einen langen Atem haben.“ Dies bewertete der amerikanische Außenminister wiederum ganz anders.

Der militärisch-industrielle Komplex ist offenbar in die Sackgasse geraten. Den Teilnehmerinnen im Prinz-Carl-Palais war schon klar, dass Frauen die Probleme nicht lösen können, sie aber neue Perspektiven auf die Sicherheitsprobleme der Welt werfen, die Agenda verändern und damit Abzweigungen aufzeigen können. Und ihnen ist auch klar, dass es noch viel zu tun gibt. „Wir sind alle auf dem Weg zu Veränderungen, zwischen Mann und Frau, zwischen männlicher und weiblicher Wahrnehmung. Manche sind weiter in diesem Prozess, manche noch ganz am Anfang.“ Man sollte zumindest den Frauen sagen, dass sie alle an diesem Strang ziehen sollten – schon allein wegen des speziellen Ortes in der Hölle. ///



/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH
ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



Heckmann, Friedrich: *Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung.* Wiesbaden: Springer VS 2015, 309 Seiten, € 29,99.

/// Integration als gesellschaftliche Daueraufgabe

WIE KANN INTEGRATION GELINGEN?

Friedrich Heckmann – zusammen mit Hartmut Esser maßgeblicher Migrationssoziologe der zurückliegenden Jahrzehnte in Deutschland – hat in seinem neuen Buch „Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung“ mit großer Sachlichkeit den Stand der Forschung komprimiert und gut lesbar analysiert. Neue, möglicherweise provozierende Thesen zu bieten, ist nicht die Absicht des Autors. Wer das Buch genau liest, wird aber genügend Argumente gegen rechte und linke Voreingenommenheiten und gegen

schlichtes Unverständnis von Integrationsprozessen entdecken. Da die Integrations- und Migrationspolitik ideologisch stark umkämpft ist, bietet das Buch dem Leser die Chance, sich eine solide Wissensgrundlage zu verschaffen. Wer neugierig ist auf das Thema, wer sich ihm unvoreingenommen nähern will, dem sei dieses Werk nachdrücklich empfohlen.

Integration heißt für Friedrich Heckmann, „dass die zugewanderten Menschen und/oder ihre Nachkommen die volle gesellschaftliche Mitgliedschaft

erworben haben“ und dass ihre Herkunft für ihren Erfolg am Arbeitsmarkt oder für die Zusammensetzung ihres Freundeskreises irrelevant geworden ist. Bezogen auf Gruppen bedeutet dies, dass sich die Lebensverhältnisse von Zugewanderten und Nicht-Zugewanderten zunehmend angleichen, dass sie also beispielsweise vergleichbare Schulabschlüsse erreichen oder ähnliche Quoten beim Bezug staatlicher Transferleistungen erzielen. Die verschiedenen Ausprägungen von Integration beinhalten auch kulturelle und normative Aspekte. Dazu gehört der Wille zur Rechtsbefolgung, dessen Voraussetzungen von der Sozialisation im Herkunftsland oder in der ethnischen Gruppe im Aufnahmeland abhängig sind.

Immer wieder setzt der Autor Ergebnisse empirischer Studien gegen weitverbreitete Meinungen: etwa, dass Schwierigkeiten bei der Integration vornehmlich auf die Ablehnung oder Diskriminierung durch die Aufnahmegesellschaft zurückzuführen seien oder dass die Vereinigten Staaten Einwanderer stets willkommen heißen hätten und deren Integration dort stets problemlos vor sich gegangen sei.

Zuwanderung als solche schafft nicht automatisch Probleme. Entscheidend ist nicht, dass jemand wandert, sondern wer wandert – vor allem, welcher sozialen Schicht er angehört. So erreichen einzelne Gruppen (wie Zuwanderer aus dem Iran, aus EU-Staaten, Ostasien und dem amerikanischen Kontinent) sehr gute Integrationsergebnisse und sind teilweise im Bildungssystem erfolgreicher als der Durchschnitt der nicht-zugewanderten Deutschen. Aus diesem Grund ist der Personenkreis „mit Migrationshintergrund“ auch sehr heterogen. „Migrantenkinder“, also

Kinder, die selbst zugewandert oder deren Eltern zugewandert oder ausländische Staatsangehörige sind, sind also keineswegs pauschal qua Migration erfolgloser als solche ohne Migrationsbezug. Deshalb legen klassische Einwanderungsländer (wie die USA, Kanada oder Australien) besonderen Wert auf die (Aus-)Bildung derjenigen, die Einlass begehren, und betreiben keineswegs eine Migrationspolitik der offenen Türen.

Welches sind Barrieren für erfolgreiche Integration, welche Bedingungen erfolgreicher Integration? Auch hier entfaltet der Autor eine breite Palette an Erklärungsmodellen – bezogen auf Individuen, staatlich verantwortete Rahmenbedingungen und gesellschaftlich verankerte Normen.

Ob Einbürgerung grundsätzlich „Integration verstärkt“, wie der Autor behauptet, lässt sich allerdings bezweifeln. Die über lange Zeit betriebene Politik der „Einbürgerung ohne Integration“ in Frankreich zeigt, dass damit eher Frustrationen und Konflikte gefördert werden. Fragwürdig ist auch die These, die Kampagne der Unionsparteien 1998/99 gegen die Pläne von Rot-Grün, doppelte Staatsangehörigkeiten generell hinzunehmen, sei Ausdruck „fremdenfeindlicher Vorurteile“ gewesen. Die „durchaus beispielhafte Integrationspolitik“, die nach dem Wahlsieg Roland Kochs 1999 in Hessen folgte, ist jedenfalls kein Beleg für diese Behauptung.

Die Bedingungen erfolgreicher Integration sind ähnlich vielfältig wie die Bedingungen misslingender Integration. Die mitgebrachten Ressourcen (wie der Bildungsstand) der Eltern sind ebenso von zentraler Bedeutung wie eine offene Gesellschaft, die interethnische Kontakte ermöglicht und fördert.

Grundsätzlich schaffen eine auf Chancengerechtigkeit ausgerichtete Bildungspolitik und eine gute Arbeitsmarktpolitik Voraussetzungen gelungener Integration.

Zuwanderung in großem Ausmaß verändert auch die aufnehmende Gesellschaft. Integration verlangt in erster Linie den neu Dazugekommenen Anpassungsleistungen ab. Allerdings muss auch die aufnehmende Gesellschaft ihr Selbstverständnis ändern. „Deutscher sein“ muss nach Jahrzehnten der Zuwanderung offener definiert werden – unabhängig von Hautfarbe und Herkunft und von Namen, die darauf hindeuten. Wenn Menschen dieses Land als „Land der Chancen“ erfahren, spricht alles dafür, dass sie sich auch mit ihm identifizieren werden.

STEFAN LUFT



Lehrbücher zur internationalen Politik sind in Deutschland rar gesät. Neben dem Buch von Siegfried Schieder und Manuela Spindler „Theorien der Internationalen Beziehungen“, das in mehrfacher Auflage erschienen ist, kann nur noch dem Werk von Manfred Knapp und Gerd Krell „Einführung in die Internationale Politik: Studienbuch“ der Status eines Klassikers in diesem Bereich zugewiesen werden. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass Bernhard Stahl von der Universität Passau ein neues einführendes Lehrbuch vorlegt, das den Schwerpunkt auf eine problemorientierte Darstellung internationaler Politik legt. Diese Methode ist innovativ und wird vom Autor explizit begründet. Dem induktiven Vorgehen beim Aufbau des Lehrbuches wird laut Stahl Vorrang gegenüber einem deduktiven Verfahren eingeräumt, da „Beobachtungsaussagen zu Phänomenen der internationalen Politik ... am ehesten geeignet [sind], um an vorhandene Wissensbestände bei den Lesern anzuschließen“ (S. 12). Denn das Ziel der Wissenschaft ist die methodische Aufarbeitung potenziell infiniter Wissensbestände und gerade nicht die unsystematische Akkumulation von Daten und Fakten, die im universitären

Lehrbetrieb leider immer noch zu oft festzustellen ist.

Der Verfasser strukturiert die Kapitel mit Hilfe eines Einstiegs, dem eine Leitfrage folgt, welche durch den Kanon Beschreibung – Analyse – Erklärung – Prognose – Bewertung beantwortet wird. Abschließend wird eine Handlungsempfehlung angeboten. Diese Untergliederung nach Wissensformen lehrt die Studierenden, nach unterschiedlichen Produzenten von Wissensformen zu differenzieren und verschiedene Arten von Medien und Quellen in der Analyse einzusetzen – eine im multimedialen Zeitalter sinnvolle Vorgehensweise.

Das Inhaltsverzeichnis des Buches, das nach großen Begriffen wie „globale Fragen“, „Krieg“, „Frieden“, „globale Fragen 2“ und „Theoriedebatten verstehen“ strukturiert ist, erscheint zu abstrakt. Dieses Manko wird jedoch dadurch behoben, dass Stahl eine synoptische Darstellung zu (interdisziplinären) Formen des Erkenntnisgewinns als Grundlegung ebenso einführt wie eine Darstellung der Funktionsweise internationaler Diplomatie sowie einen Abriss elementarer historischer Entwicklungsprozesse.

Die Fallstudien sind so konzipiert, dass eine quellenbasierte Problemdarstellung sukzessive mit Hilfe theoretischer Kategorien analysiert und bewertet wird. Besonders gelungen ist die Darstellung des Jugoslawienkrieges der neunziger Jahre, an Hand dessen die Entwicklung des Völkerrechts hin zur „Responsibility to Protect“ dargestellt wird. Ebenso überzeugt die Anwendung des Sozialkonstruktivismus‘ Alexander Wendts auf den Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, der die Dimension der sich gegenseitig abgrenzenden Identitätskonzepte in den Mittelpunkt rückt.

Inhaltlich ist lediglich zu kritisieren, dass die international bedeutende Denkschule des Politischen Realismus auf den Strukturellen Realismus Kenneth Waltz' reduziert wird, wodurch der gesamte akteurszentrierte, anthropologische Realismus von Hans Morgenthau bis Henry Kissinger durchs Raster fällt. Allerdings entspricht der durchgehend feststellbare konstruktivistische Gestus im Buch der in Deutschland vorherrschenden Lehre; in Deutschland ist die Theorie der Internationalen Beziehungen (leider) von der politischen Praxis stark abgegrenzt.

Der Verfasser der Rezension begrüßt die Herausgabe dieses Lehrbuchs dennoch ausdrücklich, da er bei der Bewertung studentischer Arbeiten die häufig praktizierte künstliche Trennung von Theorie und Empirie feststellen muss. Das Vermögen, die Theorie als Werkzeug zur Analyse von Sachverhalten einzusetzen, ist oft zu gering ausgeprägt. Dieses Lehrbuch kann diesbezüglich Abhilfe schaffen und Studenten dabei helfen, theoriegestützte empirische Fallstudien anzufertigen. Deshalb ist es Studenten, aber auch dem lehrenden Personal zur Lektüre zu empfehlen.

CHRISTOPH ROHDE



Simms, Brendan: Kampf um Vorherrschaft – Eine deutsche Geschichte Europas, 1453 bis heute. München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2. Aufl., 2014, 896 Seiten, € 34,99.

Der deutsche Titel des Werkes ist verunglückt, denn er suggeriert, dass Deutschland ab 1453 um die Vorherrschaft in Europa gekämpft habe. Der Titel der englischen Originalausgabe, „Europe. The Struggle for Supremacy 1453 to the Present“, lässt hingegen ein solches Missverständnis nicht aufkommen. Aber Deutschland ist insofern zentral, als von seinem Zustand der Frieden Europas meistens abhing, sofern es in seiner inneren Schwäche eine Pufferzone zwischen den stärkeren Mächten bildete bzw. als sein hegemoniales Potenzial ab der Bildung des Hohenzollern-Kaiserreiches und dann in den beiden Weltkriegen tatsächlich in einen „Kampf um die Vorherrschaft“ umgesetzt wurde.

Damit folgt der Autor einem geläufigen Deutungsmuster, das zum *cantus firmus* einer Strukturierung der europäischen Geschichte der Neuzeit geworden ist – bietet also nichts Neues, es sei denn, man hält den Ausgangspunkt von 1453, die Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, für originell. Denn der Sultan beanspruchte die Weltherrschaft für sich und wollte daher, vom Balkan ausgehend, das gesamte Europa unterwerfen. Zur gleichen Zeit aber gab es noch zwei ande-

re Präkandidaten für die europäische Vorherrschaft, deren Politik und Kriegsführung mit dem Datum 1453 nicht zu erklären ist, nämlich Frankreich und die spanisch-habsburgische Monarchie, die hauptsächlich in Italien gegeneinander kämpften. Der Besitz des reichen Italien galt damals als ausschlaggebend für die Erringung der Vormacht, und das hatte mit dem osmanischen Vormarsch auf dem Balkan nichts zu tun. Es hatte auch nichts mit der Dominanz über Deutschland zu tun und widerspricht damit der These des Autors, dass das Schicksal Deutschlands entscheidend für das Schicksal Europas sei. Wenn die spanischen Habsburger ab den Siegen Karls V. über Frankreich die Vormacht in Europa ausübten, dann bestand doch gleichzeitig in Deutschland der Augsburger Religionsfrieden von 1555, der den Lutheranern einen gefestigten Status gegenüber den katholischen Reichsständen sicherte, also gegenüber den möglichen Partnern der Spanier. Das war deutscher Stillstand bei gleichzeitiger europäischer Hegemonie aus anderen Quellen. Die Spanier hüteten sich auch extra, in die Verhältnisse des Reiches einzugreifen und als im 17. Jahrhundert ihre europäische Vormacht nicht mehr zu halten war, hatte das nichts mit dem Reich zu tun. Der Autor, ein gebürtiger Ire, argumentiert germanozentrisch.

Er ist zusätzlich dazu entschlossen, in der Geschichtsinterpretation der Außenpolitik den Vorrang vor der Innenpolitik zu geben. Darüber lässt sich trefflich diskutieren. Aber sicherlich überzieht der Autor, wenn er in seinem Bestreben einen Zusammenhang zwischen der Eroberung von Konstantinopel und innenpolitischen Veränderungen in den europäischen Staaten herstellt. Das Signifikante an dem Datum 1453 ist vielmehr, mit welcher unglaublich

cher Indolenz die Staaten westlich von Ungarn und Polen sich gegenüber der osmanischen Bedrohung verhielten.

Schon eine Stillblüte streift die Parallelisierung des Ausbruchs der Französischen Revolution mit dem diplomatischen Rückzug Frankreichs aus Mitteleuropa. Ein Beispiel dazu: Das Unvermögen Frankreichs, im Bayerischen Erbfolgekrieg von 1778/79 eine ähnlich entscheidende Rolle zwischen den Kontrahenten Preußen und Österreich einzunehmen wie das Russland Katharinas der Großen. Welcher Zusammenhang soll bestanden haben, zwischen der außenpolitischen Impotenz Frankreichs im Ancien Regime und dem Sturm auf die Bastille, den Septembermorden, dem Terror Robespierres usw.?

In dem Sturm durch die jeweils nur angedeuteten Wegmarken der europäischen Neuzeit, der bei selbstverständlicher, fundamentaler Gelehrsamkeit des Autors in sonstigen Handbüchern lohnender nachzulesen ist, kommen auch Ungenauigkeiten, ja sogar Fehler vor. Der „Deutsche Bund“ von 1815 habe das „alte Heilige Römische Reich unter neuem Namen wiederhergestellt“. Das hatte er gerade nicht und sollte er nach dem Willen der Staatsmänner des Wiener Kongresses (1814/15) auch nicht – Einzelheiten müssen wir uns hier versagen.

Falsch ist, dass Frankreich auf dem Wiener Kongress zu „riesigen Reparationssummen“ verpflichtet wurde. Das geschah erst im zweiten Pariser Frieden (20.11.1815), nachdem Napoleons vorherige Wiederkehr in den „Hundert Tagen“, beendet mit der endgültigen Niederlage von Waterloo, den Kongress der Sieger über Frankreich von 1814 zu einer zügigen Beendigung seiner Arbeit gezwungen hatte. Dass der Kongress fast gescheitert wäre, da Preußen-Russland

und Großbritannien-Österreich sich über die Behandlung Sachsens und Polens nicht einigen konnten, wird vollständig ausgeblendet. Dabei hätte doch gerade dieses Junktim Sachsen-Polen (wir müssen uns wiederum Einzelheiten versagen) zum Zustand der deutschen Mitte des Kontinents viel aussagen können.

Auf die Gegenwart nach dem Fall der Berliner Mauer kommt der Autor in den letzten 60 Seiten seines Werkes zu sprechen. Auch da spannt er den Bogen viel zu sehr, wenn er die aktuell zu beobachtende Radikalisierung in der islamischen Welt bis auf den osmanischen Misserfolg der Belagerung von Wien (1683) zurückführt. 2009 werden Albanien und Kroatien in die EU „aufgenommen“ – ist das nur ein Übersetzungsfehler?

Aber interessante Gesichtspunkte weist der Schlusstext auch auf. Die EU sei „nicht für die Mobilisierung geschaffen, sondern für die Aufweichung von Macht“ – wie das späte Heilige Römische Reich, das historisch gebildete Schwärmer als ein Vorbild für das vereinigte Europa reklamieren. Die „deutsche Frage“ sei auch heute wesentlich für das Vorankommen der EU, denn „der Euro, der eingeführt worden war, um Deutschland zu zügeln, hatte es stattdessen noch mächtiger gemacht“. Und die EU sei strategisch ausgebremst nicht etwa durch den militärischen Ehrgeiz Deutschlands, sondern im Gegenteil durch dessen Fehlen. Die EU müsse zu einem kompakten internationalen Akteur werden, insbesondere auf militärischem Gebiet.

Da teilt der Professor aus Cambridge auf der so überaus europaskeptischen Insel das französische Credo von „Europe Puissance“.

BERND RILL



Jesse, Eckhard / Mayer, Tilman (Hrsg.): Deutschland herausgefordert. Berlin: Duncker & Humblot 2014, 241 Seiten, € 89,90.

Die Gesellschaft für Deutschlandforschung hatte sich in ihrer Jahrestagung 2013 das Ziel gesetzt, die wesentlichen Herausforderungen zu diskutieren, vor denen Deutschland steht. Eine erfreulich weite Perspektive, die sich auch in dem Sammelband wiederfindet, in dem diese Tagung dokumentiert ist. Er versammelt lesenswerte Beiträge, die zu weit überwiegenden Teilen faktenreich und aktuell sind und eigene Thesen und Interpretationen nicht scheuen.

Die Herausgeber geben in ihrem Vorwort die Marschrichtung vor: Die wesentlichen Herausforderungen unseres Landes können heute nicht mehr allein bewältigt werden, aber auch in Zeiten der wachsenden europäischen Einigung sind nationale Lösungen unumgänglich – „... ohne nationale Lösungen sollten wir uns auch keine Zukunft vorstellen“ (S. 9). Der (leider etwas knappe) Aufsatz von Hans-Jürgen Papier über die Zukunft der Staatlichkeit im vereinten Europa baut darauf auf. Seine These: Entweder Ausbau zum Europäischen Bundesstaat oder Zerfall Europas sei eine Scheinalternative. „Man muss vielmehr ... darauf achten, dass Europa nicht an einer Überdi-

mensionierung seiner Staatlichkeit scheitert, zu einem von oben oktroyierten Super-Staat ohne Volk und damit ohne wirkliche Volksherrschaft wird“ (S. 18). Roland Sturm geht in seinem Beitrag über Deutschland in der EU ebenfalls der Frage nach, ob wir auf dem Weg zu einem vereinten Europa seien. Er beklagt, wie sehr die Debatten mittlerweile zu einem „Elitendiskurs“ geworden sind. Dieser ist mit seiner eigenen Kunstsprache einerseits notwendig, um überhaupt zu tragfähigen Kompromissen in der Europapolitik zu kommen, trägt aber andererseits zum Demokratiedefizit und zur Entfremdung von Europa bei. Erich Weede stellt in seinem Aufsatz die Frage nach der drohenden Überlastung Deutschlands in der Eurokrise und gibt eine klare Antwort: Angesichts zahlreicher von ihm analysierten Schwächen und Problemfeldern (von der Demographie über die Verschuldung, der Subventionspolitik bis zu vielen selbst induzierten politischen Fehlentwicklungen wie vor allem der Euro-Rettung) konstatiert er, man müsse durchaus Angst vor der Überlastung Deutschlands haben. Reinhard Meier-Walser analysiert die Herausforderungen, vor denen die deutsche Außenpolitik steht. Einerseits ist nach der Wiedervereinigung die außenpolitische Rolle Deutschlands – ob das die Deutschen wollen oder nicht – größer geworden und es wird auf diesem Gebiet auch mehr von Deutschland erwartet. Allerdings weist die deutsche Außenpolitik heute eher ein „fragmentiertes Profil“ (S. 73) auf, so dass sich noch nicht geklärt hat, inwieweit Deutschland in multinationalen Aktionen wirklich zu einer „verantwortliche[n] kooperative[n] Führung“ (S. 80) in der Lage ist – ganz abgesehen davon, dass demoskopische

Analysen hier auf eine große Zurückhaltung in der deutschen Bevölkerung schließen lassen.

Aber auch die innenpolitischen Herausforderungen sollten nicht unterschätzt werden. Eckhard Jesse fragt, inwieweit der Wandel des deutschen Parteiensystems und des Koalitionsgefüges eine Herausforderung für die deutsche Demokratie darstellt. Auch wenn sich SPD wie Union in der letzten Bundestagswahl verbessern konnten und CDU und CSU sogar der Alleinregierung nahe kamen, wird der Zwang und die Bereitschaft zunehmen, mit Kräften aus dem anderen politischen Lager zu koalieren. Auch ein Fünfparteiensystem würde das System der Koalitionsbildung nicht grundsätzlich erschweren. Die Wahlrechtsfrage könnte hingegen das System der politischen Partizipation und die deutsche Parteidemokratie insgesamt durcheinander wirbeln: Niels Dehmel lässt die Reformdebatten Revue passieren und geht davon aus, dass auch das aktuelle Bundeswahlgesetz nicht das Ende der Debatte sein wird. Eine Abschaffung der 5%-Sperrklausel für Bundestagswahlen lehnt der Autor ab – ein Abgehen davon wäre wirklich eine fundamentale Herausforderung für die repräsentative Demokratie in Deutschland.

Thomas Petersen zeigt in seinem Beitrag auf, wie lange Einstellungsmuster, die in autoritären oder diktatorischen Regimen erworben und oktroyiert wurden, nachwirken. So konnten sich in Deutschland Einstellungsdimensionen einer Untertanenkultur nach 1945 oder der Skepsis gegenüber Freiheit und Marktwirtschaft auch nach 1990 lange halten. Er vertritt sogar die These, dass die Bewältigung der Auswirkungen des SED-Staates auf die Menschen erst etwa

Mitte des Jahrhunderts vollständig verschwunden sein werden. Tom Manne witz belegt, dass die politische Kultur in Deutschland generell die wesentlichen Elemente des demokratischen Verfassungsstaats bejaht, aber dennoch Elemente von Illiberalität aufweist. Im Übrigen kann er belegen, dass die Ablehnung des Rechtsextremismus in Deutschland weitaus stärker ausgeprägt ist als die des Linksextremismus. Tilman Mayer stellt sich der Aufgabe, Demographie, Demoskopie und Demokratie als einheitlichen Analysegegenstand zu betrachten. Die Demokratie wird von verschiedenen Seiten in Frage gestellt. Er sieht daher die „Arbeit am Demos“ als Frage der Wahrnehmung, „dass der Demos der Demokratie nicht mehr garantiert wird, keine statische Struktur mehr ist, sondern dass wir einen Prozess vor uns haben“ (S. 183). Vor allem die Frage der Kohäsion der Gesellschaft müsse dabei im Mittelpunkt stehen. Christine Schirrmacher geht der Frage nach, inwieweit der Islam in Deutschland eine Herausforderung darstellt. Dabei wird schnell deutlich, welche Rolle der politische Islam oder Islamismus spielt, den die Autorin anhand des Einflusses des Theologen Yusuf an-Quaradwi darlegt. Auf diesem Feld ist wohl am meisten in Fluss: Ein Großteil der Muslime in Deutschland – fast drei viertel – wird durch muslimische Organisationen nicht erfasst; die Anzahl der nicht integrierten Muslime wächst und das Potenzial für eine Radikalisierung unter den Muslimen in Deutschland wird von Experten mit 400.000 bis 500.000 Menschen angegeben. Die Akzeptanz von Demokratie und Freiheitsrechten durch alle Muslime sieht sie als die entscheidende Herausforderung. Markus Gloe gibt in seinem Beitrag ei-

nen Überblick über die Entwicklung der Bildungspolitik in Deutschland und sieht dort noch beachtliche Defizite, vor allem was die Effektivität und Durchlässigkeit angeht – und dies nach Jahrzehnten intensiver wissenschaftlicher Diskussion und Reformen: Bei kaum einer Wahl in Deutschland wird das Themenfeld Schule und Bildung nicht ganz oben auf der Liste der wichtigsten Themen genannt. Thomas Krüger gibt schließlich einen Abriss über die Rahmenbedingungen heutiger politischer Bildung und betont zu Recht die Notwendigkeit, diverse Zielgruppen ansprechen zu müssen. Dabei kommt eben oft – wie von Krüger beklagt – die außerschulische Bildung zu kurz und wird mit der schulischen zu wenig koordiniert. Gerade angesichts der Notwendigkeit der Integration der zu wenig Integrierten wäre dies von großer Bedeutung.

Fazit: Ein material- und gedankenreicher Sammelband – weit entfernt von einer „Pflichtdokumentation“ einer Jahrestagung einer wissenschaftlichen Gesellschaft. An den dort umrissenen Herausforderungen werden wir noch lange zu arbeiten haben.

GERHARD HIRSCHER

Jurczyk, Karin / Klinkhardt, Josefine: Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte. Gütersloh: Bertelsmann 2014, 239 Seiten, € 25,00.



Der Verlag Bertelsmann Stiftung hat mit der Studie „Vater, Mutter, Kind?“ eine Publikation vorgelegt, die nicht nur in jede Lehrerhandbücherei und jeden Kindergarten gehört, sondern auch auf den Schreibtisch jedes Journalisten und jedes Sozialpolitikers. Darüber hinaus bieten die „acht Trends in den Familien der Zukunft“ reichhaltige Impulse für intensive Fachgespräche im Rahmen der lokalen, regionalen und überregionalen Lehrerfortbildung. Die beiden renommierten Autorinnen (sie sind Mitarbeiterinnen beim Deutschen Jugendinstitut in München, DJI) haben zur Begründung und Fundierung der acht Trends Daten und Fakten analysiert, die auf Bundesebene von zentraler Bedeutung sind.

Die Untersuchung betrifft zentral einen Zeitabschnitt von zwanzig Jahren (1990/1992 bis 2010/2012). Die acht Trends bauen auf einer breiten quantitativ-empirischen Grundlage auf. Zur Konkretisierung und Veranschaulichung tragen viele mehrfarbige Schaubilder und Übersichten bei. Die Texte sind auch für Laien gut lesbar und beruhen auf einem Minimum an Fachbegriffen. Sie sind damit für Väter und Mütter zugänglich. Hilfreich und informativ ist die hervorragende Übersicht, die auf vierzig Seiten wiedergegeben ist. Viel-

leicht haben die Autorinnen bei diesem Text insbesondere an Entscheidungsträger der Bildungs- und Sozialpolitik gedacht.

Die acht Trends in der Familienentwicklung können mit folgenden Schlüsselbegriffen wiedergegeben werden: Zunahme vielfältiger Lebensformen (Trend 1) – Erosion des konventionellen Ernährermodells (Trend 2) – Entgrenzung von Erwerbsbedingungen (Trend 3) – Eltern unter Druck, (Nicht-)Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Trend 4) – Polarisierung der Lebenslagen: Zunahme von Familien- und Kinderarmut (Trend 5) – Kulturelle Diversifizierung, Familien mit Migrationshintergrund (Trend 6) – Neue Gestaltungsräume von Kindheit (Trend 7) – Schwindende Passfähigkeit von Infrastrukturen für Familien (Trend 8). Besondere Aufmerksamkeit verdienen die „Empfehlungen und Schlussfolgerungen“, die viel Diskussionsstoff enthalten.

Jedes Kapitel der Studie beginnt mit „Kernaussagen“ zu jedem Trend. Danach folgt die Analyse auf der Basis der Daten und Fakten und am Schluss jedes Kapitels stehen die „Folgen für das Aufwachsen von Kindern“. Die Autorinnen sind davon überzeugt, dass eine familienfreundliche Gesellschaft eine kinderfreundliche Gesellschaft sein muss, daher sind die Folgen der Trends für das Aufwachsen der Kinder besonders wichtig. „Es soll gezeigt werden, wo Politik für Familien heute Defizite aufweist und welche Schlussfolgerungen und Empfehlungen sich für eine zukunftsfähige Familienpolitik hieraus ergeben.“

Festzustellen ist, dass sich annähernde Geschlechterkonzepte, vervielfältigte Familienformen, entgrenzte Erwerbsbedingungen bei gleichzeitig erhöhten Bildungserwartungen dazu füh-

ren, dass Eltern immer mehr unter Druck geraten. Eltern sind oft erschöpft und fühlen sich überfordert. In der Familie geht es zuallererst um „Wohlbefinden, persönliche Entfaltung, um Zuwendung, Verlässlichkeit und gute Beziehungen“. Zentral ist, Familien und Kinder vor Armut zu schützen und ihnen wirtschaftliche Stabilität und Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen. „Nur wenn Kinder als Akteure mit Subjektstatus anerkannt werden, ist es möglich, dass ihre Rechte gewahrt werden und sie sich zu eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln.“

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT



Bierling, Stephan: Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart.
München: C. H. Beck 2014,
304 Seiten, € 16,95.

Unbestritten betreffen sowohl die Ukraine-Krise als auch die andauernden Religionskriege im Nahen Osten oder der Terror in Europa die Sicherheitslage der Bundesrepublik. Die politischen Antworten auf diese Herausforderungen sind vielfältig und uneinheitlich. Das Maß internationaler Verantwortung Deutschlands ist weiter umstritten.

Diesem Identitätskonflikt der deutschen Außenpolitik widmet sich Stephan Bierling in seinem Werk „Vormacht wider Willen“. Der Autor ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg und forscht schwerpunktmäßig über deutsche, europäische und amerikanische Außenpolitik sowie deren Verflechtungen.

Laut Bierling gehen „Hoffen auf deutsche Führung und Bangen vor deutscher Hegemonie ... Hand in Hand.“ Fundiert und ausgewogen nimmt er den Leser mit auf eine Reise durch die deutsche Außenpolitik seit ihrer Gründung. Nach einem gleichnamigen Kapitel zu dem Vermächtnis der Bonner Republik gliedert der Autor das Buch in die drei Kanzlerschaften nach 1990 und beleuchtet, welche außenpolitischen Maximen die Bundeskanzler Helmut Kohl und Gerhard Schröder sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel pflegten oder verfolgten. Dabei analysiert er deren innenpolitische Zwänge und Grenzen sowie deren internationale Ansprüche. Erfreulicherweise vertritt Bierling dabei keine, wie in der Politikwissenschaft oftmals üblich, festgelegte theoretische Schule, sondern überlässt das Urteil dem Leser.

Zwischen seiner Gründungszeit 1949 und der Wiedervereinigung 1990 sei Deutschland, so Bierling, außenpolitisch nur wenig aktiv gewesen, verfolgte jedoch feste Kerninteressen: Bedingt durch seine geographische Lage inmitten des Ost-West-Konfliktes, musste es die Anbindung an den Westen als Schutzmacht suchen. Zudem lag es, geprägt von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, im deutschen Interesse, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Beide Ziele, folgert Bierling, gelangen durch institutionelle Integration in die NATO und die Europäische Union.

Im zweiten Kapitel wird die außenpolitische Zurückhaltung Helmut Kohls beleuchtet. Während sich die internationale Gemeinschaft nach dem Kalten Krieg mit neuen Krisen konfrontiert sah, stand für Deutschland die Stabilität Mittel- und Osteuropas im Fokus. Bierling veranschaulicht Kohls Gratwanderung: einerseits internationale Pflichten und Aufgaben neu zu begreifen, andererseits das außenpolitische Engagement so gering wie möglich und nur im multilateralen Kontext zu halten.

Unter Gerhard Schröder brach die deutsche Außenpolitik nicht nur rhetorisch mit der Tradition Kohls. Durch die Beteiligung am Kosovokrieg 1999, dem Afghanistaneinsatz 2001 oder dem Streben nach einer europäischen Verteidigungspolitik als Ergänzung zur NATO habe die Bundesrepublik außenpolitisch Verantwortung demonstriert. Warum es im Irakkrieg 2003 unter Schröder zum transatlantischen Vertrauensbruch kam, schildert der Autor anhand einer kritischen Würdigung der innen- und außenpolitischen Faktoren.

Die Kanzlerschaft Angela Merkels sei nun, so Bierling, in einem Führungsdilemma: Gewillt, der außenpolitisch zurückhaltenden Tradition Kohls zu folgen, ließe die gegenwärtige Konstellation dies nicht zu. Die Erfahrungen des Engagements in Afghanistan bestärkten den Willen der Bundesregierung, in andere Krisenherde nur zurückhaltend einzugreifen. Bierling schildert, unter welchen Motiven die Bundesregierung begrenzt oder gar nicht handelte. Der Identitätskonflikt entstünde auch durch den Wandel der transatlantischen Beziehungen. Spätestens seit der Ukraine-Krise sei klar, dass die europäischen Staaten ihre Angelegenheiten selbst regeln müssten. Im Zuge der Euro- und Staats-

schuldenkrise sei die Bundesrepublik aufgrund ihrer ökonomischen Stärke ungewollt in eine Schlüsselrolle gedrängt worden, die sie auch langfristig beibehalten werde. Diese politischen (Führungs-)Erfolge hätten ihr eine hohe außenpolitische Reputation gebracht, die sie weder beabsichtigt noch gewünscht hat.

Bierling diagnostiziert, dass weder Angela Merkel noch frühere Bundeskanzler der internationalen Verantwortung gerecht würden. Deutschland wolle zwar als gleichwertiger Partner mit eigenen ökonomischen Interessen respektiert werden, stehe aber risikoscheu allen nicht-friedlichen Mitteln der Außenpolitik gegenüber. Doch wie kann man, fragt der Autor zu Recht, Bedrohungen wie Terrorismus oder Staatenzerfall anders begegnen? Er plädiert für eine „Verantwortungsnation“, die ihrer Rolle als führende Macht nachkommt und sich gleichermaßen an internationalen Engagements beteiligt – notfalls auch an militärischen Einsätzen.

Damit vertritt der Autor eine angemessene Auffassung. Wer dies als einen Aufruf zum Krieg wertet, hat weder das Buch noch die Regeln der Außenpolitik verstanden. Denn zwei Faktoren lassen sich nicht leugnen: Erstens ist Deutschland bereits ein führender Akteur im internationalen System und zudem lassen sich die Bedrohungen und Risiken des 21. Jahrhunderts nur vereint lösen. Zum Wohl der internationalen Sicherheit sind daher alle Teilnehmer gefordert, ihren Beitrag zu leisten, so auch Deutschland.

„Vormacht wider Willen“ will den Leser nicht nur auf eine Reise durch die deutsche Vergangenheit nehmen. Vielmehr hat es den Anspruch, durch erfolgte und verpasste Eingriffe in Konflikte

der Vergangenheit sowie Gegenwart aufzuzeigen, welches Potenzial Deutschland bei der Schaffung von internationaler Sicherheit haben könnte.

Wer sich ein eigenes Bild machen möchte, ob und wie sich die Bundesrepublik an der Erhaltung internationaler Sicherheit beteiligt, dem sei dieses Buch sehr empfohlen.

DINAH ELISA KHWAIS



Bender, Larissa (Hrsg.):
Innenansichten aus Syrien.
Frankfurt am Main: Edition Faust
2014, 296 Seiten, € 24,00.

Die meisten Menschen, die im vergangenen Jahr nach Deutschland geflohen sind und einen Erstantrag auf Asyl gestellt haben, kommen aus Syrien. 39.323 waren es exakt. Ihre Zahl wird auch 2015 kaum kleiner werden. Was treibt diese Männer, Frauen und Kinder, ihre Heimat zu verlassen, um sich auf den fast ausschließlich illegalen und damit überaus gefährlichen Weg ins Exil zu machen? Eine Vielzahl von Gründen bieten Larissa Benders „Innenansichten aus Syrien“.

In ihrer Vorbemerkung ruft die Herausgeberin, Islamwissenschaftlerin und

Syrien-Tutorin bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, zunächst die Hintergründe und Fakten dieser „apokalyptisch anmutenden Katastrophe“ (S. 10) unseres noch jungen Jahrhunderts in Erinnerung. Sie nimmt den Leser hinein in den hoffnungsvollen Aufbruch 2010/2011, als „Freiheit“ und „Demokratie“ zu den Parolen einer Protestbewegung wurden, die, ermutigt durch die Aufstände des vermeintlichen Arabischen Frühlings, fünfzig Jahre Herrschaft der Baath-Partei und vierzig Jahre Unterdrückung durch den Assad-Klan abschütteln wollte. Das Regime reagierte mit kompromissloser Härte. Dreieinhalb Jahre später wird die Zahl der Toten auf fast 200.000 geschätzt. Millionen Menschen sind verletzt, verstümmelt, traumatisiert. Über neun Millionen sind auf der Flucht, drei Millionen davon im Ausland, drei Viertel von ihnen sind Frauen und Kinder. Wer geblieben ist, ist „mit dem Überleben beschäftigt“ (S. 17), vereinsamt, riskiert den Tod durch Folter, Fassbomben, Napalm, Phosphor, Sarin, Aushungern oder den allgemeinen Mangel an Ärzten und Medikamenten. Das Land ist verwüstet, das Bildungssystem fast vollständig zerstört. Und auch im vierten Kriegsjahr blickt die Weltöffentlichkeit weitgehend tatenlos auf diese in der jüngeren Geschichte beispiellose Tragödie.

Der vorgelegte Band unternimmt den Versuch, aus der Innenperspektive der Betroffenen heraus zu dokumentieren, wie die Menschen in Syrien die Vernichtung ihrer Heimat erleben, „unter permanenter Lebensbedrohung“ (S. 114) zwischen Depression und Hoffnung ihren Alltag zu meistern versuchen sowie authentisch „bezeugen, was in diesem Schlachthaus geschieht“ (S. 221). Hierzu hat die Herausgeberin zahlreiche Texte

der bedeutendsten Autoren der syrischen Gegenwartsliteratur zusammengetragen, die seit Herbst 2013 geschrieben wurden. Ergänzt werden diese von Interviews syrischer Intellektueller und wissenschaftlichen Analysen. Insbesondere zwei Hauptthemen sind es, die in den überwiegend von Vertretern der säkularen Opposition – darunter zahlreiche Alawiten, Christen und Kurden – verfassten Beiträgen aufgegriffen werden:

Zum einen die Brutalität und die Unterdrückungsmaschinerie des syrischen Baath-Regimes und der Familie Assad in den Jahrzehnten vor, besonders aber seit Ausbruch der Revolution bis heute. Die in Damaskus ausharrende Schriftstellerin Salma Salim erinnert in ihrem Beitrag etwa an die bekannt gewordenen „50.000 Fotos“ aus einem syrischen Militärkrankenhaus „von 11.000 Inhaftierten, die unter der Folter gestorben sind“ (S. 169), ihr Kollege Omar Kaddour an das „Chemiewaffenmassaker“ (S. 115) mit mehr als 1.300 zivilen Opfern in der Ghouta bei Damaskus vom August 2013 – genau ein Jahr, nachdem Barack Obama seine vermeintlich „rote Linie“ gezogen hatte. Für Fawwaz Haddad, den auch hierzulande viel gelesenen Autor, sind es gerade diese Gewaltexzesse, welche die fatale Anziehungskraft der dschihadistischen Milizen mit zu verantworten haben: „Die exemplarische Bestrafung der jugendlichen Demonstranten durch das Regime trieb diese jungen Leute im Laufe der Zeit in die Arme der bewaffneten Revolutionäre. Unter Artilleriebombardement hatten die jungen Männer den Geschmack der Freiheit gekostet, und nun gab es für sie kein Zurück mehr. Doch weil sie keinen Bestand fanden außer Gott, ist immer und überall ein Satz zu vernehmen, der [...] sich seinen Weg kraftvoll in den tief-

schwarzen Himmel bahnt: ‚O Gott, wir haben niemanden außer dir!‘“ (S. 34)

Damit ist der zweite Themenstrang intoniert, der den Band durchzieht: das fassungslose Unverständnis der meisten Autoren darüber, dass im 21. Jahrhundert die Armee und die Sicherheitskräfte eines Staates mit Hilfe von Milizen aus dem Libanon, Iran und Irak das eigene Volk töten und vertreiben können, ohne dass die internationale Gemeinschaft erkennbar einschreitet. Dieses „Schweigen der Welt“ (S. 63), so der Tenor des gesamten Buches, habe den Glauben der meisten Syrer an Werte wie Demokratie und Menschenrechte, für die gerade die westlichen Gesellschaften stehen oder zu stehen vorgeben, zutiefst erschüttert. „Wir konnten nicht glauben“, so Omar Kaddour exemplarisch nach dem erwähnten Giftgaseinsatz, „dass die ganze Welt mit einer derartig verachtenden Gleichgültigkeit den Blick abwandte von unserem Sterben“. (S. 117) Folgerichtig erzählt Syrien für die Filmemacher Ali Atassi und Ziad Homsy deshalb auch „die Geschichte der international gelähmten Humanität“ (S. 175). Und insbesondere der Beitrag Petra Beckers von der Stiftung Wissenschaft und Politik über die „verpassten Chancen“ (S. 209) – angefangen vom ersten Veto Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat über das Ausbleiben des angekündigten amerikanischen Militärschlags bis zum Scheitern der Genf-II-Konferenz – liest sich in diesem Zusammenhang wie eine Chronik des kollektiven Versagens aller globalen Instanzen und der sogenannten „freien Welt“.

Neue Ansätze, was die internationale Gemeinschaft jenseits der bekannten Forderungen nach Unterstützung der moderaten Kräfte mit Nahrung und Waffen, Ausübung von Druck auf die

staatlichen und nichtstaatlichen Financiers der radikalen Gruppen und des Regimes, Schaffung und Überwachung von humanitären Korridoren und Flugverbotszonen etc. konkret tun sollte, sind allerdings auch in diesem Band rar gesät. Dies bleibt eine kritische Leerstelle, die den Autoren angesichts der offensichtlichen Rat- bzw. Willenlosigkeit der internationalen Akteure aber kaum vorzuwerfen sein dürfte.

Dessen ungeachtet sind diese „Innenansichten aus Syrien“ unbedingt lesenswert. Die herausfordernde Lektüre rechtfertigen wenigstens vier Erkenntnisse: Zum einen wird man nach den knapp 300 Seiten deutlich verständnisvoller auf diejenigen blicken, die dieser syrischen „Kriegshölle“ (S.220) entkommen sind und hier Schutz und Hilfe suchen. Zweitens unterstreicht jedes einzelne Schicksal dieses Buches die Dringlichkeit der im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD anvisierten gemeinsamen europäischen Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Drittens lenken diese Texte unsere Aufmerksamkeit wieder auf Baschar Al-Assad, der im Schatten der internationalen Front gegen den Islamischen Staat weitgehend unbehelligt, aber in unverminderter Härte Verbrechen gegen die Menschlichkeit an seinem eigenen Volk begeht. Viertens macht dieser Band Hoffnung, dass sich unter den drei Dutzend Autoren nicht wenige Intellektuelle befinden dürften, die bereit und fähig sind, ein freies und menschenwürdiges Syrien aus den Trümmern heraufzuführen, sobald das bisherige Terrorregime an sein Ende gekommen ist – und sie bis dahin überlebt haben.

PHILIPP W. HILDMANN



Gertel, Jörg / Ouaisa, Rachid (Hrsg.): **Jugendbewegungen. Städtischer Widerstand und Umbrüche in der arabischen Welt.** Bielefeld: transcript 2014, 399 Seiten, € 19,99.

Am 17. Dezember 2010 zündete sich ein von den Behörden schikaniertes 26-jähriger Gemüsehändler in einer vernachlässigten tunesischen Provinzstadt an. Im Nu verbreitete sich die Tat über Mobiltelefon und soziale Medien. Von vielen Tunesiern und anderen Arabern wurde sein Schicksal als exemplarisch empfunden: Das überalterte, repressive und korrupte System hatte einen tüchtigen Abiturienten an Aufstieg und Selbstverwirklichung gehindert, und die allgegenwärtige Repression trieb ihn schließlich zur Verzweiflungstat. Jugendliche riefen in den folgenden Monaten in Tunis, Kairo, Bengasi, Algier, Sanaa und anderen arabischen Städten zu Protesten auf, mobilisierten mit modernen Kommunikationsmitteln und dokumentierten damit die Geschehnisse gegenüber der Außenwelt. Sie überwand die in ihrer Elterngeneration vorherrschende Angschwelle und zeigten großen Mut gegenüber der Staatsmacht. Angesichts des starken Jugendüberhangs in arabischen Staaten – in vielen Staaten liegt das Durchschnittsalter unter 25 Jahren – und der überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit war es nicht überraschend, dass die vergleichsweise gut ausgebildeten städti-

schen Jugendlichen zur Speerspitze einer Protestbewegung wurden.

Der von dem Leipziger Wirtschaftsgeograph Jörg Gertel und dem Marburger Politikwissenschaftler Rachid Ouaisa herausgegebene Sammelband bündelt Forschungen, die bereits vor 2011 begonnen wurden. Einführungskapitel beschäftigen sich mit grundsätzlichen Fragen zum Verhältnis von Jugend, Krise, Widerstand und Stadtentwicklung. Aufgezeigt wird, dass das Verhalten von städtischen Jugendlichen differenziert ist, weswegen eine Vielzahl individueller und kollektiver Widerstandsformen zu beobachten ist: von spontanen und organisierten Straßenprotesten über Aktivitäten in sozialen Medien, Gehorsamsverweigerung, Engagement in staatsfernen Subkulturen (Musik, Streetart, alternative Sportarten wie Parcour), die spontane Aneignung von öffentlichem Straßenraum durch „Soziale Nicht-Bewegungen“ bis hin zur Auswanderung. Bei Massenprotesten treffen Individuen zusammen, die sich nicht kennen, womit soziale, kulturelle, religiöse, politische und geschlechterspezifische Grenzen überwunden werden. Dies kann Gemeinschaft erzeugen und Vorurteile abbauen, aber auch neue Ressentiments und Abgrenzungen schaffen.

Die Verfasser zeigen auf, dass neoliberale Strukturanpassungs- und Privatisierungsprozesse nachteilige sozioökonomische Veränderungen in den arabischen Staaten hervorriefen. Adressaten der Jugendproteste waren zum einen die nationalen Regierungen, die diese Prozesse unterstützten und davon profitierten, aber auch multinationale Institutionen, Banken und Konzerne, auf die die Protestierenden nur bedingt Einfluss nehmen konnten.

Eine besondere Bedeutung schreiben die Autoren der urbanen Lebensweise zu. „Städte waren und sind die Taktgeber von gesellschaftlichen Transformationen und Jugendliche sind damit in besonderer Weise verbunden.“ (S. 28) Moderne arabische Städte sind gekennzeichnet von hierarchischer und sozialer Segregation, die von Jugendlichen aber auf vielfältige Weise durchbrochen wird zur Schaffung von sozialen und politischen Freiräumen oder für alternative ökonomische Aktivitäten wie z.B. Straßenhandel.

In weiteren Kapiteln befassen sich zwölf Verfasser auf der Basis von Feldforschung mit Jugendbewegungen in Nordafrika, dem Nahen Osten und der Türkei. Drei Beiträge seien beispielhaft angeführt. So beschreibt Rachid Ouaisa am Beispiel Algerien, wie sich Jugendliche bereits in den 1980er-Jahren von ihrer staatlich verordneten Rolle im ideologischen System des Pan-Arabisismus emanzipierten, angestoßen von der Kulturbewegung der Kabylen und dem vorübergehenden Zusammenbruch des Sozialstaats im Gefolge extrem niedriger Ölpreise. Nach dem Scheitern hierarchisch organisierter Massenproteste seien heute spontane, ideologielose und individuell motivierte Proteste, der Rückzug in Subkulturen und die Wiedereroberung des öffentlichen Raums für Algerien kennzeichnend.

Ivesa Lübben zeigt auf, dass sich die ägyptische Jugend im Zuge der revolutionären Umwälzungen als sozial handelndes Objekt konstituierte. Selbstbewusstsein und Wir-Gefühl seien gestärkt worden. Junge Muslimbrüder hätten mit säkularen Aktivisten interagiert und zu neuen Verhaltensformen gefunden, z.B. die Geschlechtertrennung aufgegeben. Ihr Wunsch nach De-

mokratie und sozialer Gerechtigkeit im Verbund mit einer Bewahrung islamischer Identität würde im Grundsatz auch von vielen nichtislamistischen Jugendlichen geteilt. Selbst junge Salafisten würden sich inzwischen durch ein größeres Maß an Pragmatismus auszeichnen als die älteren Vertreter dieses Lagers. Allerdings sei es den ägyptischen Jugendlichen nicht gelungen, sich zu institutionalisieren und dem Transformationsprozess ihren Stempel aufzudrücken.

David Kreuer skizziert das Dilemma palästinensischer Jugendlicher zwischen der kollektiven Pflicht zum Widerstand gegen die israelische Besatzungsmacht und dem Wunsch nach mehr Freiräumen in der eigenen Gesellschaft. In Bezug auf Widerstand müsse sich jeder junge Palästinenser drei Grundsatzfragen stellen: Soll er eine gewaltsame oder eine friedliche Konfliktregelung anstreben? Soll der künftige Staat Palästina säkular oder islamisch verfasst sein? Und soll er selbst aktiv vor Ort am Widerstand teilnehmen oder auswandern?

Die Verfasser zeigen zahlreiche Facetten von Jugendbewegungen und Protestformen in der arabischen Welt auf. Sie machen deutlich, dass Jugendliche hier wie anderswo einerseits private, individuelle Lebensentwürfe anstreben, andererseits weiterhin kollektiven Idealen verpflichtet sind.

MARTIN PABST



Seidensticker, Tilman:
Islamismus. Geschichte,
Vordenker, Organisatoren.
München: C. H. Beck 2014,
127 Seiten, € 8,95.

Tilman Seidensticker, Professor für Islamwissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, hat sich der Herausforderung angenommen, seinen Lesern auf dem äußerst begrenzten Raum eines Buches in der Reihe „C. H. Beck Wissen“ Grundkenntnisse und Grundwissen über den „Islamismus“ zu vermitteln. Wie er selbst schon im Vorwort erwähnt, musste aufgrund dieser Begrenztheit eine Auswahl aus diesem weiten Themenfeld getroffen werden. Und diese Auswahl ist gelungen.

Seidensticker beschreibt mit wissenschaftlicher Objektivität das Phänomen des Islamismus, seine Entstehung, Geschichte und Entwicklung bis in die Gegenwart, stellt die wichtigsten Akteure, Vordenker und Denker, Theoretiker und im Falle des Iran die praktische Umsetzung der Idee vor. Im vierten Kapitel folgt die Darstellung der wichtigsten Organisationen und Parteien, die man als islamistisch beschreiben kann, und zuletzt auch eine Auseinandersetzung mit der Problematik religiös legitimer Gewaltanwendung.

Die Frage „Was ist Islamismus?“ wird mit einer anschaulichen Definition beantwortet, die in Kürze auf dessen In-

halte und Zielsetzungen verweist: Umgestaltung von „Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden“, wobei all das, was als „islamisch“ gilt, der Interpretation der Akteure unterliegt. Als weitere Merkmale umschreibt der Autor noch die „Distanzierung von ... Teilen der eigenen Geschichte“, die ja für „die Misere der Gegenwart“ verantwortlich gemacht wird, die „Verabsolutierung des Islams“ und die „Forderung“, die „Souveränität Gottes“ an die Stelle der „westlichen Volkssouveränität“ zu stellen.

Im zweiten Teil führt der Autor den Betrachter in das historische Umfeld der Entstehung des Islamismus ein. Oft wird die islamistische Idee als Reaktion auf das westliche Einwirken und die westliche Moderne verstanden. Das ist, wie das dritte Kapitel zeigt, in weiten Teilen so der Fall. Doch da ist auch als Archetypus des Islamismus die Wahhabiyya zu nennen. Die Überzeugung, dass nur die Rückkehr zum ursprünglichen Islam der Tage des Propheten Muhammad den Heilsweg darstellt, wurde – wie im Buch gezeigt wird – von Muhammad ‘Ibn ‘Abdalwahhab schon im 18. Jahrhundert verkündet. Und sie wurde damit an einem Ort – auf der Arabischen Halbinsel – und zu einer Zeit verkündet, als der europäische Einfluss dort noch weit entfernt war.

Die im Zeitalter der kolonialen Ausdehnung Europas in den Orient hineingetragene Herausforderung der Moderne, die von oben der ägyptischen Gesellschaft von Muhammad ‘Ali in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgezwungene autoritäre Modernisierung, die vielerorts missglückte „Dekolonisation“ und schließlich die „Unabhängigkeit“, die den Menschen nicht wirklich Frei-

heit brachte, sondern „Militärdiktaturen“ oder „Monarchien“ absoluter Natur zeitigte, bilden jenen Rahmen, der den Nährboden für den Islamismus lieferte.

Im dritten großen Abschnitt folgt in sechs Kapiteln die Auflistung der „prägenden Exponenten“ des Islamismus. Da führt die Liste der Genannten al-‘Afghani und sein Antikolonialismus an. Um konkrete Fragen der Ausbildung einer islamischen politischen Ordnung kümmerte sich al-‘Afghani, worauf Seidensticker verweist, nur in nachgeordneter Hinsicht.

Über Muhammad ‘Abduh, einen Schüler al-‘Afghanis, der einer modernistischen Linie folgte, führt der Weg der biographischen Kurzdarstellungen über Rashid Rida, Hasan al-Banna, Sayyid Qutb und Ayatollah Khomeini zu Hasan at-Turabi, um schließlich bei Nasir ad-Din al-‘Albani, dem „Vordenker des Salafismus“, zu enden.

Rida entwickelte im Gegensatz zu al-‘Afghani das Modell eines „islamischen Staates“. Sein Ideal war noch das Kalifat. Volkssouveränität sei gegeben bei „Konsultation zwischen Herrscher und Untertanen“. Der Weg in den zunehmenden Rigorismus zeigt sich beim Übergang von Hasan al-Banna zu Sayyid Qutb, zwei Vertretern der ägyptischen Muslimbruderschaft. Al-Banna, der Begründer der Organisation, begann mit Bildungsarbeit und karitativem Engagement. Dann geriet er, so Seidensticker, immer mehr in die „Sphäre des Politischen“. Er engagierte sich gegen „ausländischen Einfluss“ und baute die Struktur der Bruderschaft im Widerstand gegen die Briten auch paramilitärisch aus. Im Zentrum der Ausführungen Qutbs steht der Begriff der „jähiliyya“, der die vorislamischen Zustände „des

Heidentums“ vor dem Erscheinen des Propheten umschreibt. Für ihn war die islamische Welt in diesen Zustand zurückgefallen. Die Folge davon war, dass auch gegen Muslime ein Jihad zu führen war.

Im vierten Kapitel folgen die bekanntesten Beispiele für islamistische Parteien, wengleich der Bogen, der hier von der Muslimbruderschaft in Ägypten, Syrien und Jordanien über „Islamistische Parteien in der Regierungsverantwortung“ – wie die AKP in der Türkei – zu Hamas bis hin zu Al-Qaida und Hisbollah gespannt wird, dem Leser zeigt, wie analytisch untauglich der Begriff Islamismus eigentlich ist.

Das Buch von Tilman Seidensticker bietet jedem Leser, der sich in die Thematik des Islamismus einlesen möchte, hinreichend Grundlageninformation. In gebotener Stringenz hat der Autor auf kleinem Raum gebündelte Grundinformation vermittelt, ohne dabei Gefahr zu laufen, durch Verkürzungen Verzerrungen entstehen zu lassen.

PETER L. MÜNCH-HEUBNER



Collier, Paul: Exodus.
Warum wir Einwanderung
neu regeln müssen.
München: Siedler 2014,
314 Seiten, € 22,99.

Der starke Migrationsdruck aus armen und instabilen Ländern nach Europa und in andere reiche Regionen wird eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dieser darf man nicht mit Emotionen oder Ressentiments, aber auch nicht mit „einer Litanei an Beschwichtigungen“ oder einem „liberalen Tabu“ begegnen, wie es Paul Collier in seinem Buch „Exodus“ formuliert. Nötig sei eine offene, rationale Debatte. Collier ist langjähriger Direktor des Centre for the Study of African Economies an der Universität Oxford und einer der führenden Entwicklungsökonomien der Welt. In früheren Büchern hat er die Gründe untersucht, warum ein erheblicher Teil der Welt – „die unterste Milliarde“ – wohl sehr arm bleiben werde. Sein Mitgefühl gilt diesen Ärmsten in den Entwicklungsländern, über die er seit vierzig Jahren forscht. Nun wendet er sich der aus dem extremen Wohlstandsgefälle resultierenden Massenauswanderung zu.

Collier schreibt mustergültig sachlich und nüchtern über das brisante Thema und versucht, negative wie „politisch korrekte“ Stereotype gleichfalls zu vermeiden. Dabei lässt er aber keinen

Zweifel, dass die Problematik der Massenzuwanderung, falls sie unkontrolliert laufengelassen wird, zu einer Panikreaktion in den Aufnahmeländern führen kann. Die verhängnisvolle Entwicklung sei dann jenen anzulasten, die eine Debatte über eine Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung nicht zulassen wollten. Kritik an Migration sei für viele (links-)liberale Kreise ein Tabu, weil sie von Schuldgefühlen über den Kolonialismus geplagt seien und deshalb eine „Politik der offenen Tür“ befürworteten, schreibt Collier, der selbst zu den eher linksliberalen Ökonomen zu zählen ist und aus einer Migrantenfamilie stammt (sein Großvater ist aus einem ärmlichen Dorf in Deutschland ins damals reiche Bradford ausgewandert).

Colliers Untersuchung ist in drei Teile gegliedert: erstens die Auswirkungen der Migration auf die Aufnahmegesellschaften, zweitens die Effekte für die Migranten und zuletzt die Folgen für die Zurückgebliebenen in Auswanderungsländern vor allem Afrikas und Asiens. Seine Befunde sind zum Teil überraschend: Die ökonomischen Auswirkungen der derzeitigen Migration in die reichen Länder hält er für eher gering. Die unteren Lohngruppen würden zwar leichte Verluste erleiden und zudem nehme die Konkurrenz um Sozialwohnungen zu, die mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft dagegen verzeichnen moderate Gewinne durch die Zuwanderung, teils weil sie komplexer höhere Löhne erzielen oder von billigen Servicearbeitskräften profitieren. Doch die wirtschaftlichen Folgen seien insgesamt eher moderat und zweitrangig, findet Collier.

Er betont die sozialen Folgen: Durch eine übermäßig starke und sich beschleunigende Zuwanderung, die von

der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr integriert (Collier schreibt „absorbiert“) werden kann, steigt die „Diversität“ der Gesellschaft in einer problematischen Weise. Je kulturell fremder die Einwanderergruppen, desto schwerer integrierbar sind sie und desto mehr bleiben sie unter sich und ziehen weitere Migranten aus ihren Ländern nach. Aus der Kettenmigration mit Familiennachzug entstehen Parallelgesellschaften. Wenn die „Diversität“ der Gesellschaft zu groß wird, hat das Folgen für das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Vertrauen untereinander. Die Einheimischen beginnen, sich fremd in den Städten und Vierteln mit hoher Ausländerkonzentration zu fühlen. Multikulturelle Gesellschaften wirken zunehmend fragmentiert.

Wird die Vertrauensbasis aber brüchig und schwimmt das Gefühl einer einigenden nationalen Identität, schwinden die soziale Interaktion und die Fähigkeit zur Kooperation, erklärt Collier mit Verweis auf Untersuchungen des Harvard-Sozialwissenschaftlers Robert Putnam. Die gegenseitige Rücksichtnahme und Solidarität (Collier schreibt „Großzügigkeit“) und mithin die Bereitschaft zur Umverteilung zugunsten von sozial Schwachen nehmen ab. Dies sei die eigentliche Gefahr. Die überlegenen Sozialmodelle der Aufnahmegesellschaften könnten unter dem Ansturm einer nicht mehr integrierbaren Migration zerbrechen. Deshalb warnt Collier vor einem naiven Multikulturalismus, der Einwanderer ermutigt, sich nicht auf die Mehrheitskultur einzulassen. Collier wirbt für Assimilation oder kulturelle Verschmelzung. Auch ein zu großzügiger Sozialstaat könne die Integration behindern, weil Migranten im Sozialleistungsbezug verharren statt sich auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Einwanderer bezeichnet Collier zum einen als die großen Gewinner der Migration – denn sie erzielen meist einen starken Einkommensgewinn in den reichen Ländern. Zum anderen seien sie aber auch Verlierer, denn sie lassen Heimat und Verwandte zurück. Umfragen zeigen, dass sie in Europa oder Nordamerika zwar reicher, aber oft nicht glücklicher geworden sind. Gleichzeitig räumt Collier mit dem Irrtum auf, dass es die Ärmsten seien, die als Migranten kommen. Tatsächlich kosten die Reise und das Überwinden der vielen Hürden viel Geld, ganze Familien legen dafür ihr sauer Ersparnis zusammen. Oft werden tausende Dollar an Schlepperbanden gezahlt. Es sind also eher Menschen aus den mittleren Schichten, die Jungen und besser Gebildeten der Entwicklungsländer, die zu uns kommen. Die Ärmsten können gar nicht auswandern.

Bemerkenswert ist Colliers differenzierte Sicht auf die Folgen für die Herkunftsländer. Zwar gibt es dem „Brain-drain“ auch entgegenwirkende Faktoren, etwa mehr Motivation zur Ausbildung, wenn Chancen auf Auswanderung bestehen. Doch bei Massenmigration überwiegt der Schaden durch den Verlust von Talenten. Wenn kleinere, sehr arme Länder in Afrika oder Asien einen Großteil ihrer besser ausgebildeten Fachkräfte verlieren, dann bluten sie regelrecht aus. Und die finanziell wichtigen Überweisungen der Auswanderer in ihre Herkunftsländer (im Durchschnitt 1.000 Dollar je Migrant im Jahr) werden abnehmen, wenn der ganze Clan nachgezogen ist. Eine wichtige Pointe von Colliers Buch ist, dass es auch aus Sicht der ärmsten Länder gute ethische Gründe für eine Migrationsbegrenzung gibt.

Es wäre zu hoffen, dass sein Buch „Exodus“ eine breite und offene Diskus-

sion über die Massenmigration anstößt. Collier sieht eine beunruhigende Beschleunigung. Ohne Obergrenzen könnten sich nicht mehr integrierbare Parallelgesellschaften mit großer kultureller Kluft zur Mehrheitsgesellschaft entwickeln und die Aufnahmeländer „kippen“. Daher plädiert Collier für eine Begrenzung der Einwanderung, um weder die Aufnahmeländer zu überfordern noch die Herkunftsländer ausbluten zu lassen. Zum Ansturm von Afrikanern über das Mittelmeer hat er in Interviews erklärt, dass Europa die Kontrollen verstärken und illegale Einwanderung unterbinden, stattdessen aber eine begrenzte legale Einwanderung zulassen sollte.

Um die Zuwanderung von Arbeitsmigranten zu steuern, plädiert er für Punktesysteme, die nach Ausbildung und beruflicher Qualifikation auswählen. Zudem sollte die kulturelle Nähe oder Distanz der Migranten berücksichtigt werden, weil sie sich auf ihre Integrationsfähigkeit auswirkt. Politisch Verfolgten müsse Asyl gewährt werden. Den Familiennachzug will Collier jedoch einschränken. An die Migranten stellt er die Forderung, sich aktiver um Eingliederung zu bemühen.

Insgesamt ist das ruhig argumentierende Buch ein Musterbeispiel für eine nicht durch die Scheuklappen der politischen Korrektheit behinderte Forschung über ein brisantes Thema.

PHILIP PLICKERT

Lentz, Thierry:
1815 – Der Wiener Kongress
und die Neugründung Europas.
München: Siedler 2014,
432 Seiten, € 24,99.



Von den mancherlei Publikationen, die zum 200. Jahrestag des Abschlusses des Wiener Kongresses zu erwarten sind, dürfte diese eine der solidesten sein. Der Autor ist Direktor der „Fondation Napoleon“ in Paris und hat sich dementsprechend bereits mit einer Reihe von Titeln zu dieser Epoche hervorgetan. Das Thema des Wiener Kongresses ist auch für die französische Geschichtsschreibung hervorragend wichtig. Denn damals wurde nach dem blutigen Zusammenbruch der napoleonischen Hegemonie Europa von den Siegern (hauptsächlich Großbritannien, Preußen, Österreich und Russland) gründlich neu geordnet. Die Großmächte waren sich in vielen Punkten uneinig, in einem aber stimmten sie überein: Frankreich musste als notorischer Störer des „europäischen Gleichgewichts“, aber auch als Ursprungsland der Revolution und des allgemeinen gesellschaftlichen Umsturzes in Quarantäne gesetzt werden. Deshalb wurde es vorab im ersten Frieden von Paris (30. Mai 1814) auf seine Grenzen vom 1. Januar 1792, also auf den Stand von vor den Eroberungen der Revolutionsheere und Napoleons, zurechtgestutzt.

Sein Emissär, der legendäre Lebemann und Diplomat Talleyrand, durfte

zwar am Kongress teilnehmen, aber die Sieger trugen Sorge, ihm dafür sehr einschränkende Bedingungen aufzuerlegen. Doch Talleyrand schaffte es, sich Gleichberechtigung zu erretten. Einmal, weil er nachdrücklich als Sachwalter der „Legitimität“ auftrat, des vorrevolutionären Gottesgnadentums der Fürsten, denn der 1814 wieder eingesetzte Exponent der Bourbonen, König Ludwig XVIII., hatte ihn nach Wien geschickt. Zum anderen verstand es Talleyrand, die scharfen Interessensgegensätze zwischen Preußen-Russland auf der einen und Großbritannien-Österreich auf der anderen Seite auszunutzen, so dass er auf gleicher Augenhöhe mit den Siegern verhandeln konnte. Dessen hat er sich in seinen Memoiren wohl etwas mehr gerühmt als es den tatsächlichen Abläufen in Wien entsprach. Das ergibt sich schon daraus, dass er die Bedingungen des Friedens von Paris nicht modifizieren konnte. Hier bietet der Autor eine eingehende, sich an den Quellen orientierende Zurechtrückung. Zu Talleyrands Fähigkeiten gehörte eben auch die zur vorteilhaften Selbstinszenierung, auch zum verwirrend-geistreichen Bonmot, darin ein Vorläufer von Giulio Andreotti.

Interessant ist auch des Autors Auseinandersetzung mit den Argumenten, die von der französischen Historiographie gegen die Verleihung umfangreicher rheinischer Territorien an Preußen vorgebracht worden sind. Da hieß es, auf diese Weise sei die Macht, die nach ihrer verheerenden Niederlage gegen Napoleon (1806/1807) einen besonderen Hass auf alles Französische entwickelt habe, mit dem „Erbfeind“ auf Dauer konfrontiert worden. Und daraus wird nichts Geringeres abgeleitet als der Krieg von 1870/71, der nicht nur

wegen der erneuten Demütigung Frankreichs verurteilt wird, sondern auch, weil er wesentlich zur Bildung des deutschen Kaiserreichs unter Preußens Vormacht darin beigetragen hat, und dieses Reich führte zum Ersten Weltkrieg und zu dessen Revancheversuch im Zweiten Weltkrieg und also zum Ruin Europas. Solche sehr weitgespannte, ja überspannte Kausalitäten werden vom Autor auf das Maß des historisch vernünftigen Urteils zurechtgerückt. Die Staatsmänner in Wien 1814/15 hätten das getan, was der Augenblick erforderte und hätten in die Zukunft geschaut, soweit das menschenmöglich war.

Diskussionsbedürftig ist des Autors Ansicht, dass Preußen mit den rheinischen Provinzen Gebiete zuerkannt bekommen habe, „die es kaum würde beherrschen können“. Wieso denn? Weil der rheinische Karneval preußisch-friderizianischer Nüchternheit diametral entgegensteht? Da wird die staatsbildende Kraft dieses administrativ ungemein tüchtigen Königreichs doch wohl unterschätzt. Vielmehr war das Problem, dass die neu erworbenen rheinischen Provinzen mit den Stammländern an Elbe, Oder und Weichsel keinen territorialen Zusammenhang hatten. Dass dieses Problem im deutsch-deutschen Krieg von 1866 aggressiv gelöst wurde, mit der Folge eines großen Schubes in Richtung auf die deutsche Einheit, hat man 1814/15 in Wien unmöglich vorhersehen können.

Auch wird dem deutschen Leser auffallen, dass der österreichische Staatskanzler Metternich in des Autors Darstellung nicht die zentrale Rolle spielt, die er in der deutschen Geschichtsschreibung häufig einnimmt – ein „Dekonstruktivismus“ der schät-

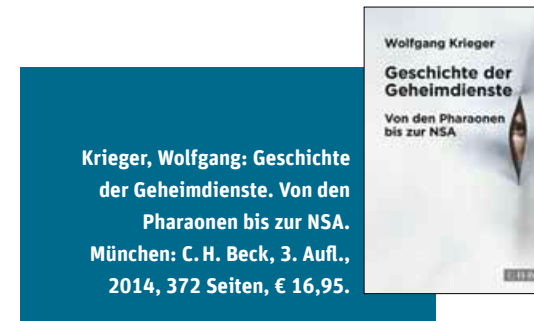
zenswerten Art, der aber Metternich nichts von seiner tatsächlichen Bedeutung nimmt.

Als kurzer Hinweis auf den umfassenden Horizont der Darstellung genüge nur noch die Einbeziehung des Osmanischen Reiches, das der britische Außenminister Castlereagh, der in grundsätzlicher Abstimmung mit Metternich handelte, als für das „europäische Gleichgewicht“ unverzichtbar erklärte. Die „Türken“ (unpräziser, aber häufig verwendeter Ausdruck für die damaligen Osmanen) gehörten zu Europa, auch wenn sie in Wien nicht vertreten waren. Damals argwöhnte Castlereagh, dass Russland nach der Niederwerfung Frankreichs erneut seinen traditionellen Eroberungsgelüsten auf dem osmanisch beherrschten Balkan folgen würde – wie es dann ja auch kam, bis hin zum Ersten und Zweiten Weltkrieg und zum „Kalten Krieg“.

Die Darstellung ist stets flüssig, ohne geisteswissenschaftliche Kapriolen, und ordnet das Geschehen souverän. Der Autor verfällt niemals in vertrackte Grübeleien, wie sie das epochale Sujet nahelegen könnte. Die Übersetzung aus dem Französischen ist ebenfalls flüssig, nur selten stutzt man, etwa wenn Kaiser Franz einen „strahlenden“ Wiener Dialekt spricht. Eine zusätzliche Qualität des Werkes besteht darin, dass es nicht alles mit den diversen Skandal- und Klatschgeschichten durchwebt, die das Verweilen so vieler hoher Vertreter der Gesellschaft in einer der europäischen Hauptstädte des Vergnügens mit sich brachte, und die in den Polizeiberichten, die der Gastgeber, Kaiser Franz, mit ungeziemendem Vergnügen verschlang, umfangreich dokumentiert worden sind. Solch billigen Effekt versagt sich der Autor, indem er sie im Wesentlichen

auf ein einziges Kapitel beschränkt. Denn dass Zar Alexander I. in Anwesenheit seiner Gemahlin einen ganz besonderen Hang zum Seitensprung entfaltete, ist natürlich nicht einfach zu verschweigen, auch wenn die Hauptsache das „europäische Gleichgewicht“ bleibt.

BERND RILL



Krieger, Wolfgang: Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur NSA.
München: C. H. Beck, 3. Aufl., 2014, 372 Seiten, € 16,95.

Geheimdienste stellen ein wichtiges Herrschaftsinstrument dar. Wolfgang Krieger zeichnet in seinem Buch „Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur NSA“, das 2014 in dritter und aktualisierter Auflage erschienen ist, den Einsatz der Spione von der Vormoderne bis in die moderne Welt nach. Dabei beleuchtet er nicht nur die Beständigkeit des Spionagehandwerks und der technischen Informationsbeschaffung, sondern auch die Weiterentwicklung der Instrumente, von der Ausspähung einzelner Depeschen bis hin zur massenhaften Datenaufklärung seit Beginn der „Kommunikationsrevolution“ (S. 164-166).

Geheimdienste befassen sich seit jeher mit der Beschaffung von Informationen über den Gegner, der verdeckten Beeinflussung, der Abschirmung des eigenen Herrschaftsapparates gegen geheimdienstliche Angriffe und mit dem Eindringen in gegnerische Nachrichtendienste. Krieger zeigt auf, wie diese Vorgehensweisen in den Epochen der Vormoderne, der Zeit vor und nach der Französischen Revolution, der Entstehung der modernen bürokratischen und technologiebasierten Geheimdienste seit 1900, in der Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges, im Kalten Krieg und im 21. Jahrhundert beibehalten wurden. Während die Methoden – vor allem in technischer Hinsicht – weiterentwickelt worden sind, bleiben spezifische Problemfelder – wie etwa Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen – über die Epochen hinweg gleich. Diesen widmet sich der Autor in einem eigenen Kapitel. Gesondert betrachtet er außerdem die Aufklärung der Geheimdienste im Internet, wodurch es ihm gelingt, den Bogen der Geheimdienstgeschichte bis in die Gegenwart zu spannen.

Beschaffung, Auswertung und Produktion von geheimdienstlichen Informationen finden größtenteils im Verborgenen statt und sind der demokratischen Öffentlichkeit nur schwer zugänglich. Meist kommt es erst zu einer breiten Auseinandersetzung mit dem nachrichtendienstlichen Spektrum, wenn Sicherheitserwartungen der Bürger nicht erfüllt werden. Dann wird häufig die Verhältnismäßigkeit der Methoden in Relation zum Zielerreichungsgrad der Geheimdienste diskutiert. Aktuell stehen die scheinbare Grenzenlosigkeit der NSA-Befugnisse sowie die Foltermethoden der CIA im

Fokus der Debatte um die Abwägung zwischen Sicherheit und individueller Freiheit. Es werde sie immer geben, diese „unheroische, die abscheuliche Seite der Medaille“ (S. 9), so Krieger. Es kommt nur darauf an, welches Ausmaß wir gesellschaftlich akzeptieren wollen. Schon unter dem römischen Kaiser Hadrian ließen sich Verfehlungen bezüglich der Wahrung der Verhältnismäßigkeit im Einsatz des Nachrichtenswesens durch die Etablierung der *frumentarii* beobachten, welche Zwangsarbeitslager leiteten, später auf Befehl des Kaisers Decius zur Verfolgung von Christen eingesetzt wurden und sich darauffolgend immer mehr zu den Handlangern der Herrschaftselite entwickelten. Dieser Praxis schien jedoch ein kritischer öffentlicher Diskurs zu folgen, denn, wie Krieger schreibt, die Abschaffung dieser Spezialtruppe sorgte unter Kaiser Diokletian für „viel Applaus“ (S. 38).

Das Buch gibt spannende Einblicke in die historische Entwicklung der Spionage, Spionageabwehr und Gegenspionage. Die früheste Geheimschrift, mit der Botschaften verschlüsselt wurden, stelle ein altägyptischer Hieroglyphentext dar, so Krieger. Auch heute noch ist Kryptographie die beste Möglichkeit, um vertrauliche Informationen zu schützen.

Außerdem geht mit der Spionage auch schon in jüngster Zeit eine Vermischung zwischen hoheitlichen Aufgaben und privatem Profitstreben ziviler Partner einher. Bereits unter dem byzantinischen Kaiser Nikephoros II. Phokas (963 bis 969 n. Chr.) wird die Nachrichtenbeschaffung durch Zivilisten, häufig Händler, zur wichtigen Informationsquelle. Heute, attestiert der Autor, bestehe eine „symbiotische

Beziehung“ zwischen NSA und „amerikanischen Internetgiganten“ (S. 8). Das Streben nach möglichst großer und zeitnahe Information zur Vorbeugung von Sicherheitsrisiken sei, so Krieger, gesellschaftlich nachvollziehbar und erwünscht. „In der Hitze der Empörung über den NSA-Skandal vergisst man nur allzu leicht, in welchem Ausmaß das Leben in unseren heutigen Wohlstandsgesellschaften vom Schutz durch staatliche Sicherheitsbehörden abhängt.“ (S. 9) Diese These kann man diskutieren, denn es kann kritisiert werden, dass durch die umfangreiche Datensammlung nicht nur Terrornetzwerke in den Fokus der Geheimdienste geraten, sondern zunehmend auch „einfache Bürger, Amerikaner wie Ausländer, deren Verbindungsdaten und elektronische Nachrichten abgefischt, in gigantischen Datenspeichern festgehalten und zumindest teilweise ausgewertet werden“ (S. 8), wie der Autor selbst zu bedenken gibt. Wenn Krieger über die historische Entstehung der UKUSA-Allianz schreibt, verdeutlicht er auch, dass sie bis heute Bestand hat. Durch das Netzwerk, das der Informationsbeschaffung dient, können auch gezielte militärische Angriffe in Form von Cyber-Attacken gestartet werden. Der Autor nimmt diese Brisanz im Kapitel „Geheimdienste, Internet und cyber warfare – ein kurzer Ausblick“ auf, um welches die dritte und aktualisierte Auflage der Publikation erweitert wurde.

Wolfgang Krieger macht deutlich, dass sich erst im Rekurs auf die Geschichte der Geheimdienste aktuelle Bezüge besser verstehen lassen, da gewisse Prozesse – und dazu zählt vor allem die Geheimdienstarbeit – eine jahrtausendealte Legitimität aufweisen.

Daher ist die Lektüre seines Buches mehr als nur empfehlenswert – sie ist ein Muss.

VERENA DIERSCH

Campbell, John L. / Pedersen, Ove K.: *The National Origins of Policy Ideas. Knowledge Regimes in the United States, France, Germany, and Denmark.* Princeton: Princeton University Press 2014, 424 Seiten, \$ 85,00 Hardcover (\$ 29,95 Paperback).



Es wird immer wieder bemängelt, dass die politischen Debatten in Deutschland vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik durch wenig außerparlamentarische, unparteiische oder unabhängige Expertise geprägt seien. Die Universitäten meiden den Kontakt mit der politischen Praxis, um ihre Unabhängigkeit und ihre Unschuld zu bewahren. Die Institutionen der blauen Liste – beneidet von vielen in den Universitäten, weil sie von der vermeintlichen „Last der Lehre“ befreit sind – neigen dazu, auf Kosten der angewandten Forschung noch mehr in Richtung Grundlagenforschung zu investieren. Die politischen Stiftungen, sofern sie überhaupt von den Parteien wirklich unabhängig sind, bleiben im Rahmen der bestehenden Parteiprogramme, wenn es um Forschungsfragen und

mögliche Antworten geht, anstatt aktiv an der Neuausrichtung der Politik teilzunehmen.

Ob es in den Forschungseinrichtungen Deutschlands wirklich so düster aussieht, wage ich zu bezweifeln. Schaut man in Richtung Amerika, so fragt man sich, warum es in der Berliner Republik vergleichsweise wenig einflussreiche, wirklich unabhängige „Think Tanks“ gibt. Ohne die direkte Unterstützung des Staates würden die Universitäten, die Leibniz-, Helmholtz- und Max-Planck-Gesellschaften sowie die politischen Stiftungen kaum überleben. Hingegen bringen die Vereinigten Staaten von Amerika hunderte von privat finanzierten Forschungseinrichtungen hervor, darunter auch überparteiliche und unabhängige Think Tanks wie die in Washington ansässige Brookings Institution, die alleine über mehr promovierte und international profilierte Mitarbeiter verfügt als eine mittelgroße deutsche Universität.

Eine Antwort auf diese Frage wird in diesem von der renommierten Princeton University Press verlegten Buch von John L. Campbell, Professor für Soziologie am Dartmouth College im US-Bundesstaat New Hampshire, und Ove K. Pedersen, Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Copenhagen Business School, gegeben. Sie liefern die erste groß angelegte und vergleichende wissenschaftliche Studie zu den „Wissensregimen“ (Knowledge Regimes) in Deutschland, Dänemark, Frankreich und den Vereinigten Staaten.

In Anlehnung an eine ältere Debatte mit Wurzeln in den Schriften von Max Weber, Karl Mannheim und Karl Marx hat sich die sozialwissenschaftliche

Forschung seit den 1990er-Jahren verstärkt der Frage gewidmet, inwiefern Ideen einen (von materiellen Faktoren) unabhängigen Einfluss auf die Politik haben. Selber von der unabhängigen Bedeutung von Ideen für die Politik überzeugt, widmen sich Campbell und Pedersen der Frage, wie politische Ideen überhaupt zustande kommen und verbreitet werden. Der Fokus liegt somit nicht auf der Aufnahme von Ideen oder auf der Frage, warum politische Entscheidungsträger eine Idee anstelle einer anderen aufgreifen. Vielmehr beschäftigen sich die Autoren mit der unterschiedlichen Art und Weise, wie Länder politische Ideen produzieren. Wie werden Forschungseinrichtungen wie z. B. Think Tanks, politische Stiftungen und staatliche Forschungseinrichtungen organisiert, wie funktionieren sie in den jeweiligen Ländern und wie haben sie sich im Laufe der letzten drei Jahrzehnte verändert? Da es sich um eine vergleichende Studie handelt, interessieren sich die Autoren auch für die Frage, ob etwaige Konvergenzen in den Politiken der untersuchten Länder – z. B. die weitverbreitete neoliberale Übereinstimmung um die Jahrhundertwende, die durch geringere Staatsaufgaben, niedrigere Steuersätze und weniger gelenkte Volkswirtschaft gekennzeichnet war – auf eine transnationale Diffusion von Ideen zurückzuführen wäre.

Ein Hauptergebnis der Studie, die hauptsächlich auf Interviews basiert, zeigt, dass die These einer Politikkonvergenz durch die transnationale Diffusion von Ideen nicht aufrechtzuhalten ist. Vielmehr seien die Ursachen von politischen Ideen, auch wenn sie mit denen anderer Länder übereinstimmen, aufgrund von länderspezifischen Wissens-

regimen zustande gekommen. Und warum weisen diese nationalen Wissensregime einen großen Grad an Diversität auf?

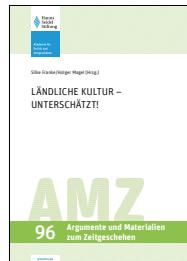
Hier liefern Campbell und Pedersen eine durchaus nachvollziehbare, doch keineswegs überraschende Antwort: Die Wissensregime der untersuchten Länder folgen den jeweiligen Staatsstrukturen. In Frankreich stellen die Tradition und Strukturen des Dirigismus den Kontext dar, in dem das Wissensregime funktioniert. Erst mit der Krise der gelenkten Ökonomie kam es zur Etablierung von bedeutsamen, nicht staatlichen Forschungseinrichtungen – jedoch mittels staatlicher Unterstützung. Die Vielfalt von Think Tanks in den USA ist auf die Krise des Wohlfahrtsstaates in den 1970er-Jahren und auf Veränderungen im Steuerrecht zurückzuführen, die zu einer dramatisch verstärkten privaten Finanzierung von Forschungseinrichtungen geführt hat. In Dänemark und Deutschland reflektieren die Wissensregime die starke Tradition und die politisch-gesellschaftlichen Institutionen der sozialen Marktwirtschaft (Korporatismus).

Bei manchen Lesern werden 424 Seiten für eine am Ende recht konventionelle Erklärung nationaler Unterschiede wenig Begeisterung wecken. Doch sind die Fallstudien sehr inhalts- und detailreich. Man lernt eine Menge über die Forschungslandschaft und Traditionen der jeweiligen Länder. Ferner erlauben die Studien einige Gedanken über die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Wissensregime, sowohl was ihre Unabhängigkeit als auch Einfluss auf die politische Debatte anbelangt. Und nicht zuletzt zeigt diese Studie, dass das oft kritisierte Fehlen von Think Tanks

in Deutschland nicht unabhängig und sogar möglicherweise als eine Folge des politischen Systems der Bundesrepublik zu verstehen ist.

JAMES W. DAVIS

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 96: Ländliche Kultur – unterschätzt!



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 97: Armut im ländlichen Raum?
Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema



POLITISCHE STUDIEN

Themenheft 1/2015: Krisenregion zwischen
Gewalt und Entwicklung – Möglichkeiten und
Grenzen externer Akteure



AKTUELLE ANALYSEN

Nr. 63: Bayern, Tschechen und
Sudetendeutsche: Vom Gegeneinander
zum Miteinander

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 461: „Der Westen und die Ukraine-Krise“ mit Beiträgen
von Christian Hacke, Klaus Naumann, Michael Rühle und
Johannes Varwick

Herausgeber:

© 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)
Graphik: Publishers Factory, München
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 5,50
Jahresabonnement € 30,00
Schüler / Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
Mike Harrington/Getty Images

